

Stenographisches Protokoll

7. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XVI. Gesetzgebungsperiode

Dienstag, 5. Juli 1983

Tagesordnung

Erklärung des Bundesministers für soziale Verwaltung zum Thema „Maßnahmen zur Sicherung der Jugendbeschäftigung“

Ingrid Tichy-Schreder (S. 370),
Egg (S. 374),
Neumann (S. 379),
Bundesminister Dallinger (S. 382) und
Dr. Schwimmer (S. 385)

Inhalt

Personalien

Krankmeldungen (S. 323)
Entschuldigung (S. 323)
Ordnungsruf (S. 385)

Geschäftsbehandlung

Beschluß auf Debatte über die Erklärung des Bundesministers für soziale Verwaltung gemäß § 81 der Geschäftsordnung (S. 341)

Fragestunde (4.)

Bauten und Technik (S. 323)

Dr. Lichal (40/M); Dkfm. Löffler
Dipl.-Ing. Flicker (41/M); Hintermayer, Dr. Preiss, Dr. Stummvoll
Brandstätter (42/M); Probst, Tirnthal, Dkfm. Gorton
Reicht (48/M); Koppensteiner, Grabher-Meyer, Parnigoni
Remplbauer (51/M); Lußmann, Probst, Kräutl
Probst (53/M); Schemer, Eigruher
Dkfm. DDr. König (43/M); Burgstaller
Bergmann (44/M); Probst, Dipl.-Vw. Tieber, Burgstaller

Ausschüsse

Zuweisungen (S. 336)

Verhandlungen

Erklärung des Bundesministers für soziale Verwaltung zum Thema „Maßnahmen zur Sicherung der Jugendbeschäftigung“

Bundesminister Dallinger (S. 337)

Durchführung einer Debatte gemäß § 81 der Geschäftsordnung (S. 341)

Redner:

Dr. Mock (S. 341),
Braun (S. 346),
Ing. Dittrich (S. 350),
Dr. Helene Partik-Pablé (S. 353),
Karas (S. 357),
DDr. Gmoser (S. 362),
Ing. Gassner (S. 365),
Grabher-Meyer (S. 368),

Eingebracht wurden

Anfragen der Abgeordneten

Helga Wieser und Genossen an den Bundeskanzler betreffend Kosten der in den Sekretariaten des Bundeskanzlers und der ihm beigeordneten Staatssekretäre beschäftigten Bediensteten (75/J)

Helga Wieser und Genossen an den Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten betreffend Kosten der in dem Sekretariat des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten beschäftigten Bediensteten (76/J)

Helga Wieser und Genossen an den Bundesminister für Finanzen betreffend Kosten der in den Sekretariaten des Bundesministers für Finanzen und des ihm beigeordneten Staatssekretärs beschäftigten Bediensteten (77/J)

Helga Wieser und Genossen an den Bundesminister für Bauten und Technik betreffend Kosten der in den Sekretariaten des Bundesministers für Bauten und Technik und des ihm beigeordneten Staatssekretärs beschäftigten Bediensteten (78/J)

Helga Wieser und Genossen an den Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz betreffend Kosten der in den Sekretariaten des Bundesministers für Gesundheit und Umweltschutz und des ihm beigeordneten Staatssekretärs beschäftigten Bediensteten (79/J)

Helga Wieser und Genossen an den Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie betreffend Kosten der in den Sekretariaten des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie und des ihm beigeordneten Staatssekretärs beschäftigten Bediensteten (80/J)

Helga Wieser und Genossen an den Bundesminister für Inneres betreffend Kosten der in dem Sekretariat des Bundesministers für Inneres beschäftigten Bediensteten (81/J)

Helga Wieser und Genossen an den Bundesminister für Justiz betreffend Kosten der in dem Sekretariat des Bundesministers für Justiz beschäftigten Bediensteten (82/J)

Helga Wieser und Genossen an den Bundesminister für Landesverteidigung betreffend Kosten der in dem Sekretariat des Bundesministers für Landesverteidigung beschäftigten Bediensteten (83/J)

Helga Wieser und Genossen an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft betref-

fend Kosten der in den Sekretariaten des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft und des ihm beigeordneten Staatssekretärs beschäftigten Bediensteten (84/J)

Helga Wieser und Genossen an den Bundesminister für soziale Verwaltung betreffend Kosten der in dem Sekretariat des Bundesministers für soziale Verwaltung beschäftigten Bediensteten (85/J)

Helga Wieser und Genossen an den Bundesminister für Unterricht und Kunst betreffend Kosten der in dem Sekretariat des Bundesministers für Unterricht und Kunst beschäftigten Bediensteten (86/J)

Helga Wieser und Genossen an den Bundesminister für Verkehr betreffend Kosten der in dem Sekretariat des Bundesministers für Verkehr beschäftigten Bediensteten (87/J)

Helga Wieser und Genossen an den Bundesminister für Wissenschaft und Forschung

betreffend Kosten der in dem Sekretariat des Bundesministers für Wissenschaft und Forschung beschäftigten Bediensteten (88/J)

Lafer und Genossen an den Bundesminister für Finanzen betreffend Zollschikanen (89/J)

Neumann, Heinzinger, Maria Stangl, Burgstaller, Dr. Taus, Dipl.-Ing. Riegler, Dipl.-Ing. Fuchs, Dr. Hafner, Lußmann, Dr. Puntigam, Lafer und Genossen an den Bundesminister für Finanzen betreffend Glasfabrik Voitsberg (90/J)

Helga Wieser und Genossen an den Bundesminister ohne Portefeuille betreffend Kosten der in dem Sekretariat des Bundesministers ohne Portefeuille beschäftigten Bediensteten (91/J)

Dr. Reinhart, Egg, Weinberger, Wanda Brunner, Dr. Lenzi, Dipl.-Vw. Tieber und Genossen an die Bundesregierung betreffend Maßnahmen für die Stadtgemeinde Innsbruck (92/J)

Beginn der Sitzung: 12 Uhr 15 Minuten

Vorsitzende: Präsident **Benya**, Zweiter Präsident Mag. **Minkowitsch**, Dritter Präsident Dr. **Stix**.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Krank gemeldet sind die Abgeordneten **Manndorff**, **Frodl**, **Ella Zipser**.

Entschuldigt hat sich der Abgeordnete Ing. **Sallinger**.

Fragestunde

Präsident: Wir beginnen mit der Fragestunde.

Bundesministerium für Bauten und Technik

Präsident: Die 1. Anfrage: Herr Abgeordneter Dr. **Lichal (ÖVP)** an den Herrn Bundesminister für Bauten und Technik.

40/M

Wann wird die Donaubrücke Klosterneuburg/Korneuburg gebaut?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister für Bauten und Technik **Sekanina:** Herr Abgeordneter Dr. **Lichal!** Der Baubeginn der Donaubrücke Klosterneuburg/Korneuburg kann im jetzigen Zeitpunkt von mir nicht festgelegt werden. Zuerst darf ich festhalten, daß ein Kostenvolumen für diese Brücke in der Größenordnung von einer Milliarde Schilling notwendig ist. Wir müssen bei diesem Bauvorschlag noch die Planung am rechten Donauufer überprüfen, und letztlich ist es sicherlich auch eine Frage der Finanzierung und muß also eingebunden gesehen werden im Hinblick auf die Baubedürfnisse Pöchlarn, Krems und Margaretenbrücke in Linz.

Präsident: Weitere Frage.

Abgeordneter Dr. **Lichal:** Herr Bundesminister! Im Jahre 1980 hat der Abgeordnete Dr. **Höchl** eine Anfrage an Sie eingebracht. Sie haben in der Beantwortung dieser schriftlichen Anfrage festgestellt, daß mit dem Baubeginn 1981 zu rechnen sei. Wenn ich mich rich-

tig entsinne, haben Sie die Kostensumme mit 500 Millionen Schilling festgelegt.

Nun erklären Sie aber, Herr Bundesminister, daß zum derzeitigen Zeitpunkt nicht gesagt werden kann, wann mit dem Baubeginn zu rechnen ist.

Ich darf Sie daher fragen: Wieso konnten Sie im Jahr 1980 so dezidiert sagen, daß 1981 begonnen wird, und heute auf einmal stimmt das alles wieder nicht.

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister **Sekanina:** Herr Abgeordneter Dr. **Lichal!** Zum damaligen Zeitpunkt waren die technischen Voraussetzungen und Gegebenheiten in der damals zur Verfügung stehenden Größenordnung zu beurteilen. In der Zwischenzeit hat es von der technischen Seite verschiedene Veränderungen und Notwendigkeiten zusätzlicher Natur gegeben.

Wir glauben, daß es am sinnvollsten ist, das Gesamtbauwerk, nicht nur die Brücke selbst, sondern auch die zusätzlichen Bauaktivitäten in einem Zuge durchzuführen. Der letzte Informationsstand von seiten der Techniker ist so gegeben, wie ich mir erlaubt habe, vorhin zu formulieren.

Wir glauben also, daß wir jetzt im Zusammenhang mit den Bauprogrammverhandlungen für 1984 in diesem Bereich neuerlich auf diese Frage werden zurückkommen müssen.

Präsident: Weitere Frage.

Abgeordneter Dr. **Lichal:** Herr Bundesminister! Ich glaube, die betroffene Bevölkerung hat den Glauben an eine Realisierung und an diese Versprechungen schon längst verloren. Ich habe hier die Chronologie, Herr Bundesminister: Seit 1971 geht das jetzt hin und her. In verschiedenen Besprechungen haben Sie dem Herrn Landeshauptmann, haben Sie dem Landtag mitgeteilt, daß alles erledigt ist, es wird mit dem Bau begonnen. Ich nehme jetzt zur Kenntnis, daß Sie heute wieder dieser betroffenen Bevölkerung erklären, daß gar nicht daran zu denken ist.

Glauben Sie nicht, daß es unsinnig oder eine Irreführung der Bevölkerung ist, wenn im Jahre 1971 diese Brücke ins Bundesstraßennetz, ins Gesetz aufgenommen wurde und mit einer Realisierung gar nicht gerechnet

Dr. Lichal

werden kann? Da müssen sich ja die Leute an der Nase herumgeführt fühlen.

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Sekanina: Herr Abgeordneter Dr. Lichal! Ich erlaube mir schon mit Deutlichkeit dagegen aufzutreten, daß Sie mir unterstellen, daß ich die Bevölkerung irreführe. Sie haben nämlich in Ihren Ausführungen völlig außer acht gelassen und keinen Satz dafür verwendet, daß es sehr heftige Initiativen gegen diese Brücke gegeben hat. Ich war selbst bei Veranstaltungen dort, wo man sehr massiv gegen den Bau dieser Brücke aufgetreten ist. Es wäre im Hinblick auf eine objektive Beurteilung des Problembereiches zweckmäßig gewesen, das auch zu sagen. Deswegen erwähne ich das hier. Die Frage ist noch längst nicht von der Bevölkerung goutiert, wie Sie das hier darstellen.

Aber es gibt neben dem auch noch technische Probleme, und es gibt neben dem auch noch Ausbaubedürfnisse im Zuge der Donau, die ich vorhin genannt habe. Bei einer seriösen Vorgangsweise in diesem Bereich erscheint es mir schon wichtig, die einzelnen Prioritäten zu sehen, und ich werde das mit dem Herrn Landeshauptmann Ludwig bei den kommenden Bauprogrammverhandlungen besprechen: Korneuburg, Klosterneuburg, Pöchlarn oder Krems.

Auch die Auftragsverwaltung darf ihre Aufgabe nicht nur darin sehen, Programme zu erstellen, sondern auch realistische Vorgangsweisen festzulegen. Ich glaube, daß wir spätestens bei den Bauprogrammsverhandlungen für 1984 dem Gemeinderat von Klosterneuburg eine verbindliche Aussage übermitteln können.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Löffler.

Abgeordneter Dkfm. Löffler (ÖVP): Herr Bundesminister! Wir haben jetzt gehört, daß die Brücke wahrscheinlich erst zu einem späteren Zeitpunkt gebaut werden kann. Für einen leistungsfähigen Anschluß weiter Teile des nördlichen Niederösterreichs, besonders des Weinviertels — Bezirk Hollabrunn, Mistelbach — an die Westautobahn, ist in jedem Fall eine Querung der Donau notwendig. Sie wissen sicherlich auch, daß derzeit diese Anbindung an die Westautobahn eigentlich völlig unzulänglich ist. Welche Vorstellungen haben Sie in dieser Richtung?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Sekanina: Ich glaube, daß wir in der Gesamtkonzeption für die Anbindung dieser Region an die Westautobahn nicht nur auf diesen Bereich Rücksicht nehmen müssen, sondern doch großräumiger denken müssen. Mit dem Ausbau der Schnellstraßen in die Region nördliches Niederösterreich und mit dem forcierten Ausbau werden wir uns ja auch im Rahmen der Bauprogramme 1984 — wie bereits mehrmals betont — beschäftigen müssen. Ich glaube, daß wir in diesem Zusammenhang sicherlich eine Lösung finden können, die so geartet ist, daß es — beginnend 1984 und in den Jahren danach — zu einer deutlichen Verbesserung für diese Region kommt.

Allerdings füge ich gleichzeitig hinzu, daß es selbstverständlich gleiche Bedürfnisse in Richtung Waldviertel und auch in anderen Regionen gibt.

Ihre Frage konkret beantwortet: Im Rahmen der Bauprogrammsverhandlungen mit Niederösterreich werden wir auf diese Umstände Rücksicht nehmen müssen.

Präsident: Wir kommen zur nächsten Anfrage: Abgeordneter Flicker (ÖVP) an den Herrn Bundesminister.

41/M

Wann wird der Anschluß von der Donaubrücke Krems in das Waldviertel ausgebaut?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Sekanina: Herr Abgeordneter Dipl.-Ing. Flicker! Im Zusammenhang mit der von Ihnen genannten Brücke in Krems und mit weiteren Verbindungen in das Waldviertel darf ich mir bitte erlauben, auf ein paar Umstände zu verweisen. Für die Erschließung der Region Waldviertel gibt es vier Straßenverbindungen, die derzeit aktuell diskutiert werden. Das sind die B 41, die B 38 und die Anbindung zentraler Orte an den Raum Krems und St. Pölten. Ich denke an die B 34 und die B 218. Ich denke an den Bereich Zwettl mit der B 37 und an die Verbindung in Richtung Wien und an die Verbindung in Richtung Donauraum Ybbs, Melk, B 36 und B 260.

Für den Bundesstraßenbau im Waldviertel sind für 1983 Ausgaben von rund 100 Millionen Schilling vorgesehen, und weitere Ausbaumaßnahmen wurden auch an der Verbindung in Richtung Wien, S 3, Waldviertler Schnellstraße, gesetzt.

Bundesminister Sekanina

Ihre konkrete Frage kann ich derzeit nicht befriedigend beantworten, deswegen nicht, weil ich die Besprechungen mit dem Land Niederösterreich, die noch vor uns liegen, abwarten muß.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Flicker: Herr Bundesminister! Die Ostregion unserer Republik ist beim Bundesstraßenbau benachteiligt. Sie haben anlässlich Ihres ersten Amtsantrittes angekündigt, daß Sie diese Region besser bedienen werden. Geschehen ist eigentlich sehr wenig. Sie haben gerade auch jetzt festgestellt, daß Sie zu dieser notwendigen Nord-Süd-Verbindung der Problemregion Waldviertel wieder nichts sagen können. Ich habe hier ein Schreiben, in dem Vorschläge des Landes von Ihnen wieder herausgestrichen wurden, wo es nicht um Größenordnungen ginge, die Ihnen vielleicht Kopfzerbrechen machen müßten. Ein Schreiben vom 27. Jänner, in dem es heißt, der Bundesminister für Bauten und Technik habe entschieden, daß die vorgesehenen Ausgaben für die Grundeinlösungen Anschluß Krems/Donaubücke, Gneixendorf und Umfahrung Langenlois herauszunehmen sind.

Ich frage Sie: Haben Sie zu diesen Ankündigungen eine Haltungsänderung, und sind Sie bereit, anzuordnen, daß diese Grundeinlösungen in diesem Teilstück Krems/Nord-Gneixendorf in diesem Jahr noch vollzogen werden können?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Sekanina: Herr Abgeordneter! Zuerst widerspreche ich schon sehr deutlich Ihrer Behauptung, daß in der Ostregion nichts geschehen ist. Ich bin gerne bereit, Ihnen das statistische Material zu übermitteln, soweit es den hochrangigen Straßenbau betrifft. Es gelang uns, gerade in der Ostregion dank des guten Einvernehmens, das ich vor allem mit den Landesbaudirektionen Niederösterreichs, des Burgenlands und Wiens habe, deutlichste Fortschritte zu erzielen. Das ist letztlich im täglichen Ablauf auch zu registrieren und festzustellen. Noch einmal darf ich bemerken, daß diese Ihre Behauptung wahrlich nicht den Tatsachen entspricht. Wir werden selbstverständlich bemüht sein, mit den zuständigen Stellen in Niederösterreich zu einer Lösung dieser Frage zu kommen, und in den kommenden Gesprächen auf diese Umstände besonders Rücksicht nehmen.

Letztlich darf ich aber noch bemerken — ich wiederhole mich hier —: Es gibt die Auftragsverwaltung. Es ist nun einmal so, daß im Rahmen dieser Auftragsverwaltung das Bundesland Niederösterreich einen sehr großvolumigen Ausbauwunsch hat. Es ist nun einmal die Verpflichtung des Ministers, den finanziellen Gegebenheiten Rechnung zu tragen, und auf die Größenordnungen, deren Realisierung möglich ist, zu verweisen. Die Priorität setzt im konkreten Falle das Land Niederösterreich fest und nicht der Bundesminister für Bauten und Technik.

Präsident: Weitere Frage.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Flicker: Herr Bundesminister! Im Nordosten Niederösterreichs und insbesondere im Waldviertel hat die Abwanderung in den letzten zehn Jahren bedrohliche Ausmaße erreicht. Über 10 000 Menschen mußten dort ihre Heimat verlassen. Eine bessere Entwicklung hängt sehr stark von einer guten Verkehrserschließung der Wirtschaftszentren untereinander und des Landes ab.

Der Landeshauptmann von Niederösterreich — das kann man im heutigen „Volksblatt“ lesen; aber vielleicht haben Sie schon den entsprechenden Brief — hat Ihnen und dem Herrn Finanzminister angeboten, zur Nord-Süd-Verkehrerschließung der großen Problemregion Waldviertel, die fast zweimal so groß ist wie Vorarlberg, die Vorfinanzierung zu übernehmen für jenes Straßenstück, über das wir jetzt hier diskutieren, Krems, Gneixendorf, Längenfeld, Gföhl. Geschätzte Kosten etwa 500 Millionen Schilling.

Sind Sie bereit, dieses großzügige Angebot des Landeshauptmannes Ludwig sehr rasch aufzunehmen und unter diesen Umständen für einen zügigen Ausbau dieses Straßenprojektes einzutreten?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister Sekanina: Herr Abgeordneter! Die Großzügigkeit des Angebotes kenne ich nicht. Das stellen Sie rein rhetorisch fest. Ich möchte die Beträge sehen. Erst dann — dafür werden Sie Verständnis haben — kann ich beurteilen, ob das großzügig oder nicht großzügig ist. Ich lasse mich hier von kaufmännischen Grundsätzen leiten und nicht von irgendwelchen Darstellungen.

Aber der Herr Landeshauptmann Ludwig — so interpretieren Sie das — hat offensichtlich jetzt eine andere Priorität festgesetzt,

Bundesminister Sekanina

denn früher gab es die Priorität für die B 41. Ich nehme zur Kenntnis, daß er hier seine Meinung geändert hat, und werde im persönlichem Gespräch mit dem Herrn Landeshauptmann auf diesen Umstand zurückkommen. Angebote finanzieller Natur werden von mir im Gespräch immer akzeptiert. Ich hoffe, damit Ihre Frage, soweit das derzeit möglich ist, beantwortet zu haben.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Hintermayer.

Abgeordneter **Hintermayer** (FPÖ): Herr Bundesminister! Wir wissen, daß das Waldviertel das Problemgebiet Niederösterreichs ist. Meine Frage richtet sich an Sie: Welche Straßenbaumaßnahmen werden im konkreten Fall demnächst in Angriff genommen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister **Sekanina:** In Wiederholung meiner vorherigen Beantwortung: Ich bin derzeit auf die Entwicklung ausgerichtet, die die B 41 betrifft. Das habe ich auch mehrmals kundgetan. Selbstverständlich wird es im Zuge der S 3 Bauaktivitäten geben, auch im Bereich der B 36, um einen möglichst günstigen Anschluß an die Donau, besser gesagt an die Westautobahn, zu bekommen.

Das sind, global dargestellt, im Augenblick die Aktivitäten. Ich bitte um Verständnis, wenn ich vielleicht das eine oder andere Straßenstück vergessen habe, aber im Rahmen der Bauprogrammverhandlung 1984 werde ich sehr darauf drängen, daß man dann von niederösterreichischer Seite die Priorität festlegt. Die Priorität hat bis dato gelaute B 41 Raum Gmünd beziehungsweise Freistadt, hat gelaute in Richtung Donau, Richtung Ybbs-Persenbeug, B 25, die sich ja dann fortsetzt bis in die Region der Eisenwurzen. Das waren bisher die Prioritäten. Ich habe schon registriert, daß es hier offensichtlich Meinungsänderungen gibt. Sie fragten, welche Prioritäten wir derzeit sehen. So wie ich vorhin interpretiert habe, hat das für uns Aktualität.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Preiss.

Abgeordneter Dr. **Preiss** (SPÖ): Herr Bundesminister! Es ist bestimmt keine Streitfrage, daß die Erschließung des Waldviertels durch den überregionalen Straßenbau weiter vorangetrieben werden soll. Ich glaube, es wäre auch nur recht und billig, wenn das Land Niederösterreich sich daran in angemessener Form beteiligt.

Es ist, wie Sie schon erwähnt haben, auch in dieser Richtung ja einiges bereits geschehen. Dazu gehört auch die Anbindung an die Autobahn.

Ich möchte an Sie die Frage richten, Herr Bundesminister: Wann wird die S 33, die Kremser Schnellstraße, als durchgehende Verbindung von der Westautobahn bis Krems endgültig dem Verkehr zur Verfügung stehen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister **Sekanina:** Das wird noch im Laufe dieses Kalenderjahres möglich sein.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Stummvoll.

Abgeordneter Dr. **Stummvoll** (ÖVP): Herr Bundesminister! Sie haben selber gemeint, daß die Antwort auf die konkrete Fragestellung Straßenverbindung Krems — Waldviertel eigentlich unbefriedigend ist.

Was ich jetzt nicht verstehe, ist eines: Es wird so viel von Grenzlandförderung und von Regionalförderung gesprochen. Eine Grenzregion hat doch einen Standortnachteil, und das wichtigste wäre an sich, diesen Standortnachteil durch Ausbau der Infrastruktur einfach zu verringern.

Meine konkrete Frage wäre: Sehen Sie keinerlei Möglichkeiten, innerhalb der Bundesregierung unter dem Aspekt der Grenzlandförderung die Mittel doch stärker in diesem Raum für die bessere verkehrsmäßige Erschließung einzusetzen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister **Sekanina:** Herr Abgeordneter Dr. Stummvoll! Natürlich werden wir bemüht sein — als Antwort auf Ihre konkrete Frage —, für die Bauprogramme 1984 und die Jahre danach zu einer noch besseren Förderung dieser Region zu kommen.

Was ich derzeit nicht kann — und würde ich eine Ziffer sagen, wäre das unseriös —, ist, das in einem Schillingbetrag auszudrücken. Aber ich darf sicherlich gerade bei Ihnen annehmen, daß Sie für diese Vorgangsweise Verständnis haben.

Präsident: Nächste Anfrage: Herr Abgeordneter Brandstätter (ÖVP) an den Herrn Bundesminister.

42/M

Wann wird mit dem Bau des Abschnittes Gloggnitz—Semmering der Semmering-Schnellstraße begonnen?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister **Sekanina:** Herr Abgeordneter Brandstätter! Der Bau des Abschnittes Gloggnitz—Semmering der Semmering-Schnellstraße, das heißt also das 7,3 Kilometer lange Teilstück Gloggnitz—Schottwien, wird im Jahre 1984 begonnen.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter **Brandstätter:** Herr Bundesminister! Der Ort Schottwien hat ja unter besonderer Umweltbelastung zu leiden. Daher meine Frage: Sehen Sie eine Möglichkeit, daß der Talübergang Schottwien vorgezogen wird, damit also wirklich so rasch als möglich begonnen wird und damit auch dieser Teilabschnitt wenigstens bis zum Anschluß Maria Schutz wirklich so rasch als möglich begonnen werden kann?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister **Sekanina:** Herr Kollege Brandstätter! Von uns aus ist diese Möglichkeit durchaus vorhanden. Ich habe auch — die Strecke wird ja von der ASAG gebaut — dem Herrn Generaldirektor Nägele Auftrag gegeben, das so rasch es nur geht zu realisieren.

Ich muß allerdings darauf verweisen, daß es hier mit Bürgerinitiativen im Hinblick auf den Übergang... (*Abg. Brandstätter: Das ist schon vorbei, Herr Minister!*) Wenn das so geschehen ist, dann bin ich sehr dankbar, dann gibt es keinen Grund, die Forcierung nicht zu betreiben.

Präsident: Weitere Frage.

Abg. **Brandstätter:** Herr Bundesminister! Die S6 soll ja auch die wirtschaftlichen Schwierigkeiten in unserem Problemgebiet dadurch mindern helfen, daß die erholungssuchende Bevölkerung so rasch als möglich zu uns kommen kann. Ich möchte also gar nicht abwerten, was jetzt über das Grenzland gesagt wurde, aber daß es in unserem Gebiet mindestens genauso triste ist, das wissen wir alle miteinander.

Daher meine Frage: Können Sie sagen, wann mit dem Anschluß an die Puchberger

Bundesstraße, also S6 nach Puchberg, begonnen wird?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister **Sekanina:** Herr Abgeordneter Brandstätter! Ich kann das aus dem Stegreif nicht beantworten. Ich werde kurzfristig Ihnen das schriftlich oder mündlich mitteilen.

Präsident: Weitere Frage: Abgeordneter Probst.

Abgeordneter **Probst (FPÖ):** Herr Bundesminister! Diese neue Straßenplanung, für die wir Steirer natürlich aus wirtschaftlichen Gründen sehr dankbar sind — das habe ich ja oft und oft betont und werde es weiter betonen —, bringt natürlich auch Probleme im Hinblick auf den Umweltschutz; es ist schon angezogen worden. Es gibt auch schon Stimmen, die alle möglichen Trassen im Auge haben und alle möglichen Umweltschäden befürchten.

Ich als Freiheitlicher stehe natürlich dafür ein, daß dem Umweltschutz im weitesten Sinne und im größtmöglichen Maß Rechnung getragen wird. In welcher Hinsicht — und das ist meine Frage — und in welcher Art haben Sie diesen Überlegungen und Bedenken des Umweltschutzes in Ihrer Planung Rechnung getragen beziehungsweise in welcher Art und Weise wird das geschehen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister **Sekanina:** Wir haben durch eine Novellierung des Bundesstraßengesetzes, die heuer wirksam wurde, besonders auf den Bereich Umweltschutz Rücksicht genommen, Herr Abgeordneter. Der derzeitige Kostenbedarf für Einrichtungen des Umweltschutzes — hier denke ich an Lärmschutzfenster, Lärmschutzwände — hat eine Größenordnung von rund 3 Milliarden Schilling insgesamt für das Bundesstraßennetz. Wir werden selbstverständlich bei den Ausbauabläufen so vorgehen, daß mit Fertigstellung des jeweiligen Straßenzuges im wesentlichen auch die Lärmschutzeinrichtungen und die Umweltschutzeinrichtungen mit fertiggestellt werden können. Es kann da und dort aus technischen Gründen kurzfristige Verzögerungen geben. Aber grundsätzlich lautet der Auftrag an die Bauausführenden und an die Planenden, das so zu gestalten, daß hier den Bedürfnissen der Bevölkerung weitestgehend Rechnung getragen wird.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Tirnthal.

Abgeordneter **Tirnthal** (SPÖ): Sehr geehrter Herr Bundesminister! Seit der Gründung der ASAG wurden die Planungs- und Bauarbeiten an der Schnellstraße 6 wesentlich beschleunigt, sowohl auf niederösterreichischem als auch auf steirischem Gebiet, und auch die Planung und Errichtung des Abschnittes Gloggnitz—Semmering wurde der ASAG übertragen.

Meine Frage an Sie, Herr Bundesminister: Wie hat sich die bei ihrer Gründung viel diskutierte ASAG aus Ihrer Sicht bewährt?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister **Sekanina:** Ich hoffe, daß die Kürze meiner Antwort nicht provokativ wirkt, Herr Abgeordneter. Aus der Sicht des Bundesministers für Bauten und Technik hat sich die Gründung dieser Gesellschaft hervorragend bewährt. — Auch eine Meinung, die die Bundesländer Niederösterreich, Burgenland und Steiermark teilen.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Gorton.

Abgeordneter Dkfm. **Gorton** (ÖVP): Herr Bundesminister! Der frühere Bundeskanzler Dr. Kreisky hat Anfang dieses Jahres — oder war es noch Ende des vergangenen Jahres im Wahlkampf — den Baubeginn für den Semmering-Eisenbahnbasistunnel innerhalb von zwei Jahren versprochen. Ich nehme an, daß die jetzige Bundesregierung dieses Versprechen des früheren Bundeskanzlers sicherlich einhalten wird.

Dies vorausgesetzt, möchte ich an Sie die Frage richten: Werden Sie im edlen Wettstreit mit den Bundesbahnen die Fertigstellung des Schnellstraßenteilabschnittes Gloggnitz—Semmering noch vor Fertigstellung des Semmering-Basistunnels bewerkstelligen oder realisieren können? Und wann wird das nach Ihrer Planung sein?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister **Sekanina:** Herr Abgeordneter! In einer Information der ASAG, billigt angefertigt und verständlichst dokumentiert, ist ein Zeitplan vorgesehen, und bis zum Jahresende 1986, Beginn 1987 soll die S 6 durchgehend befahrbar sein. Die jetzigen Zeitabläufe berechtigen auch vollinhaltlich zu dieser Annahme. Ich kann mir also durchaus vor-

stellen, daß wir zumindest — ich kenne die bauliche Planung für den Eisenbahntunnel nicht, weil es dafür ja bitte in meinem Ressort keine Zuständigkeit gibt — bis 1986, Anfang 1987 mit dem Straßenzug fertig sein werden.

Präsident: Wir kommen zur nächsten Anfrage: Abgeordneter Reicht (SPÖ) an den Herrn Minister.

48/M

Wie weit konnten Sie den Vorstellungen der Gemeinden nach einer Verbesserung der Wasserrwirtschaftsfonds-Förderungsrichtlinien Rechnung tragen?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister **Sekanina:** Herr Abgeordneter Reicht! Ich habe schon in einer anderen Anfragebeantwortung auf diesen Umstand Bezug genommen. Ich darf in Kürze noch einmal sagen: Wir haben die Förderungsrichtlinien verbessert, es erfolgte eine Erhöhung der Darlehenssätze, eine Verlängerung der Darlehenslaufzeiten und die Erweiterung der förderungsfähigen Kosten und Möglichkeiten der Zwischenfinanzierung.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter **Reicht:** Herr Bundesminister! Ich darf Sie fragen, ob die neuen Richtlinien darauf Bedacht nehmen, finanzschwächere Gemeinden besonders zu unterstützen.

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister **Sekanina:** Ich darf das mit ja beantworten insofern, als Gemeinden mit einer um 20 Prozent unter dem Bundesdurchschnitt — ohne Wien — liegenden Ertragshöhe die gesetzlich möglichen Höchstsätze gewährt werden, das heißt also, bei Ortsnetzen 60 Prozent der Förderung erhalten.

Präsident: Weitere Frage.

Abgeordneter **Reicht:** Herr Bundesminister! Werden sich die neuen Richtlinien entscheidend im positiven Sinn auf den Kanal- und Wasserbausektor auswirken?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister **Sekanina:** Ich glaube, Herr Abgeordneter, das ebenfalls mit ja beantworten zu können. Ich darf Ihnen folgendes statistisches Material übermitteln: Der Fonds hat im Jahre 1983, in der Zeit Jänner bis einschließlich Mai, 2 299,1 Millionen Schilling

Bundesminister Sekanina

netto an die Förderungsnehmer ausbezahlt, im Vorjahr waren es im gleichen Zeitraum rund 1,8 Milliarden Schilling.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Koppensteiner.

Abgeordneter **Koppensteiner (ÖVP):** Herr Bundesminister! Abwasserschutzbauten sind ja nicht nur in bezug auf den Umweltschutz notwendig und auch wichtig, sondern es gibt auch arbeitsmarktpolitische Gründe, gewisse Vorhaben früher oder später durchzuführen.

Nun ergibt sich das Problem, daß bei den Ausschreibungen Firmen anbieten, die nicht aus der Region stammen, den Auftrag erstehen und dann als Subunternehmer heimische Betriebe beschäftigen, die zunächst teurer waren, aber um den Umsatz zu halten einsteigen und dann in letzter Konsequenz doch in Schwierigkeiten geraten.

Herr Bundesminister! Könnten Sie sich vorstellen, daß man ähnlich wie bei Gemeinden — da gibt es eine Art 5-Prozent-Klausel — Prioritäten für heimische Betriebe setzt, die im Rahmen von Abwasser-Baumaßnahmen anbieten und nicht unbedingt Bestbieter sind? Dies aus arbeitsmarktpolitischen Gründen.

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister **Sekanina:** Ich kann mir eine solche Vorgangsweise zumindest als Gesprächsbasis durchaus vorstellen. Ich bitte aber nur besonders zu beachten, daß wir eine ÖNORM haben, und hier müssen wir als Ministerium besonders auf diese Bestimmungen Bedacht nehmen. Im Rahmen der nächsten Sitzung des Wasserwirtschaftsfonds werde ich aber gerne auf diesen Umstand Rücksicht nehmen.

Präsident: Weitere Frage: Abgeordneter Grabher-Meyer.

Abgeordneter **Grabher-Meyer (FPÖ):** Sehr geehrter Herr Bundesminister! Im Bereich der Abwasserbeseitigung und Abwasserreinhaltung ist vermehrt auch der Wunsch aufgetreten, besonders von Betrieben, aber auch von Gemeinden, die daran interessiert wären, daß ihre Abwasserbeseitigungsanlagen nicht über Gebühr belastet werden, die betriebliche Abwasserbeseitigung mehr zu fördern.

Darf ich Sie in diesem Zusammenhang fragen: Wie steht Ihr Ressort zur Forderung nach einer stärkeren Förderung der betrieblichen Abwassermaßnahmen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister **Sekanina:** Herr Abgeordneter! Grundsätzlich gibt es hier in all diesen Fragen, nicht nur in der speziellen, sondern auch in ähnlich gelagerten, eine positive Einstellung.

Gleichzeitig müssen wir allerdings hinzufügen, welche finanziellen Auswirkungen haben all diese positiven Festlegungen. Das ist eben ganz einfach kaufmännischen Grundsätzen entsprechend zu beachten.

Aber noch einmal auch in Ihrem konkreten Problembereich: Wir werden uns selbstverständlich im Wasserwirtschaftsfondsbereich, im Bereich der Kommission, darum bemühen, solchen Zweckmäßigkeiten besonderes Augenmerk zu schenken und nach Möglichkeit eine Lösung anzustreben. Allerdings noch einmal: Es muß hier der Einklang zwischen den finanziellen Möglichkeiten getroffen und beachtet werden.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Parnigoni.

Abgeordneter **Parnigoni (SPÖ):** Herr Bundesminister! Wie allgemein bekannt ist, hat es über die Frage der Verbesserung der Wasserwirtschaftsfondsförderungsrichtlinien auch im niederösterreichischen Landtag Debatten gegeben. Der niederösterreichische Landtag hat seinerzeit dann auch angeregt, daß man wiederum verlorene Zuschüsse gewähren sollte.

Glauben Sie nun, Herr Bundesminister, daß diese Anregung ein taugliches Mittel zur Verbesserung der Förderung darstellt beziehungsweise können Sie dieser Anregung Folge leisten?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister **Sekanina:** Ich glaube, daß wir im Bereich des Wasserwirtschaftsfonds zuerst einmal feststellen müssen, daß wir den Bedürfnissen der Gemeinden nach unseren finanziellen Möglichkeiten durch die Verbesserung der Richtlinien wesentlich Rechnung getragen haben.

Das gilt nicht nur für Gemeinden. Das gilt auch — in der vorigen Frage habe ich das global beantwortet — für betriebliche Bereiche. Ich darf daran erinnern, daß wir dort bis zu 60 Prozent Förderungsmöglichkeit geschaffen haben und bis zu 20 Jahre Darlehenslaufzeit. Das waren also vorher zehn Jahre.

Bundesminister Sekanina

Zu Ihrer konkreten Frage, die im niederösterreichischen Landtag diskutiert wurde, würde ich vorerst einmal eher nein sagen, als Beantwortung nein sagen. Aber ich meine damit jetzt nicht eine rigorose und unabänderliche Ablehnung. Es gibt wirklich schwer belastete Gemeinden, stellen wir fest. Hier könnte laut derzeitigen gesetzlichen Bestimmungen eine teilweise Umwandlung in Beträge bis 10 Prozent nach längerfristig qualifizierter Stundung erfolgen.

Allerdings stellen wir fest, in der Administration gibt es größere Schwierigkeiten bei der Vollziehung dieser Bestimmungen und vor allem — hier wiederhole ich mich wieder aus der Sicht der Finanzkraft des Fonds — im Grundsatz noch einmal: Wir sehen diese attraktivste Einrichtung des Umweltschutzes als eine Einrichtung an, die vor allem der Bevölkerung dienlich ist, und im Rahmen unserer Finanzkraft werden wir auf solche Umstände natürlich Rücksicht nehmen.

Präsident: Wir kommen zur nächsten Anfrage: Abgeordneter Remplbauer (SPÖ) an den Herrn Minister.

51/M

Wie ist der derzeitige Ausbauzustand des höherrangigen Bundesstraßennetzes?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Sekanina: Herr Abgeordneter Remplbauer! Autobahnnetz: Im Gesetz vorgeschrieben 1 685 Kilometer, mit Jahresende 1982 1 046 Kilometer im Betrieb, das sind 62 Prozent. Am Jahresende 1983 werden das 1 108 Kilometer sein. Wir glauben, daß wir nach Abschluß der Bauarbeiten — nicht wir glauben, sondern das ist sicher so —, nach Abschluß der Bauarbeiten im Zuge der Autobahnen 215 Kilometer haben werden und wir erreichen in ungefähr 36 Monaten einen Ausbauzustand von 75 Prozent.

Beim Schnellstraßennetz sind 24 Prozent im Betrieb. Das Gesetz kennt eine Gesamtlänge von 1 030 Kilometern, 7 Prozent sind im Bau und 69 Prozent sind in Planung.

Das ist der derzeitige Ausbauzustand des hochrangigen Bundesstraßennetzes, Gesamtvolumen rund 1 086 Kilometer plus 1 103 Kilometer Schnellstraßen.

Präsident: Weitere Frage.

Abgeordneter Remplbauer: Dieses Ausbaukonzept findet ja allgemeine Zustimmung und

Anerkennung. Interessant wäre die Frage: Wann rechnen Sie mit der Fertigstellung des Grundnetzes?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister Sekanina: Unsere Terminplanung lautet Anfang 1987, wobei es 1983 eine Gesamtverkehrsübergabe in Kilometern ausgedrückt von 51 Kilometer geben wird, 1984 werden wir eine Größenordnung von um die 50, 60 Kilometer erreichen — ich kann das auf das Datum genau im Augenblick nicht sagen. Planungsziel ist es und Ziel im Hinblick auf unsere baulichen Aktivitäten, bis zum Beginn des Jahres 1987 das Grundnetz fertigzustellen.

Präsident: Weitere Frage.

Abgeordneter Remplbauer: Dies erfordert selbstverständlich noch ziemlich hohe finanzielle Aufwendungen in den nächsten vier Jahren. Können Sie etwa schätzungsweise angeben, welche Baukosten insgesamt für dieses Bauprogramm bis zum Abschluß und Ausbau des Grundnetzes erforderlich sein werden?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Sekanina: Die derzeit im Bau befindlichen Abschnitte, die 215 Kilometer, ungefähr einen Kostenaufwand von 20 Milliarden Schilling, für die Fertigstellung des Grundnetzes insgesamt eine Größenordnung um die 40 Milliarden Schilling.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Lußmann.

Abgeordneter Lußmann (ÖVP): Herr Bundesminister! Es tut mir leid, aber ich muß Ihnen noch einmal eine Finanzierungsfrage stellen.

Der weitere Ausbau der hochrangigen Straßen ist derzeit fast ausschließlich außerbudgetär über die Bühne gegangen, nämlich über die Sondergesellschaften einerseits oder über Sonderfinanzierungen, die sogenannten Länderverträge. Sie haben selbst Ziffern genannt. Der Beweis dafür ist, das ASFINAG-Paket inklusive der Stammstrecken umfaßt bei den Autobahnen und Schnellstraßen jetzt schon 659 Kilometer. In Betrieb sind derzeit 1 046 Kilometer Autobahnen und 249 Kilometer Schnellstraßen. Das heißt, die Gesellschaftsstrecken nehmen derzeit schon ungefähr 50 Prozent der Straßen ein, wobei die Finan-

Lußmann

zierung über das Budget für diese Strecken fast ausschließlich Null ist.

Ich muß Sie daher fragen, Herr Bundesminister, ob Sie in Zukunft Ihr Heil in der Finanzierung für diese hochrangigen Straßen nur mehr im außerbudgetären Bereich, also über die Sonderfinanzierung suchen müssen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister **Sekanina:** Ich suche mein Heil nicht in der außerbudgetären Finanzierung, ich suche mein Heil in einer politischen Entscheidung. Ich werde im Zuge der Budgetverhandlungen 1984 bemüht sein, neben dem technischen Ausbaukonzept auch die finanzielle Größenordnung deutlichst darzulegen. Es wird Aufgabe der politischen Gremien sein, darüber zu befinden, wie der Bundesstraßenbau in den nächsten Jahren finanziert werden kann, wobei wir die Zielsetzungen kennen: erstens einmal Grundnetz bis 1987 und dann eben ein forcierter Ausbau im Bereiche der Bundesstraßen B, an sich aber eine völlige Umschichtung der baulichen Aktivitäten im Bereich des Hochbaues, sprich Bundeshochbau und Wohnungsbau.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Probst.

Abgeordneter **Probst** (FPÖ): Verehrter Herr Bundesminister! Meine Meinung hat sich zu diesem Thema nicht geändert. So löblich die Ausbauabsichten auch sind, bin ich der Meinung, daß wir in dieser Umweltsituation, in der wir uns befinden, so wenig Straßen als möglich bauen sollten, also keinen Kilometer zuviel und keinen Luxuskilometer.

Diese Meinung teilen auch einige Bürgerinitiativen, die Bedenken anmelden — Semmering zum Beispiel — und die berechtigt fragen, ob denn in diesem oder in jenem Fall ein Ausbau notwendig ist. Daher meine Frage an Sie, ob Sie angesichts dieser Schwierigkeiten und dieser Interessenskonflikte, die manchmal zwischen Umweltschutz und Bedürfnis oder rein auch Wünschen der Autofahrer entstehen, obwohl der echte Bedarf gar nicht gegeben ist, bereit sind, Ihre Straßenplanung unter dem ständigen Aspekt des Umweltschutzes zu durchleuchten und auch in Zukunft so anzulegen, daß möglichst Sparvarianten, umweltfreundliche Varianten bevorzugt werden.

Präsident: Herr Minister. Bitte.

Bundesminister **Sekanina:** Ich teile diese

Auffassung uneingeschränkt, es gibt praktische Beweise. Konkret: Die Trassenfestlegung für die A 2, Wechselübergang, die Amstasse, wie das so schön heißt, war so, daß der Straßenzug durch das Edlitztal Richtung Steiermark gehen sollte. Ich habe Wert darauf gelegt, daß diese kostenaufwendige Trasse nicht gebaut wird. Es war eine Kronenbreite von 30 m vorgesehen, Entwurfsgeschwindigkeiten bis zu 120 km und dementsprechende Kurvenradien. Wir haben diese Überlegung nicht realisiert. Ich habe Auftrag gegeben, die Trasse durch das Pittental zu führen, daß ist geschehen. Entwurfsgeschwindigkeit nur mehr 100 km, prozentuale Steigung maximal 3,5 Prozent, keine 7 000 m Brückenobjekte, sondern nur mehr 700 m, Kostenersparnis 1,5 Milliarden Schilling. Das werden wir auch bei den anderen Straßenzügen so fortsetzen.

Mein Auftrag im Hinblick auf die Pyhrnautobahn hat ebenfalls so gelaute, und wir konnten auf eine Reduktion im Kostenvolumen beim Teilabschnitt Sattledt bis Bosrucktunnel in der Größenordnung von 4,3 Milliarden Schilling kommen, unter Beachtung umweltfreundlichster Trassenlegung. Das ist immerhin eine Ersparnis von mehreren 100 Millionen Schilling.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Kräutl.

Abgeordneter **Kräutl** (SPÖ): Herr Bundesminister! Im Anschluß an diese Frage des Umweltschutzes für bestimmte Trassen stelle ich meine Frage allgemein als Mitglied des Ausschusses für Gesundheit und Umweltschutz: Wird auf Grund der vorgekommenen Schwierigkeiten bei der Planung der S 8 nunmehr tatsächlich dem Umweltschutz bei diesen Planungen vermehrt oder noch vermehrt Rechnung getragen werden können, und in welcher Form wird dies geschehen?

Präsident: Herr Minister. Bitte.

Bundesminister **Sekanina:** Dem kann vermehrt Rechnung getragen werden. Erstens einmal durch das Handhaben der zwingenden gesetzlichen Bestimmungen. In der Novelle des Bundesstraßengesetzes wurden ja bestimmte Größenordnungen festgelegt, die finanziellen Mittel, die für den Umweltschutz verwendet werden müssen. Wir legen also Wert darauf, daß dies bei den baulichen Abläufen selbstverständlich berücksichtigt wird. Unsere grundsätzliche Philosophie im Bundesstraßenbau lautet: so sparsam als möglich, so rationell als möglich und so

Bundesminister Sekanina

umweltfreundlich als möglich. Wir werden das für jeden einzelnen Fall besonders beachten.

Ich darf bei dieser Gelegenheit nur abschließend bemerken: Ich kenne derzeit keine Bürgerinitiative, mit der es nennenswerte Konflikte gibt. Im Gegenteil, wir konnten ein Gesprächsklima schaffen, wie wir es Jahre vorher nicht gehabt haben.

Präsident: Wir kommen zur nächsten Anfrage: Abgeordneter Probst (FPÖ) an den Herrn Minister.

53/M

Wie ist der derzeitige Stand der Neuorganisation im Bereich des staatlichen Hochbaues?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Sekanina: Herr Abgeordneter Probst! Hier gibt es vorerst die Notwendigkeit einer grundsätzlichen Feststellung. Der Bundeshochbau, in diesem Ministerium als Bereich inkludiert, umfaßt derzeit 8 600 Objekte mit einer Kubatur von 61 Millionen Kubikmetern. Die haben wir zu betreuen, die haben wir zu verwalten. Daneben gibt es die Neubaubedürfnisse in den einzelnen Bereichen: im schulischen Bereich, Hochschulen, Wissenschaftsbereich, militärische Neubauten und ähnliche Dinge mehr.

Ich habe in den letzten eineinhalb Jahren die Auffassung vertreten, daß wir so wie im Straßenbau zu effizienteren Abläufen kommen müssen. Das hat nichts mit dem Fleiß und mit der Geschicklichkeit, mit dem Können und Wissen der Mitarbeiter zu tun. Ich sage das aus ganz bestimmten Gründen, weil ich das da und dort in Flugblattaktionen immer wieder lese.

Das heißt aber auch gleichzeitig, daß wir bisherige Organisationsformen nicht als bleibend ansehen dürfen. Erster Schritt in diese Richtung war die Zusammenlegung der Bundesgebäudeverwaltung I Wien und der Bundesgebäudeverwaltung II für den militärischen Bereich Wien, Niederösterreich und Burgenland zu einer Bundesbaudirektion Wien. Das wird sich in nächster Zeit fortsetzen.

Es ist mein erklärtes Ziel, vor allem auch dafür Sorge zu tragen, daß wir bei Neubauten bestimmter Größenordnung, vor allem bei bestimmter finanzieller Größenordnung, Wege beschreiten, die im Straßenbau bereits

große Erfolge gezeitigt haben. Die Detailfragen sind derzeit im Gespräch.

Ich glaube, auch in diesem Falle spätestens im Herbst entsprechende Vorschläge übermitteln zu können.

Präsident: Weitere Frage.

Abgeordneter Probst: Herr Bundesminister! Durch diese Neuorganisation wird es ja zu ungewohnten und gewaltigen Umstellungen kommen. Wird es durch diese Neuorientierung und Neuordnung zu Störungen in den diversen Bauabläufen kommen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Sekanina: Herr Abgeordneter! Gerade dieser Umstand ist für uns ein besonders zu beachtender. Wir agieren hier nicht im luftleeren Raum — wenn ich das so formulieren darf —, sondern wir sind hier im engsten Einvernehmen mit der Personalvertretung. Was wir tun wollen, ist, einen harmonischen Ablauf dieser Neuordnung ohne Beeinträchtigung der Bauabläufe zu schaffen. Damit wollen wir aber dann erreichen, daß bisherige eher unökonomische Bauabläufe — um das so zu formulieren — in Zukunft vermieden werden.

Ich nehme auf keinerlei Projekte Bezug, sondern ich stelle nur fest, es muß unser Ziel sein, im Bundeshochbau ein hohes Maß an rationellen Abläufen zu erreichen, wie uns das zum größten Teil im Bundesstraßenbau bereits gelungen ist.

Präsident: Weitere Frage.

Abgeordneter Probst: Herr Bundesminister! Historisch bedingt war die Organisation der von Ihnen zitierten Bundesgebäudeverwaltungen I und II für viele Außenstehende bizarr und hat irgendwie an Geschichten von Roda-Roda oder Gregor von Rezzori in ihrer Undurchschaubarkeit und Undurchblickbarkeit erinnert. Ich höre mit Genugtuung, daß Sie hier etwas getan haben und das auf eine vernünftige Basis stellen wollen.

Meine Frage an Sie: Wie weit ist das gediehen?, beziehungsweise: Wie wird das im Endeffekt dann aussehen, vor allem wie wird es aussehen für den rat- und hilfeschuchenden Staatsbürger?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Sekanina: Herr Abgeord-

Bundesminister Sekanina

neter Probst! Neben der derzeit in Gang befindlichen Neuorganisation, wie bereits zitiert, gibt es Überlegungen, weiterführende Überlegungen und dann auch Realisierungsaktivitäten bis 1985. Das bedeutet, daß alle Gebäudeverwaltungen II, Linz, Salzburg, Graz, Klagenfurt, Innsbruck, Bregenz, an die Verwaltungszentrale Bundesgebäudedirektion Wien angegliedert werden. Das heißt im konkreten: Dann werden die bisher sechs hierarchischen Entscheidungsebenen auf vier verringert, damit werden wir effizienter werden. Der Grundsatz muß zum Tragen kommen, daß die Entscheidungen über Planungs- und Bauabläufe an Ort und Stelle getroffen werden und nicht irgendwo. Damit wird die Möglichkeit des Sich-gegenseitig-die-Schuld-Zuschiebens, um das ganz praktisch zu sagen, geringer.

Das sind die ungefähren Zeitabläufe. Daneben läuft die von mir vorhin zitierte Konzeption im Hinblick auf die Neubaubereiche.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Schemer.

Abgeordneter **Schemer** (SPÖ): Herr Bundesminister! Sie haben eine Reihe von Prioritäten aufgezählt. Welche weiteren Maßnahmen werden Sie setzen, damit bei Neubauten noch rascher und kosteneffizienter gebaut werden kann?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister **Sekanina:** Ich glaube, daß die sinnvollste Vorgangsweise jene ist, die vor allem die Verantwortung eindeutig festlegt, und zwar, daß die Planungsabläufe, die Bauabläufe, die Kontrollnotwendigkeiten auch von einer verantwortlichen Stelle aus beachtet werden müssen. Das heißt also: Bei der Dimension der Gebäudekubatur, die wir zu verwalten haben, müssen 61 Millionen Kubikmeter verwaltungsspeziell geordnet und organisiert sein, es muß der Neubau speziell geordnet und organisiert sein. Von unserer Seite aus muß dann auch in den Kontrollbereichen dafür Sorge getragen werden, damit es zu keinen ungebührlichen Bauverzögerungen kommt.

Gleichzeitig lege ich aber großen Wert darauf, daß Projekte, die geplant werden, die realisiert werden, auch finanziert werden können, das heißt also, daß auch in der Finanzkonzeption entsprechende Vorgangsweisen praktiziert werden.

Wir haben bis dato auch Bauträger für der-

artige Abläufe im Bundeshochbau eingeschaltet. Es ist also zu überlegen, ob das die sinnvollste Entscheidung ist. Ziel unserer Überlegungen ist es, organisatorische Maßnahmen zu treffen, damit wir schneller und vor allem billiger bauen können.

Präsident: Herr Abgeordneter Eigruber.

Abgeordneter **Eigruber** (FPÖ): Herr Bundesminister! Mir liegt ein Schreiben der Ingenieur- und Architektenkammer für Oberösterreich und Salzburg vor, in dem sich diese beklagen, daß öffentliche Gebäude zunehmend in Eigenregie durch Planungsaufteilungen der Landesbaudirektion Oberösterreich geplant werden.

Wir sehen darin eine Gefährdung der Freiberufe, vor allem auch der Arbeitsplätze in diesen Freiberufen, und ich frage Sie daher: Beabsichtigen Sie, Herr Bundesminister, bei der Planung von Bundesbauten verstärkt auf Freiberufler zurückzugreifen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister **Sekanina:** Ich beabsichtige das, Herr Abgeordneter.

Präsident Mag. **Minkowitsch** (der soeben den Vorsitz übernommen hat): Nächste Frage: Herr Abgeordneter Dkfm. Dr. König (ÖVP) an den Herrn Bundesminister.

43/M

Wie sieht die von der sozialistischen Koalitionsregierung angekündigte Sparvariante des Konferenzzentrums konkret aus?

Präsident Mag. **Minkowitsch:** Bitte, Herr Bundesminister.

Bundesminister **Sekanina:** Herr Abgeordneter Dr. König! Es tut mir leid, ich kann die Frage deswegen nicht beantworten, weil das Bundesministerium für Bauten und Technik mit dem Bau beziehungsweise mit der Errichtung eines Konferenzzentrums nichts zu tun hat, keine Kompetenz besitzt und auch nicht engagiert ist.

Präsident Mag. **Minkowitsch:** Zusatzfrage? — Bitte.

Abgeordneter Dkfm. DDr. **König:** Herr Bundesminister! Sie sind Mitglied der Bundesregierung, die eine Regierungserklärung hier abgegeben hat, die auf einem Koalitionspakt der Sozialistischen Partei mit der Freiheitlichen Partei basiert. Darin ist unmißverständ-

Dkfm. DDr. König

lich festgehalten — die Freiheitliche Partei hat sich ja sehr gerühmt, daß sie das erreicht hat —, daß eine solche Sparvariante beim Konferenzzentrum verwirklicht wird. Interessanterweise hat aber Ihr Kollege, der Finanzstadtrat Mayr, am 10. Juni im Wiener Gemeinderat erklärt, er wisse gar nichts von einer Sparvariante.

Ich darf Sie als Mitglied der Bundesregierung nun fragen: Ist diese Sparvariante von der Bundesregierung beschlossen worden, wie es in der Regierungserklärung heißt, oder nicht?

Präsident Mag. Minkowitsch: Herr Minister. Bitte.

Bundesminister Sekanina: Die Zuständigkeit — ich wiederhole das mehrmals von mir bereits Zitierte — in diesem Bereich liegt im Bundesministerium für Finanzen. Die Bundesregierung hat sich ausdrücklich immer wieder dafür verwendet, daß beim Bau des Konferenzzentrums — als Mitglied der Bundesregierung haben Sie mich das gefragt — ein hohes Maß an Sparsamkeit an den Tag gelegt wird.

Präsident Mag. Minkowitsch: Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Dkfm. DDr. König: Herr Bundesminister! Von Ihnen ist ja bekannt, daß Sie sich seinerzeit für die einzig vernünftige Sparvariante eingesetzt haben, das wäre nämlich die Hofburg gewesen und in dem Zusammenhang der Ausbau des Messepalastes, der ja viel billiger gekommen wäre.

Nun hat aber Dr. Kreisky damals auf dem Prestigestandpunkt beharrt, und es ist interessant, daß der Vorstandsdirektor Dr. Aurer für die IAKW erklärt hat, daß ihm keinerlei Weisungen zugegangen seien, das Bauvolumen zu verringern. Das heißt also: Die gesamte Sparvariante kann nicht verwirklicht werden, wenn nicht tatsächlich auch das Bauvolumen verringert wird.

Herr Bundesminister! Da Sie sich für die Hofburg ausgesprochen haben, für den Ausbau der Hofburg und für den Anschluß des Messepalastes, frage ich Sie, was aus diesem Ihrem Vorschlag geworden ist.

Präsident Mag. Minkowitsch: Herr Minister. Bitte.

Bundesminister Sekanina: Soweit es die Hofburg betrifft, haben wir mit einem Kosten-

aufwand von rund 33, exakt 35 Millionen Schilling mit den aufgetretenen Nebenkosten die Sanierung durchgeführt, das ist das eine Projekt. Das ist auch der Öffentlichkeit bekannt.

Soweit es den Messepalast betrifft, habe ich den Auftrag gegeben, den Bauzustand zu überprüfen; das ist notwendig, bevor man weitere Aktivitäten setzt. Das ist derzeit im Laufen. Die Messe-AG ist noch eingemietet bis 1986. Mit dem Vorstand der Messe-AG werden Gespräche zu führen sein über die weiteren Abläufe. Mit dem Herrn Bundesminister Dr. Fischer habe ich Gespräche geführt, um von ihm die endgültigen Vorstellungen über eine Verwendung von Räumlichkeiten des Messepalastes zu erfahren. Mit der Gemeinde Wien gibt es laufende Gespräche, weil diese dort ein gewisses Verkaufs- und Einkaufszentrum schaffen will, auf einem bestimmten Niveau und nach bestimmten Branchen geordnet.

Soweit also die bisherigen Abläufe Hofburg, Messepalast.

Präsident Mag. Minkowitsch: Zusatzfrage. Bitte, Herr Abgeordneter Burgstaller.

Abgeordneter Burgstaller (ÖVP): Herr Bundesminister! Werden Sie sich als Mitglied der Bundesregierung letztlich dafür einsetzen, damit diese Sparvariante beim Konferenzzentrum möglichst rasch verwirklicht wird, das heißt, daß wir die Steuergelder sparsamst einsetzen beziehungsweise das Geld, das wir von den Arabern — laut Ihrem Finanzierungskonzept — noch gar nicht bekommen haben —, vielleicht einsparen könnten?

Präsident Mag. Minkowitsch: Herr Minister. Bitte.

Bundesminister Sekanina: Herr Abgeordneter Burgstaller! Ich bin für kein Finanzierungskonzept zuständig. Ich wiederhole das noch einmal, das dürfte Ihnen vorhin entgangen sein: Das Bundesministerium für Bauten und Technik hat keinerlei Aktivitäten zu setzen beim Bau des Konferenzzentrums. Die politische Entscheidung wurde getroffen. (*Abg. Steinbauer: Ist überhaupt jemand zuständig?*)

Die politische Entscheidung wurde getroffen. Über die Bauabläufe und deren Dimension und Größenordnung kann ich auf Grund dieser nicht vorhandenen Kompetenz keine Auskunft geben.

Präsident Mag. Minkowitsch: Nächste

Präsident Mag. Minkowitsch

Frage: Herr Abgeordneter Bergmann (ÖVP) an den Herrn Bundesminister.

44/M

Wieviel wird Ihre neue Zeitschrift für den Straßenbau die österreichischen Steuerzahler jährlich kosten?

Präsident Mag. Minkowitsch: Herr Minister, bitte.

Bundesminister Sekanina: Herr Abgeordneter Bergmann! Wenn diese Ausgabe für 1983 realisiert wird, dann könnten es für September, Oktober ein Heft sein und für November, Dezember ein Doppelheft. Hier wird pro Heft eine finanzielle Größenordnung von ungefähr 350 000 Schilling erforderlich sein.

Präsident Mag. Minkowitsch: Zusatzfrage: Herr Abgeordneter Bergmann, bitte.

Abgeordneter Bergmann: Das heißt also, daß Sie etwa im nächsten Jahr 4 Millionen Schilling für dieses Projekt ausgeben werden, drei bis vier Millionen. Wir sind etwas sensibel in dieser Frage. Wie Sie wissen, gibt Ihr Amtskollege Haiden die „Agrarwelt“ heraus, wobei er 10 Millionen Steuergelder in den maroden Vorwärts-Verlag pumpt.

Ich hätte gern von Ihnen gewußt: Was steht denn im Impressum dieser künftigen Zeitung Ihres Ressorts?

Präsident Mag. Minkowitsch: Herr Minister. Bitte.

Bundesminister Sekanina: Herr Abgeordneter Bergmann! Ich habe durchaus Verständnis für Ihre Sensibilität. Verleger ist der E. Schwaiger-Verlag. Das steht im Impressum, und Redakteur wird der Ihnen durchaus bekannte Fritz Edlinger sein. Aber das ist eine Angelegenheit des Schwaiger-Verlages, nicht die meine.

Präsident Mag. Minkowitsch: Zweite Zusatzfrage. Bitte, Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Bergmann: Herr Minister! Diese besondere Sensibilität ist ja dann nicht der Verlag, sondern der Drucker, und ich nehme also an, daß nach einer großen öffentlichen Ausschreibung der Vorwärts-Verlag wahrscheinlich wieder der Bestbieter sein wird. Vielleicht können Sie mir jetzt schon sagen, wer sich außer Ihrem Pressesekretär Edlinger, um dessen Versorgung es ja dabei geht, wer sich also außer dieser Person noch

beworben hat? Ich nehme an, Sie haben eine öffentliche Ausschreibung durchgeführt.

Präsident Mag. Minkowitsch: Herr Minister. Bitte.

Bundesminister Sekanina: Es geht um die Grundsatzfrage, ob es sich ein technisches Ressort, wie es das Bautenministerium darstellt, auf Sicht gesehen leisten kann, keine Informationen in Form einer Zeitschrift weiterzugeben. Von den Fachleuten und von den Sektionsleitungen wurde mehrmals dieser Umstand urgiert, es wurde darüber gesprochen. Ich darf also noch einmal sagen: Erst wenn das endgültig festgelegt ist, bin ich in der Lage, verbindliche Zusagen zu geben, aber es ist interessant, daß Sie mir empfohlen haben, das dem Vorwärts-Verlag zu geben; ich bin auf die Idee noch nicht gekommen. (*Abg. Dr. Marga Hubinek: Ja, Sie wären nicht darauf gekommen!*)

Präsident Mag. Minkowitsch: Nächste Zusatzfrage: Herr Abgeordneter Probst. Darf ich bitten.

Abgeordneter Probst (FPÖ): Herr Bundesminister! Wie erinnerlich hat es ja um diesen Punkt im Ausschuß bei der Erstellung des Bundesstraßengesetzes lange Diskussionen gegeben. Unser besonderes Anliegen war die Straßenbauforschung. In diesem Zusammenhang erlaube ich mir die Frage: Wieviel haben Sie bisher für Straßenbauforschung im Sinne des Bundesstraßengesetzes ausgegeben?

Präsident Mag. Minkowitsch: Herr Minister. Bitte.

Bundesminister Sekanina: Ich kann die Frage nach der finanziellen Größenordnung vom Betrag her gesehen nicht direkt beantworten. Ich bitte, das zu verstehen. Ich werde Ihnen das selbstverständlich gerne sofort schriftlich übermitteln. Aber es war unser Anliegen, im Rahmen der zur Verfügung stehenden Möglichkeiten doch erhebliche Beträge aufzuwenden, weil wir im Hinblick auf die Straßenbauforschung vor allem danach trachten, den Bedürfnissen des Verkehrs, aber auch den Bedürfnissen der Bevölkerung, den Bedürfnissen des Umweltschutzes Rechnung zu tragen. Die Millionenbeträge kann ich exakt aus dem Stegreif nicht beantworten, ich übermittle das, bitte, schriftlich.

Präsident Mag. Minkowitsch: Nächste Frage: Herr Abgeordneter Tieber. Darf ich bitten.

Abgeordneter Dipl.-Vw. **Tieber** (SPÖ): Herr Bundesminister! Der Herr Abgeordnete Bergmann war in bekannter Manier mit seiner Frage offensichtlich darauf aus, Material für innenpolitischen Klatsch zu sammeln. (*Abg. Steinbauer: Keine Polemik von der Fragestunde!*) Das ist Ihr gutes Recht. (*Ruf bei der SPÖ: Wer sagt denn das?*) Der Gegenstand der Frage allerdings erlaubt es durchaus auch, sachgerecht zu fragen, und deshalb meine Frage an Sie, Herr Bundesminister:

Ist es richtig, daß die Forderung nach einer solchen Fachzeitschrift für den Straßenbau nicht erst seit gestern, sondern schon seit Jahren und wiederholt auch von hochrangigen Beamten, die der Oppositionspartei nahestehen (*Abg. Dr. Mock: Ach so, genaue Verzeichnisse, wer wem nahesteht! Das ist eine fiesche Partie! Widerspiegelt nur eine Grundhaltung!*), von Wissenschaftlern und Experten gestellt wird als Plattform für die fachliche Auseinandersetzung auf diesem Gebiet, als Möglichkeit zur rationellen Präsentation etwa der Forschungsergebnisse, und ist es richtig, daß es ähnliche Fachzeitschriften auch im Ausland mit gutem Erfolg gibt? (*Ruf der Abg. Dr. Marga Hubinek. — Abg. Dr. Mock: Jedem Minister seine Zeitung!*)

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Herr Minister. Bitte.

Bundesminister **Sekanina**: Herr Abgeordneter Tieber, jawohl es ist richtig, daß diese Forderungen aus rein fachlichen Überlegungen gestellt wurden, auch sinnvoll und zweckmäßig. (*Abg. Dr. Mock: Auch eine Zeitung!*) Es ist nun einmal so, daß die Sektionsleitungen das getan hatten. Wir haben dort nicht diskutiert, ob der jener oder dieser politischen Partei angehört (*Ruf der Abg. Dr. Marga Hubinek*), wir haben uns um das Fachproblem gekümmert, verehrte Frau Abgeordnete Hubinek, und so gehen wir auch weiter vor. Wir halten diese Vorgangsweise für durchaus sinnvoll und können das auch belegen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Nächste Frage: Herr Abgeordneter Burgstaller. Darf ich bitten.

Abgeordneter **Burgstaller** (ÖVP): Herr Minister! Um Forschungsergebnisse in Form einer Berichterstattung den Benützern zu überbringen, gäbe es sicherlich genug Möglichkeiten. In Ihrer Beantwortung der an Sie gestellten Fragen zieht sich wie ein roter Faden durch, daß wir hinten und vorne kein Geld haben. Sie betreiben hier die Versor-

gung eines Ihrer Mitarbeiter, indem Sie eine neue Zeitung auf den Markt bringen. Ich frage Sie daher konkret:

Sind Sie auf Grund der budgetären Situation Ihres Ministeriums bereit, auf diese Ausgaben zugunsten des Straßenbaues zu verzichten?

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Herr Minister. Bitte.

Bundesminister **Sekanina**: Nein, bin ich nicht bereit.

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Die 60 Minuten der Fragestunde sind abgelaufen. Die Fragestunde ist beendet.

Zuweisungen

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Die in der letzten Sitzung eingebrachten Anträge weise ich zu wie folgt:

Dem Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft:

Antrag 31/A der Abgeordneten Pfeifer, Fachleutner, Hintermayer und Genossen betreffend Marktordnungsgesetz-Novelle 1983,

Antrag 34/A der Abgeordneten Dipl.-Ing. Riegler und Genossen betreffend Vorlage eines Absatz- und Verwertungsförderungs-gesetzes für landwirtschaftliche Sonderkulturen — Wein, Obst, Gemüse und Gartenbauerzeugnisse sowie Verarbeitungsprodukte daraus;

dem Ausschuß für soziale Verwaltung:

Antrag 32/A der Abgeordneten Dr. Mock und Genossen betreffend Sofortprogramm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit,

Antrag 35/A der Abgeordneten Egg, Dr. Helene Partik-Pablé und Genossen betreffend Fortsetzung der Maßnahmen zur Sicherstellung der Jugendbeschäftigung.

Ferner weise ich die in der letzten Sitzung als eingelangt bekanntgegebenen Regierungsvorlagen folgenden Ausschüssen zu:

Dem Finanz- und Budgetausschuß:

Bundesgesetz über die Veräußerung von unbeweglichem Bundesvermögen (26 der Beilagen);

Präsident Mag. Minkowitsch

dem Justizausschuß:

Bundesgesetz über die Behandlung junger Rechtsbrecher (Jugendgerichtsgesetz 1983) (23 der Beilagen);

dem Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft:

Bundesgesetz, mit dem das Weingesetz 1961 geändert wird (Weingesetznovelle 1983) (25 der Beilagen).

Erklärung des Bundesministers für soziale Verwaltung zum Thema „Maßnahmen zur Sicherung der Jugendbeschäftigung“

Präsident Mag. Minkowitsch: Wir gehen in die Tagesordnung ein und gelangen zu deren einzigem Punkt: Erklärung des Bundesministers für soziale Verwaltung zum Thema „Maßnahmen zur Sicherung der Jugendbeschäftigung“.

Ich erteile dem Herrn Bundesminister das Wort.

13.16

Bundesminister für soziale Verwaltung **Dallinger:** Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Die Welt von heute ist gekennzeichnet von Millionenheeren von Arbeitslosen, die ständig weiter eskalieren. Der Vergleich mit der furchtbaren Entwicklung der dreißiger Jahre drängt sich immer spürbarer auf.

Im Bereich der 24 Länder der OECD waren 1982 30 Millionen Menschen ohne Arbeit. Ende 1983 werden es 35 bis 37 Millionen sein.

Im Bereich der Europäischen Gemeinschaften stieg die Zahl der Arbeitslosen mit der ersten Rezession 1974/75 von 3 auf 5 Millionen an, 1982 wurden bereits 11 Millionen arbeitslose Menschen registriert, und Ende 1983 werden es 13 Millionen sein.

In den westeuropäischen Industriestaaten gab es Ende 1982 mehr als 16 Millionen Arbeitslose, das sind doppelt soviel wie im Jahre 1979.

Meine Damen und Herren! Bis zu 60 Prozent der Arbeitslosen auf den internationalen Arbeitsmärkten sind junge Menschen unter 25 Jahren.

Diese Situation ist dramatisch und äußerst ernst: Ein Anteil von mehr als 62 Prozent jun-

ger Menschen an der Gesamtarbeitslosigkeit etwa in Italien bedeutet, daß dort 1,3 Millionen Jugendliche arbeitslos sind. Der 41prozentige Anteil in den Vereinigten Staaten bedeutet in absoluten Zahlen 4,4 Millionen jugendliche Arbeitslose, über 54 Prozent in Spanien 1,2 Millionen, 47 Prozent in Großbritannien 1,3 Millionen jugendliche Arbeitslose und so fort. Im Vergleich dazu stellt sich der Anteil der jugendlichen Arbeitslosen an der Gesamtarbeitslosigkeit in Österreich im Jahresdurchschnitt 1982 mit 28,6 Prozent und einem absoluten Wert von 30 000 jugendlichen Arbeitslosen als relativ bescheiden dar.

Die österreichische Bundesregierung hat auf die ersten Anzeichen der krisenhaften Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt im allgemeinen und im Bereich der jungen Menschen im besonderen von allem Anfang an sehr sensibel reagiert und nimmt dank dieser konsequent betriebenen Politik einer maximalen Beschäftigung im internationalen Vergleich eine herausragende Sonderposition ein. (*Beifall bei der SPÖ.*) Der zuletzt erhobene Anteil der Jugendarbeitslosigkeit an der Gesamtarbeitslosigkeit in Österreich betrug Ende Juni 24,4 Prozent. Die Arbeitslosenrate der jungen Menschen bis 25 Jahre bewegte sich regelmäßig in der Größenordnung der Gesamtarbeitslosenrate und sank Ende Juni — also vor wenigen Tagen — mit 2,9 Prozent sogar deutlich unter die allgemeine Arbeitslosenrate von 3,2 Prozent ab.

Aber so gering diese prozentuellen Werte im internationalen Vergleich auch erscheinen, bedeutet dies doch, daß auch bei uns Ende Juni 1983 22 194 junge Menschen als arbeitslos vorgemerkt waren, wobei meine Besorgnis der Altersgruppe von 19 bis 25 Jahren gilt, die mit 18 423 Arbeitslosen 83 Prozent der gesamten Jugendarbeitslosigkeit darstellt.

Die Situation der jungen Menschen auf dem Arbeitsmarkt kann und darf nicht getrennt von der allgemeinen Arbeitsmarktentwicklung betrachtet werden. Auch die speziellen Jugendbeschäftigungsprogramme, auf die ich noch zu sprechen kommen werde, können nur eingebettet in eine allgemeine Politik einer maximalen Beschäftigung — so wie die österreichische Bundesregierung diese seit Jahren forciert — gesehen werden.

Niemand kann in der heutigen Situation mit Sicherheit sagen, ob wir in absehbarer Zeit den Tiefpunkt der Krise überschreiten werden, oder ob diese furchtbare Bedrohung der gesellschaftlichen, physischen und psychi-

Bundesminister Dallinger

schen Existenz noch größere Not für die arbeitenden Menschen bringen wird.

Ich stehe den immer wieder prognostizierten Silberstreif-Ankündigungen mit großer Skepsis gegenüber, da ich eine Entwicklung auf uns zukommen sehe, die für uns zwar Tag für Tag spürbarer und greifbarer wird, deren Ausmaß und Endstadium wir derzeit aber auch nicht annähernd abschätzen können: Wir befinden uns heute in der Anfangsphase einer technologischen Revolution, die noch in diesem Jahrzehnt zu einer völligen Umwälzung der Arbeitswelt führen wird und — das jedenfalls ist bereits heute sicher — in einer gigantischen Wegrationalisierung der menschlichen Arbeitskraft resultieren wird. Geisterfabriken und Büros ohne Menschen sind heute bereits zur Realität der Arbeitswelt geworden. Die durch diese technologische Revolution ausgelöste Massenarbeitslosigkeit wird vorerst vor allem die sozial schwachen Gruppen mit voller Härte treffen, und zu diesen sozial schwachen Gruppen zählen natürlich auch die im Arbeitsprozeß noch nicht etablierten jungen Menschen.

Die österreichische Bundesregierung hat in ihrer Regierungserklärung vom 31. Mai 1983 den Vorrang einer maximalen Beschäftigung besonders betont und festgestellt, daß sie in allen Bereichen alle Kräfte dafür einsetzen wird, um in dieser Welt der Massenarbeitslosigkeit den Menschen in diesem Land Beschäftigung zu gewährleisten und dauerhafte Arbeitsplätze zu schaffen. Vor allem werden alle verfügbaren Mittel zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit eingesetzt.

Die Hauptursachen der internationalen Jugendarbeitslosigkeit liegen in einem Mangel an Arbeitsplätzen mit geeigneten Berufsaussichten für junge Menschen. Wir werden daher die besonderen Bemühungen um eine qualitativ hochwertige Berufsausbildung und um Beschäftigungsmöglichkeiten für die Jugend intensiv fortsetzen und dementsprechend die im 2. Beschäftigungsprogramm vorgesehenen Arbeitsmarktpolitischen Jugendprogramme auch in der Zukunft weiterentwickeln. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Ich habe ausgeführt, daß die österreichische Bundesregierung bereits im Anfangsstadium der Krise äußerst sensibel auf diese furchtbare Entwicklung reagiert hat. Unsere Bemühungen waren trotz der ungünstigen demographischen Situation erfolgreich. Parallel zur Intensivierung der Beratungs- und Vermittlungsdienste sowie der berufsvorbereitenden

Maßnahmen standen arbeitsmarktpolitische Aktivitäten zur Bereitstellung einer ausreichenden Zahl von Lehrstellen im Vordergrund unserer Bemühungen.

Dementsprechend wurde bereits 1976 ein Sonderprogramm zur Förderung zusätzlicher Lehrstellen eingeführt, durch das bis Ende 1982 7 100 zusätzliche Lehrstellen geschaffen und mit einem Betrag von rund 200 Millionen Schilling gefördert wurden.

Um die Berufschancen für die durch die Krise besonders betroffenen Mädchen zu erhöhen und ihnen den Zugang zu nichttraditionellen Frauenberufen zu erleichtern, wurde 1982 ein Sonderprogramm zur Förderung von Lehrstellen für Mädchen in Berufen mit geringem Frauenanteil eingeführt, durch das bis Ende 1982 über hundert derartige Lehrstellen geschaffen und mit 2 Millionen Schilling gefördert werden konnten.

Als im Frühjahr 1982 eine Verschlechterung der Lage am Jugendarbeitsmarkt für Herbst mit einem Lehrstellendefizit von rund 10 600 prognostiziert wurde, haben wir im Juni das Arbeitsmarktpolitische Jugendprogramm 1982 beschlossen. Dieses sah vermehrte Schulungsmaßnahmen vor, die von Motivationskursen für schwervermittelbare Jugendliche über betriebliche Einschulungen, verschiedenartige Berufsvorbereitungskurse bis zu Vorbereitungskursen zur Ablegung der Lehrabschlußprüfung reichten. Dieses Programm wurde durch Maßnahmen zur Förderung der vorzeitigen Einstellung von jugendlichen Arbeitskräften und der Einstellung von Maturanten und Fachschulabsolventen sowie durch die Förderungsmöglichkeit für alternative Beschäftigungsmöglichkeiten ergänzt.

Die österreichische Bundesregierung hat darüber hinaus auch einen direkten Beitrag zur Sicherung der Jugendbeschäftigung in der Form geleistet, daß sie im Jahre 1982 neben den im Stellenplan vorgesehenen 4 670 Jugendlichen zusätzlich 720 Jugendliche in den Bundesdienst aufgenommen hat. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Der Erfolg all dieser Maßnahmen wurde durch das in Österreich praktizierte duale Ausbildungssystem sehr wesentlich unterstützt, und durch das konzertierte Vorgehen von Bundesregierung, Interessenvertretungen und Wirtschaft konnte erreicht werden, daß die Jugendarbeitslosigkeit in Österreich auch im Jahre 1982 auf einem im internationalen Vergleich sehr niedrigen Niveau gehalten werden konnte und wir mit einer Arbeits-

Bundesminister Dallinger

losenrate der bis 25jährigen von „nur“ — das Wort „nur“ bitte unter Anführungszeichen gesetzt — 3,4 Prozent den ersten Platz im Bereich der OECD-Länder einnahmen. (*Neuerlicher Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Wir haben also durch unsere gemeinsamen Anstrengungen weit mehr erreicht als alle anderen OECD-Länder. Wir werden uns auf diesen Lorbeeren keineswegs ausruhen, sind aber doch froh über unseren bisherigen Erfolg, wenn wir etwa nach Italien blicken, wo die Jugendarbeitslosenrate im Jahresdurchschnitt 1982 26,1 Prozent betrug, oder nach Frankreich mit 17,3 Prozent, USA mit 13,9 Prozent, Großbritannien mit 18,3 Prozent oder Spanien mit 24,4 Prozent, um nur einige Länder aus dem OECD-Bereich herauszugreifen.

Wir haben mit unseren Maßnahmen bisher verhindert, daß die Last der Arbeitslosigkeit der Jugend aufgebürdet wird, und den jungen Menschen den Zugang zum Arbeitsmarkt und zur Beschäftigung im bestmöglichen Umfang erleichtert. Aber die zuletzt registrierten rund 22 000 Arbeitslosen zwischen 15 und 25 Jahren sind dennoch da, und diese 22 000 jungen Menschen müssen derzeit erleben, was es bedeutet, von allem Anfang an keine Chance einer Berufsausübung zu bekommen, und sie erfahren, welche negativen sozialen Folgen Arbeitslosigkeit mit sich bringt.

Derzeit, meine sehr geehrten Damen und Herren, haben wir in Österreich 181 778 Lehrlinge. In diesen Tagen verlassen 64 085 junge Menschen die Schulen. Davon werden 52 400 als Lehrlinge auf den Arbeitsmarkt einströmen. Diese 52 400 jungen Menschen müssen wir unterbringen, das ist eine Lebensfrage für uns und für unser Land. (*Lebhafte Zustimmung bei SPÖ und FPÖ.*)

Ich habe daher im Einvernehmen mit den Sozialpartnern ein Arbeitsmarktpolitisches Jugendprogramm 1983 ausgearbeitet, das ab Schulschluß — also ab diesen Tagen — von der Arbeitsmarktverwaltung für das Ausbildungsjahr 1983/84 realisiert wird.

Dieses Jugendprogramm 1983 umfaßt im wesentlichen folgende Maßnahmen:

1. Förderung von Lehrstellen:

Durch die Förderung von Lehrstellen mit Beihilfen bis zu 2 500 S pro Lehrling und Monat, bei Internatsunterbringung bis zu 3 000 S sollen 2 000 zusätzliche Lehrstellen sowie 500 Lehrstellen für Mädchen in Berufen

mit geringem Frauenanteil geschaffen werden. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*) Darüber hinaus ist auch die Förderung von Lehrstellen für besonders schwervermittelbare Jugendliche oder Lehrlinge, die ihre Lehrstellen verloren haben, möglich. Dadurch soll trotz der Lehrstellenknappheit die Lehrausbildung des neuen Schulentlaßjahrganges gesichert werden.

2. Berufsvorbereitende Maßnahmen, vor allem für besonders schwervermittelbare Jugendliche:

Die verschiedenen berufsvorbereitenden Maßnahmen — von allgemeinen oder berufsspezifischen Berufsvorbereitungskursen bis zu Spezialkursen zur Motivation und Arbeits-erprobung sowie zum Arbeitstraining — sollen dazu beitragen, die individuellen Vermittlungschancen für jene Jugendlichen zu verbessern, die nicht gleich eine Lehrstelle oder einen Arbeitsplatz gefunden haben oder die infolge ungünstiger Lebensumstände, sozialer Fehlanpassung oder körperlicher, psychischer und geistiger Behinderung arbeitsmarktmäßig besonders benachteiligt sind.

3. Förderung der geographischen Mobilität und der vorzeitigen Einstellung von jungen Arbeitskräften:

Um die Vermittlungsbemühungen für Lehrstellensuchende und junge Arbeitssuchende zu vergrößern, soll einerseits die Bereitschaft zur geographischen Mobilität verstärkt finanziell gefördert werden, andererseits soll es den Betrieben durch Beihilfen erleichtert werden, junge Arbeitskräfte in erhöhtem Ausmaß vorzeitig einzustellen.

4. Verbesserung der Startchancen für junge Menschen mit abgeschlossener Berufsausbildung und für Jungakademiker:

Derzeit ist die Eingliederung junger Menschen mit abgeschlossener Berufsausbildung ins Erwerbsleben nicht zuletzt deshalb schwierig, weil es sich um die geburtenstarken Jahrgänge handelt. Dies gilt auch für Jungakademiker. Durch verstärkte Information und Beratung, durch Förderung der betrieblichen Einschulung sowie durch ein erweitertes Kursangebot zum Erwerb zusätzlicher praxisbezogener Kenntnisse und Fertigkeiten soll die Unterbringung dieses Personenkreises erleichtert werden.

5. Hilfen zur beruflichen Eingliederung von jugendlichen Ausländern der zweiten Generation:

Bundesminister Dallinger

Ich betrachte es als sozial-humanitäre Verpflichtung, jugendlichen Ausländern der zweiten Generation die berufliche Eingliederung in Österreich zu ermöglichen. Daher werden diese Jugendlichen bei der beruflichen Eingliederung in gleicher Weise wie inländische betreut und können darüber hinaus in speziellen berufsvorbereitenden Kursen gefördert werden.

6. Entwicklung neuer Beschäftigungsformen für junge Menschen:

Die Entwicklung neuer Beschäftigungsformen für junge Menschen — sei es in Form von selbstverwalteten Betrieben, sei es in Form von Selbsthilfeeinrichtungen — ist mir ein besonderes Anliegen. Durch die letzte Novelle zum Arbeitsmarktförderungsgesetz ist es nunmehr möglich, solche Selbstinitiativen auch finanziell zu fördern, was bereits erfolgte und verstärkt fortgesetzt wird. Dadurch kann ein Beitrag zur Verringerung von Arbeitslosigkeit gleichzeitig auch zur Realisierung alternativer Formen der Arbeitsgestaltung geleistet werden. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Darüber hinaus haben wir das Maßnahmenpaket der sogenannten „Aktion 57“ gesetzt, demzufolge Männer mit vollendetem 57. und Frauen mit vollendetem 52. Lebensjahr in der österreichischen eisen- und stahlverarbeitenden Industrie eine Pensionierung beanspruchen können. In Zusatzvereinbarungen wird festgehalten, daß für je drei solcher Frühpensionisten ein junger Arbeitnehmer zusätzlich einzustellen ist. Dadurch werden rund 1 200 junge Menschen zwischen dem 19. und 25. Lebensjahr einen sicheren Arbeitsplatz finden können. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Da die Unternehmungen der verstaatlichten Industrie im Ausbildungsjahr 1983/84 nur für den eigenen Bedarf Lehrlinge aufnehmen können, sollen die freien Ausbildungskapazitäten für die Unterbringung von Lehrstellensuchenden genutzt werden. 680 dieser Lehrstellen werden der Arbeitsmarktverwaltung zur Verfügung gestellt und dafür in einer Sonderaktion mit einer Beihilfe von 7 000 S pro Monat und Lehrling gefördert werden. Diese vorgesehene Förderung kann nötigenfalls auch auf gleichwertige Ausbildungen in Lehrwerkstätten der privaten Industrie mit höheren Beihilfen als nach dem Arbeitsmarktpolitischen Jugendprogramm 1983 ausgedehnt werden. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Wie im vergangenen Jahr wird auch 1983

die Bundesregierung einen direkten Beitrag zur Sicherung der Jugendbeschäftigung durch Aufnahme von rund 800 zusätzlichen Jugendlichen in den Bundesdienst leisten. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Für den Fall, daß all diese Maßnahmen, verbunden mit den Anstrengungen der Wirtschaft, nichts nützen, bereiten wir für den Herbst besondere gezielte Maßnahmen entsprechend den regionalen Möglichkeiten vor, wobei wir insbesondere Schulnachhilfen, Qualifikationsvermittlungen und weiteren gezielten Einsatz von materiellen Förderungen für einzelne Jugendliche ins Auge fassen.

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich habe betont, daß wir alle verfügbaren Mittel einsetzen und aufwenden werden, um die Gefahr der Jugendarbeitslosigkeit weiterhin von unserem Land fernzuhalten. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Für die Umsetzung des Arbeitsmarktpolitischen Jugendprogramms 1983 sind zunächst 350 Millionen Schilling aus Mitteln der Arbeitsmarktverwaltung vorgesehen. Dazu kommen gegenwärtig 57 Millionen Schilling für die Sonderaktion zur Nutzung freier Ausbildungskapazitäten in der verstaatlichten Industrie. Sollten diese Mittel ausreichen, werden die Beträge im erforderlichen Ausmaß aufgestockt werden. Die Diskussion über andere Lösungsvorschläge, wie sie von den Interessenvertretungen vorgebracht werden, wird — sofern es die Situation notwendig macht — fortgesetzt werden. Vor allem soll der Versuch unternommen werden, gemeinsam zur Finanzierung einer Berufsausbildung zu kommen.

Auch sollten die Dienstgeber gewonnen werden, alle verfügbaren offenen Lehrstellen der Arbeitsmarktverwaltung bekanntzugeben, um so zur umfassenden Betreuung der Jugendlichen beizutragen.

Nur dann — und ich bitte, jetzt darauf zu achten, meine sehr geehrten Damen und Herren, nur dann —, wenn all diese Maßnahmen nicht ausreichen, werden wir uns als allerletzte Maßnahme mit der Schaffung eines Jugendeinstellungsgesetzes auseinanderzusetzen haben.

Ich fasse zusammen: Es ist den gemeinsamen Anstrengungen von Bundesregierung, Interessenvertretungen und Wirtschaft zu danken, daß wir durch gemeinsame, gezielte Maßnahmen die internationale Geißel der Jugendarbeitslosigkeit bisher von Österreich

Bundesminister Dallinger

fernhalten konnten. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*) Wir werden uns aber mit unserer im internationalen Vergleich hervorragenden Position auf dem Gebiet der Arbeitslosigkeit im allgemeinen und der Jugendarbeitslosigkeit im besonderen nicht zufrieden geben, sondern werden weitere Maßnahmen setzen müssen. Dazu, meine Damen und Herren, wird es des gemeinsamen Vorgehens über alle parteipolitischen oder sonstigen Interessensgrenzen hinaus bedürfen, und gerade im Bereich der Lehrlingsausbildung wird es erforderlich sein, daß sich die Wirtschaft ihrer Aufgabe einer qualifizierten Ausbildung von Nachwuchskräften verstärkt annimmt. Ich betone dieses Erfordernis deshalb mit Nachdruck, weil mich die Tatsache, daß von den rund 228 000 österreichischen Unternehmungen nur 62 000 Lehrlinge ausbilden, mit großer Besorgnis erfüllt.

Wir müssen gemeinsam unter Zurückstellung aller sonstigen Interessen vorgehen. Ich appelliere daher an die Interessenvertretungen und die Wirtschaft, im vorbehaltlosen Zusammenwirken zu einer nationalen Aktion beizutragen, die das Einreißen von Massenarbeitslosigkeit unter jungen Menschen in Österreich verhindert und den jungen Menschen eine qualifizierte Ausbildung mit anschließender geeigneter Berufsmöglichkeit bietet. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Hohes Haus! Diesem Ziel müssen wir alle sonstigen Interessen unterordnen, und nur dieser Zusammenschluß aller Kräfte in Form einer nationalen Aktion zur Sicherung der Jugendbeschäftigung wird die Jugendarbeitslosigkeit auch in der Zukunft von Österreich fernhalten können. Die Bundesregierung wird dazu jeden nur möglichen Beitrag leisten. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*) ^{13.39}

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Es liegt ein Verlangen gemäß § 81 der Geschäftsordnung vor, über die soeben abgegebene Erklärung des Bundesministers für soziale Verwaltung sogleich eine Debatte durchzuführen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Antrag ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist einstimmig angenommen.

Wir gelangen nunmehr zur Debatte über die Erklärung des Bundesministers für soziale Verwaltung. Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Mock. Ich erteile es ihm.

^{13.40}

Abgeordneter Dr. **Mock** (ÖVP): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Österreichische Volkspartei hat am 15. Juni dieses Jahres einen umfassenden Antrag für die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit im Nationalrat eingebracht. Dieser Antrag baute auf auf ein Beschäftigungskonzept für junge Menschen, das wir vor wenigen Monaten ausgearbeitet haben. Diese beiden Vorgangsweisen zeigen, daß für uns die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und die Schaffung von Arbeitsplätzen für junge Mitbürger eine der wichtigsten Fragen ist, mit denen wir uns im Parlament zu befassen haben. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich würde sagen, meine Damen und Herren, das Thema, das wir heute behandeln, ist überhaupt das wichtigste Thema, das sich derzeit auf unserer Tagesordnung befindet. Und die Tatsache, daß die beiden Regierungsfractionen unserem Vorschlag zugestimmt haben, daß wir dieses Thema in einem Unterausschuß auch während der Sommermonate beraten, zeigt, daß von den beiden Fraktionen hier ebenfalls die Bereitschaft zum Dialog und zur gemeinsamen Vorgangsweise vorhanden ist.

Nun, Herr Bundesminister, ich würde Ihnen gerne zugestehen, daß das auch bei Ihnen ist. Verbal haben Sie ja auch diesen Appell an alle gerichtet. Nur, es tut mir leid: Was den Inhalt des Berichtes anbelangt, ist er der Bedeutung der Frage in keiner Weise angemessen. Es fehlt einfach die umfassende Information, die man erwartet hat, wenn man über dieses ernste Problem hier diskutiert. Ich werde das auch mit entsprechenden Argumenten untermauern.

Sie haben erstens, Herr Bundesminister, eine halbe Seite lang von den Juni-Ziffern gesprochen. Nun, Herr Bundesminister, es weiß doch jeder, daß im Juni eines jeden Jahres, egal, ob es eine hohe oder eine geringe Arbeitslosigkeit gibt, die Arbeitslosigkeit am geringsten ist. Die Rücknahme der Arbeitslosenziffern, der Rückgang vom Jänner auf Juni, sagt doch überhaupt nichts, denn in jedem Jahr, egal, ob es eine hohe Arbeitslosigkeit gibt oder eine geringe, gehen die Arbeitslosenziffern vom Winter zum Sommer zurück. Der einzelne Monat sagt überhaupt nichts. Die Durchschnittsziffern hätten Sie doch nennen müssen, die aussagekräftig sind und die auch zeigen, welche dramatische Verschlechterung die Arbeitsplatzchancen für junge Menschen in Österreich erfahren haben.

Ich möchte hier daran erinnern, daß es im

Dr. Mock

Jahre 1981 17 000 junge Menschen von 19 bis 25 Jahren waren, die keinen Arbeitsplatz gefunden haben, ein Jahr später waren es 30 000, und im Jahre 1983 werden es 36 000 junge Menschen sein, die keinen Arbeitsplatz finden.

Herr Bundesminister! Warum haben Sie nicht die dramatische Entwicklung in dieser Form aufgezeigt, wie es von einem Jahr zum anderen beträchtlich schlechter wird?

Sie sagen, Sie werden alles tun, um die Jugendarbeitslosigkeit von Österreich fernzuhalten. Sie haben ja die Jugendarbeitslosigkeit schon hier. Das ist für mich schon eine dramatische Situation. Wir können gar nichts mehr fernhalten, denn nicht zuletzt auf Grund Ihrer Politik, der Politik der sozialistischen Alleinregierung, hat meiner Auffassung nach die Jugendarbeitslosigkeit diese Dimension erreicht. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Zweites Argument — und, meine Damen und Herren, eine nüchterne Bestandsaufnahme ist nun einmal eine wichtige Voraussetzung für eine erfolgreiche Bekämpfung —: Wie viele Lehrlinge finden am Ende eines Jahres wirklich einen Lehrlingsplatz? Das waren im Jahre 1980 2 Prozent, die keinen gefunden haben, das waren im Jahre 1981 3,5 Prozent. Im Jahre 1982, im Dezember 1982, betrug diese Rate schon 5,3 Prozent. 5,3 Prozent jener jungen Menschen, die eine Lehrstelle gesucht haben, haben keine verlässliche Lehrstelle gefunden.

Und bei den weiblichen jungen Menschen ist es überhaupt dramatisch, da liegen die Prozentsätze oft noch viel höher, zum Beispiel im Jahre 1982 bei 8,4 Prozent. Es ist nicht mehr akzeptabel, daß 8,4 Prozent junger weiblicher Absolventen von Schulen keine Lehrstelle finden. Warum haben Sie nicht aufgezeigt, wie sich das in drei Jahren dramatisch verschlechtert hat? Das wäre eine anständige und verlässliche Analyse gewesen! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und, Herr Bundesminister, weil es auch ein bißchen eine Eigenschaft der Regierung ist, bei jeder Gelegenheit von der Gleichberechtigung der Geschlechter zu reden: Es wäre sicher nützlicher, wenn sich die Frau Staatssekretär Dohnal nicht immer nur mit Informationen zwecks Bewußtseinsbildung auseinandersetzen würde, sondern wenn sie sich für handgreifliche arbeitsmarktpolitische, wirtschaftspolitische Maßnahmen einsetzen würde, die zu mehr Arbeitsplätzen für junge

Menschen führen, vor allem für weibliche junge Menschen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Dabei stimme ich Ihrer Auffassung zu, daß wir, wenn wir eine solche Situation haben, wie wir sie derzeit besitzen, das vor allem dem Umstand verdanken, wie sich die Situation in den Klein- und Mittelbetrieben bisher entwickelt hat. Das heißt, dieser Teil der Wirtschaft war in den letzten zehn Jahren noch in einem hohen Ausmaß in der Lage, Lehrlinge aufzunehmen, junge Menschen aufzunehmen. Aber auch dieser Bereich der Wirtschaft ist von einer Politik getroffen, die immer mehr zu einer finanziellen Auszehrung geführt hat, die die Investitionskraft der Betriebe geschwächt hat, die die Menschen und die Unternehmer und die Direktoren veranlaßt, zurückhaltend zu sein bei der Einstellung, zusammen mit Maßnahmen, die von Ihrer Seite kommen oder angedroht werden.

Und daher tragen Sie, Herr Bundesminister, und trägt diese Regierung die Hauptverantwortung für das hohe Ausmaß der Jugendarbeitslosigkeit in Österreich. Sie können sich durch Hinweise auf das Ausland nicht dispensieren sozusagen von dieser Verantwortung. *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Marsch: Welches Muster empfehlen Sie uns? Welches Land?)*

Ich komme dann schon darauf! Ein bißchen müssen Sie Geduld haben, Herr Abgeordneter Marsch! — Gerade wenn es im Ausland schwieriger ist und gewisse Negativeinflüsse kommen, sollten Sie sich ja mehr anstrengen für eine wachstumsorientierte Politik und nicht eine Politik machen, die das Wachstum abschwächt, meine Damen und Herren! *(Beifall bei der ÖVP.)* Also Ihre Hinweise gehen hier völlig daneben.

Herr Bundesminister! Es hätte einer sorgsamsten Analyse entsprochen, wenn Sie auf das dramatische West-Ost-Gefälle in der Frage der Arbeitschancen für junge Menschen verwiesen hätten: 5 Prozent in Niederösterreich, 6 Prozent in Wien, 7 Prozent im Burgenland, über 7 Prozent in der Steiermark, während in Vorarlberg mit 2 Prozent und in Salzburg mit 1,8 Prozent eine angenehme Situation ist. *(Abg. Dr. Kohlmaier: Muster Vorarlberg, Herr Abgeordneter Marsch!)* Bitte nicht zuletzt auch deswegen, weil wir dort eine starke mittelständisch orientierte Wirtschaftsstruktur haben.

Warum haben Sie das nicht aufgezeigt? Warum sagen Sie nichts von regional orientierten Maßnahmen in viel stärkerem Aus-

Dr. Mock

maß? Das hätte zu einer ordentlichen Bestandsaufnahme gehört, Herr Abgeordneter, die uns der Herr Bundesminister leider schuldiggeblieben ist. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Bundesminister! Kein Wort — wenn ich richtig mitgelesen habe — über die versteckte Arbeitslosigkeit. Laut Statistischem Zentralamt gab es im September 1982 eine Arbeitslosenrate bei jungen Menschen zwischen 19 und 25 Jahren von 23 000. Gleichzeitig muß man rechnen, daß 23 600 Jugendliche dazukommen, die in der Arbeitsmarktstatistik nicht aufscheinen, laut Statistischem Zentralamt, weil sie schon resigniert haben, weil sie überhaupt nicht mehr glauben, einen Arbeitsplatz zu finden.

Ja, ist das niemand, Herr Bundesminister, daß man das gar nicht aufzählen muß? Es ist doch ein Unterschied, ob eine Arbeitslosigkeit mit 23 000 jungen Menschen ausgegeben wird oder mit 46 000 ausgegeben wird! Das hätte zu einer ordentlichen Analyse gehört, die der Bedeutung dieses Problems entsprochen hätte! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich möchte Ihnen hier nochmals sagen: Wir müssen heute, wenn ich daran denke, daß wir ungefähr 2 000 Arbeitslose im Bereich der Lehrer haben, daß wir viele Ärzte haben, die keinen Turnusplatz finden, auf Grund der Ziffern des Statistischen Zentralamtes insgesamt mit 70 000 Jugendlichen im Jahreschnitt rechnen, die keine Arbeit finden.

Das, Herr Bundesminister, hat in Ihrem Bericht gefehlt. Ich kann nur hoffen, daß Sie hier halt das Ausland wieder einmal strapaziert haben, weil das mehr die Öffentlichkeitsbühne ist, und daß sich in den Ausschlußberatungen im Sommer jene nüchterne Linie durchsetzt, die ich hinter der Zustimmung der beiden Fraktionen zu einer Permanenzerklärung des Unterausschusses des Sozialausschusses vermute und annehme.

Meine Damen und Herren! Wir dürfen ja bei aller Problematik der Ziffern und der Bedeutung für die Wirtschaft die gesamtgesellschaftliche Dimension dieses Problems nicht vergessen. Es gibt doch nichts Enttäuschenderes für einen jungen Menschen, als wenn beim Abgang von der Schule sozusagen die Welt für ihn zugesperrt ist, wenn er keinen Arbeitsplatz findet.

Wir wissen alle, der Übergang von der Schule zum Beruf ist ein psychologisch schwieriger Übergang, ist sehr oft eine Bruchstelle, ist eine Lebensphase, die von Unsicher-

heit geprägt ist. Hier erlebt er zum ersten Mal eine Enttäuschung. Das geht weit über ein rein wirtschaftliches beziehungsweise ein rein soziales Problem hinaus.

Hier wird die entscheidende Voraussetzung geschaffen, ob sich der junge Mensch in das Gesellschaftssystem integriert, ob er es akzeptiert oder ob er in die Isolation getrieben wird, ob er bejahend zu unserem Gesellschaftssystem steht oder ob er es ablehnt, ob er ein Selbstwertgefühl erhält oder ob er die Überzeugung bekommt, er sei völlig nutzlos. Die Eltern und die Lehrer haben ihn animiert, zu lernen, seine Ausbildung erfolgreich abzuschließen, und dann braucht ihn niemand. Es kommt darauf an, ob er in der Lage ist, sich dem Arbeitsrhythmus in unserer Gesellschaft anzupassen, oder ob er das verlernt und später in seiner Fähigkeit verkümmert, in der Sozialordnung, in der Wirtschaftsordnung unserer Gesellschaft Mitverantwortung zu tragen, ob er Selbständigkeit erlangt oder ob er abhängig bleibt.

Für mich ist es eine dramatische Situation, meine Damen und Herren, daß wir derzeit auf Grund der Entwicklung unseres Schulsystems und unseres Ausbildungswesens in den letzten 30 Jahren die bestausgebildete Jugend und die schlechtesten Arbeitsplatzchancen seit 25 Jahren haben. Von dieser Verantwortung kann ich Sie und Ihre Regierung nicht freisprechen. Da sollten wir auch an die gesellschaftspolitische Dimension denken. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Ich möchte Ihnen, Herr Bundesminister, gar nichts unterstellen. Aber es gibt in jeder Demokratie, in jedem freien Land Situationen, von denen sich Menschen erhoffen: Wenn revolutionäres Potential geschaffen wird, kann man die Gesellschaftsordnung verändern. Die Demokratie ist ein anfälliges, ein sensibles System, weil sie auch ihren erklärten und nicht erklärten Gegnern volle Rede- und Handlungsfreiheit gibt. Sie ist aber auch ein System, von dem die Menschen erwarten, daß es ihre persönliche Freiheit absichert und ihnen Arbeit anbietet. Wenn das nicht so ist, wenn Resignation und Hoffnungslosigkeit angeboten werden, haben jene eine Chance, die erklärtermaßen oder nicht erklärtermaßen hoffen, daß aus Enttäuschung, aus Hoffnungslosigkeit ein sogenanntes gesellschaftsänderndes Potential entsteht und daß sie dann in dieser trüben Suppe ihre Intentionen verwirklichen können. Wir wollen eine aktive, konstruktiv kritische Jugend, die sich mit unserem politischen und sozialen System identifiziert, die bereit ist, sich zu engagieren

Dr. Mock

und dieses System weiterzuentwickeln, und nicht den Aufbau eines revolutionären Potentials! *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Ich sage das rechtzeitig und füge auch hinzu, Herr Bundesminister, daß ich das Ihnen persönlich nicht unterstelle. Aber solche Dinge sind um uns herum geschehen, und man sollte sie bei einer solch grundsätzlichen Debatte auch anmerken.

Herr Bundesminister! Allein die Tatsache, daß für den gesamten Bereich nicht mehr aufgewendet wird als 1 Prozent unseres Budgetdefizits, zeigt, daß die Bundesregierung die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit offensichtlich nicht so ernst nimmt, wie Sie es hier geschildert haben und wir es gerne sehen würden.

Nun — als letzter Teil, meine Damen und Herren — zu den Maßnahmen. Ich glaube, wir müssen sehen, daß es kurzfristige Maßnahmen gibt, die helfen können, daß es aber entscheidend ist für die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit — hier teile ich Ihre Auffassung, daß man sie als Teil der Gesamt-arbeitslosigkeit sehen muß —, die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen so zu ändern, daß wieder größere Investitionsbereitschaft vorhanden ist, daß eine größere Wachstumsrate gegeben ist, daß ein besseres Wirtschaftsklima vorhanden ist. Dann werden wir auch langfristig die Jugendarbeitslosigkeit wieder beseitigen können. Es wäre eine Illusion, der Öffentlichkeit zu versprechen, man könnte die Arbeitslosigkeit unter den jungen Menschen mit kurzfristigen Maßnahmen tatsächlich bekämpfen.

Wir dürfen uns nicht damit zufriedengeben, daß vielleicht in zwei oder vier Jahren die Lehrlingsproblematik auf Grund der Geburtenrate einfacher, weniger problematisch wird. Die Menschen wollen jetzt Arbeitsplätze haben, wenn sie aus der Schule kommen, wenn sie eine Lehrstelle suchen. Über eine Reihe von Ihnen vorgeschlagener Maßnahmen, Herr Bundesminister, kann man durchaus reden, denn sie bauen teilweise auf den bisherigen Gesprächen auf, die ich im vergangenen Jahr mit Ihrem derzeitigen Parteiohmann und früheren Bundeskanzler gehabt habe, nur muß man sie auch durchführen. Mir fällt gerade ein, daß damals mit großen Überschriften in den Zeitungen verkündet worden ist, staatliche Darlehen auch an die verstaatlichte Industrie zu geben, wenn sie junge Menschen einstellt. Meines Wissens ist kein einziges Darlehen vergeben worden. Es bleibt halt sehr oft bei Zeitungsüberschriften. Wir

müssen aber Maßnahmen beraten, die dann auch umgesetzt werden.

Ich sage Ihnen: Wir als kontrollierende Opposition werden uns sehr konkret ansehen, was in den Beratungen diskutiert und beschlossen und was dann realisiert wird, denn wir halten dieses Problem für das ernsteste, mit dem wir derzeit im Parlament konfrontiert sind. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Herr Bundesminister! Ich möchte nur drei zentrale Maßnahmen herausnehmen, die uns sehr wichtig erscheinen. Das Paket der kurzfristigen Maßnahmen in Form eines Zweistufenplans sieht eine 50prozentige Anhebung der derzeitigen Investitionsförderung für Unternehmen vor, die arbeitslose Jugendliche beschäftigen. Wir hätten einen zusätzlichen Beschäftigungseffekt und auch einen zusätzlichen Nachfrageeffekt nach Investitionsgütern, der auch notwendig wäre, denn die derzeitige Konjunktur wird ja eher von der Konsumnachfrage getragen und nicht von den Investitionen. Das ist übrigens auch sehr bedenklich, weil durch die erhöhte Mehrwertsteuer, die Sie in Aussicht nehmen, das Wachstum voraussichtlich um 1 Prozent zurückgeht und auf diese Weise wieder Arbeitsplätze zerschlagen und nicht geschaffen werden.

Also erster Punkt: eine 50prozentige Anhebung der bestehenden steuerlichen Investitionsförderung.

Zweiter Punkt: eine massive Förderung der Klein- und Mittelbetriebe durch die Gewährung eines Steuerfreibetrages in der Höhe von 12 000 S, wenn die Ausbildungsfunktion ernst genommen wird.

Jeder zusätzliche Arbeitsplatz, den Sie schaffen, verdient unsere Zustimmung. Aber, Herr Bundesminister, wenn 200, 300 Jugendliche im öffentlichen Bereich eingestellt werden, gibt es wieder große Pressekonferenzen, während sich die Schlacht um die sicheren Arbeitsplätze für junge Menschen im Bereich der mittleren und kleineren Industrie- und Gewerbebetriebe abspielt. Dort sind jetzt schon 80 Prozent beschäftigt. Wenn wir dort die Schlacht gewinnen, können wir wieder Zehntausende neue Arbeitsplätze schaffen. Der öffentliche Dienst, der derzeit 1,2 Prozent der Lehrlinge beschäftigt, ist nie eine Alternative zu den Maßnahmen in der Wirtschaft bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. Daher müssen wir auch bei den Klein- und Mittelbetrieben ansetzen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Dr. Mock

Dritter Punkt: die in unserem Programm befindlichen Einschulungs- und Ausbildungsprämien für zusätzlich aufgenommene junge Menschen aus beziehungsweise in Bezirken, die von besonderer Arbeitslosigkeit betroffen sind.

Das scheinen mir kurzfristig aus unserem Paket die drei wichtigsten Maßnahmen zu sein, die wir zumindest so beraten sollen, daß wir sie in den ersten Sitzungen des Herbstes beschließen können, denn das, was wir im Herbst beschließen — das muß man fairerweise hinzufügen —, greift ohnehin erst frühestens drei oder sechs Monate später.

Der zweite Teil sind die allgemeinen wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen. Da braucht man vor allem, Herr Bundesminister, ein anderes Wirtschaftsklima. Ihre ständige und wie eine tibetanische Gebetsmühle wiederholte Forderung nach einer linearen und globalen Arbeitszeitsenkung von 40 auf 35 Wochenstunden ist genau das Gegenteil von dem, was wir brauchen, um ein investitionsfreudiges und engagementfreudiges Wirtschaftsklima wiederaufzubauen. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Figaro hin, Figaro her, der Herr Bundesminister marschiert von einer Woche zur anderen, trotz der Warnungen aus seinem eigenen Bereich, für die 35-Stunden-Woche. Ja wenn Sie sich so für die soziale Solidarität engagieren — ich nehme Ihnen das ab —, warum lassen Sie denn dann die Arbeitnehmer in den Grenzbetrieben Gefahr laufen, durch eine solche Maßnahme in den Konkurs oder in den Ausgleich getrieben zu werden? Wenn es Ihnen wirklich zuerst um die Arbeitsplatzsicherung geht — und uns geht es auch um die Einkommenssicherung —, dann stellen Sie doch diese Forderung in dieser undifferenzierten Form endlich einmal zurück; diese Forderung, die so viel an Investitionsfreudigkeit in unserer Wirtschaft kaputt macht. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Sie haben auch eine besondere Art, Herr Bundesminister, die Technologieprobleme jede Woche oder jeden Monat an die Wand zu malen. Es scheint bei Ihnen, Sie sprechen es zwar nicht aus, eine beachtliche Technologiefeindlichkeit vorhanden zu sein.

Nun haben die jungen Menschen ohnehin eine beträchtliche Zukunftsangst. Wir sollten die Probleme, die mit den Automatisierungsprozessen verbunden sind, nicht verschweigen, wir sollten den jungen Menschen sagen, wie wir sie lösen, wie wir sie in den Griff

bekommen werden, und nicht pessimistisch malen, den Menschen den Optimismus wegnehmen.

Sie, Herr Bundesminister, zeigen in Ihrer Erklärung furchtbare Horrorziffern für die achtziger Jahre, für die neunziger Jahre auf, anstatt zu sagen: Gerade deswegen, weil es durch einen entsprechenden Automatisierungsprozeß zu Freisetzungen kommen wird, müssen wir eine wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik betreiben, um jene Arbeitsplätze zu schaffen, die notwendig sind, um die Vollbeschäftigung in den neunziger Jahren zurückzuerobern.

Vorher geht es nach der Erbschaft dieser Politik ohnehin nicht. Sie sind dazu da, um die Probleme zu analysieren, die Schwierigkeiten aufzuzeigen und dann den Menschen optimistisch zu machen, und nicht dazu, um die Menschen zu enttäuschen, zu entmutigen und in den Pessimismus hineinzutreiben. Das müßte Ihre Aufgabe als Sozialminister sein. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Bundesminister! Eine weitere globale Verhaltensweise im Rahmen wirtschaftspolitischer Bedingungen wäre halt, wenn Sie sich ein bißchen dagegen wenden. Sie sind doch sonst nicht zurückhaltend mit öffentlichen Aussagen. Sie sind ja kein zweiter Rössch, sondern eher das Gegenteil, wobei ich die Wertung der Öffentlichkeit überlasse.

Jede Woche eine neue Steuerankündigung. Wie sollen denn die Leute draußen disponieren? Sie wissen ja nicht: Kommt am Jahresende eine neue Mehrwertsteuererhöhung, oder kommt sie nicht? Wie schaut es aus mit anderen steuerlichen Belastungen? Wie schaut die Kapitalbelastung für die Lagerhaltung aus? Sollen sie investieren? Sollen sie sich die Maschine kaufen? Gibt es neue Abschreibungsmöglichkeiten und ähnliches mehr?

Es muß doch möglich sein, ein Budgetsanierungskonzept und ein Finanzkonzept für die nächsten vier, fünf Jahre zu erstellen. Ich halte es für falsch, daß Sie mit der Mehrwertsteuerbelastung kommen, die voraussichtlich 1 Prozent vom Wachstum, vorläufig mit 0,9 bis 1,1 Prozent prognostiziert, zurücknehmen wird. So werden wir sicherlich nicht genügend Arbeitsplätze, auch nicht für die jungen Menschen, schaffen.

Wir glauben, Herr Bundesminister, man soll unter den Globalmaßnahmen auch den Klein- und Mittelbetrieben wieder mehr

Eigenkapital geben. Sie finden sich ja heute nicht mehr zurecht in dem Dschungel verschiedenster, meistens gutgemeinter Förderungsmaßnahmen. Da findet sich ja nur der Große zurecht, der einen eigenen Angestellten hat und alle 100, 150 Informationen über Förderungsmaßnahmen untersuchen kann. Aber die Klein- und Mittelbetriebe, die für die Jugendbeschäftigung die entscheidende Position haben, werden in ihrer Entwicklungsfähigkeit durch dieses bürokratische Förderungssystem eher aufgehalten.

Den Betrieben weniger Geld wegzunehmen, ihnen mehr Geld für Investitionen zu belassen, ist der zielführendere Weg, als ihnen immer mehr wegzunehmen und einen Teil davon über komplizierte bürokratische Maßnahmen wieder zurückzugeben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Letzter Punkt der längerfristig wirkenden Maßnahmen — zugegebenermaßen: der längerfristig wirkenden Maßnahmen — wäre eine massive Förderung der Forschung und Innovationstätigkeit.

Wir haben seit zehn Jahren ein Forschungsministerium, aber den geringsten Ausgang an Geld für Forschung und Innovation, gemessen am Bruttonationalprodukt. Jetzt hört man, daß die Forschung ein besonderer Schwerpunkt im Handelsministerium werden soll, und zwar in der Form, daß die Industrie- und eine Industriesektion geteilt wird. Das heißt: Man hat ein Problem, man schafft eine Kommission, ein Ministerium oder eine neue Sektion.

So wird das nicht gelingen! So werden wir unsere Wirtschaft nicht massiv modernisieren, in stärkere Wettbewerbsfähigkeit bringen, um dadurch den Vorteil eines kleinen Landes auszuspielen.

Meine Damen und Herren! Die Herren auf der Regierungsbank reden immer soviel von der weltweiten schwierigen Situation. Ich habe schon vorhin gesagt: Erstens haben Sie in Österreich Politik zu machen, und zweitens werden Sie nach Ihren Leistungen in Österreich gemessen und an dem, was früher in unserem Lande geleistet werden konnte.

Nur: Daß Sie sich so sehr auf die weltweite Situation abstellen, ist der Vorteil eines kleinen Landes. Das, was wir an Volumen erzeugen, an Dienstleistungen und an Waren, ist auch bei der schlechtesten internationalen

Konjunktur noch immer ein Bruchteil der internationalen Nachfrage. Das heißt, wenn wir preislich wettbewerbsfähig sind, wenn wir in der Qualität wettbewerbsfähig sind und wenn wir in der Serviceleistung wettbewerbsfähig sind, gibt es für uns immer einen nachfragestarken Markt und können daher den anderen — sogar den großen Staaten — voraus sein. Diese Chance sollen Sie wahrnehmen, und dazu ist es notwendig, eine globale Änderung der Wirtschaftspolitik, wie sie bisher betrieben wurde, vorzunehmen.

Nun, der Bundeskanzler ist diesbezüglich vor kurzem gefragt worden, und er hat gesagt, wir bräuchten keinen wirtschaftspolitischen Kurswechsel. Lassen Sie sich das, Herr Bundeskanzler — der hat inzwischen das Haus verlassen — wenigstens von Ihrem Klubobmann sagen, der immerhin den Mut gehabt hat, von einer wirtschaftspolitischen Wende zu sprechen!

Meine Damen und Herren! Man läuft immer Gefahr, wenn man den politischen Gegner — nicht den politischen Feind! — anerkennen soll, daß man ihm dann in den eigenen Reihen Scherereien verschafft. Ich nehme es nicht als Selbstverständlichkeit an, wenn so ein offenes Wort vom Fraktionsführer der ersten Regierungspartei gesprochen wird. Ich würde mir wünschen, auch im Interesse unserer jungen Menschen, daß dieser Richtung, die der Fraktionsführer der Sozialistischen Partei angegeben hat, die Regierung folgt. Es wäre auch ein richtiger Weg, um die Vollbeschäftigung unter den jungen Menschen wieder in den Griff zu bekommen. *(Langanhaltender Beifall bei der ÖVP.)* 14.06

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete **Braun**. Ich erteile es ihm.

14.06

Abgeordneter **Braun** (SPÖ): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte zuerst einmal feststellen, daß wir es begrüßen, daß Dr. Mock als Führer der großen Oppositionspartei oder überhaupt der Opposition (*Abg. Dr. Taus: Die Anpassungsgeschwindigkeit ist enorm! — Ironische Heiterkeit bei der ÖVP*) sich wirklich zu der Bedeutung der Jugendarbeitslosigkeit bekennt. Und zwar deshalb, weil das leider nicht immer der Fall war. Herr Dr. Mock, Sie wissen das ganz genau. (*Abg. Dr. Mock: Ja, ich weiß es!*) Sie haben das jetzt auch durch Ihr Kopfnicken unterstrichen, und ich glaube, es ist schon eine bezeichnende Wende, daß jetzt dieses Problembewußtsein vorhanden ist.

Braun

Auch Ihre Zahlen als Ergänzung zu den Zahlen, die der Herr Bundesminister in seinem Bericht gebracht hat, können, so glaube ich, als eine Bestätigung dafür gewertet werden. Daß der Herr Bundesminister in seinem Bericht die letzte Entwicklung in den Vordergrund gestellt hat, ist doch wohl eine Selbstverständlichkeit. Denn man muß ja eigentlich annehmen, Herr Dr. Mock, daß die Daten, die schon länger zurückliegen, natürlich jedem bekannt sind, der sich mit dieser Frage wirklich ernstlich beschäftigt hat. Deshalb wurden die jüngsten Daten, die erst in den letzten Tagen zustande gekommen sind, als Grundlage für die letzte Entwicklung genommen. Wenn Sie, Herr Dr. Mock, dann die letzte Entwicklung (*Abg. Dr. Mock: Ein treuer Diener seines Herrn!*) mitvergleichen, sowohl international als auch in der Gesamtentwicklung, so können Sie feststellen, daß auch in der Bundesrepublik Deutschland in diesen Tagen — wie gestern veröffentlicht — die Jugendarbeitslosigkeit im Verhältnis zur Gesamtarbeitslosigkeit nur um 0,1 Prozent zurückgegangen ist, während sie bei uns mit 0,4 Prozent doch deutlich besser liegt. (*Abg. Dr. Schwimmer: Wir haben Ferien, die Schule ist schon aus! — Abg. Ing. Dittrich: Wir haben Schulschluß!*)

Ich glaube, daraus kann man es wirklich erkennen — noch dazu bei einer ganz anderen Ausgangsposition, und zwar von 8,8 Prozent. Sie werden es ja wissen, Herr Präsident Dittrich: 8,8 Prozent in der Deutschen Bundesrepublik, 2,9 Prozent in Österreich. So sieht die Arbeitslosenrate aus, wenn man diese Vergleiche anstellt. Und außerdem sind auch die Tendenzen in der Verschiebung trotz allem — das können Sie sicherlich nicht bestreiten — in Österreich günstiger gelegen als im Ausland.

Warum sage ich das? Meine Damen und Herren, nicht, um schönzufärben. Das hätte doch gar keinen Sinn. Deswegen hätte doch die Bundesregierung nicht vom Sozialminister einen solchen Bericht auch selbst verlangt und würde dieser Bericht von ihm gegeben werden, sondern in Wirklichkeit darum, um das Problembewußtsein in der gesamten Bevölkerung hervorzurufen, und vor allem, um zu verhindern, daß die Kluft zwischen der Jugend und dem Staat nicht größer wird, auch wenn es bisweilen bei manchen Vorgangsweisen oder bei manchen Verhaltensweisen so aussieht, als könnte man unter Umständen einen kleinen parteipolitischen Erfolg erzielen. Das darf doch nicht in einer so eminent wichtigen Frage, wie sie die Jugendarbeitslosigkeit darstellt, geschehen. Und aus diesem

Grunde können Sie uns glauben: Es gibt nichts, was von seiten der sozialistischen Fraktion dieses Hauses beschönigt werden möchte. Es gibt nichts, was wir verniedlichen wollen. Weil wir schließlich und endlich dafür einzutreten haben, die notwendigen Mittel, die notwendigen Vorgangsweisen zu finden, um die Jugendarbeitslosigkeit mit Erfolg zu bekämpfen. Die Entwicklung und die Zahlen sprechen dafür, daß es uns auch in einem Höchstausmaß gelungen ist. Und darauf kommt es letztlich an. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Herr Dr. Mock! Auch daß Sie die Frage der Arbeitszeitverkürzung mit der tibetanischen Gebetsmühle vergleichen, ist leider bezeichnend für ein Problembewußtsein, das anscheinend nur partiell vorhanden ist. Denn wenn nicht die Frage der Gesamtentwicklung der Beschäftigung in unserem Lande als die größte Größenordnung als Grundlage genommen wird, wie wollen Sie dann die Jugendarbeitslosigkeit mit Erfolg bekämpfen? Und die Frage der Gesamtbeschäftigung ist eine Frage des Gegenüberstellens auf der einen Seite des Wirtschaftswachstums und auf der anderen Seite der Rationalisierungerscheinungen. Wenn wir dann praktisch die doppelten Prozentsätze an Rationalisierung im Verhältnis zum Wirtschaftswachstum haben, dann kann das doch nur heißen, daß letztlich immer mehr Arbeitsplätze vernichtet werden, wenn es nicht gelingt, durch besondere Maßnahmen — in diesem Falle sind es die Maßnahmen für die jungen Menschen — einen Weg zu finden, um zu verhindern, daß sie auf der Strecke bleiben.

Ich bin überrascht, daß Herr Dr. Mock diese Politik weiter vertritt, obwohl immer mehr Unternehmer, Fachleute schon längst diesen Zusammenhang zwischen Gesamtwirtschaftsentwicklung, Gesamtbeschäftigtenzahlen und Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit erkennen. Auch das „profil“ der letzten Woche bringt die Meinung des Chefredakteurs mit der Formulierung zum Ausdruck: „Die Wirtschaft hat damit eine ... Chance, vom sturen Nein-Sagen, das ihr ÖVP-Chef Alois Mock suggeriert, zu einer konstruktiven Haltung zu finden.“

Ich sage Ihnen ganz ehrlich, Herr Dr. Mock, diese konstruktive Haltung hat auch in Ihrer heutigen Rede gefehlt. Wir bedauern das, weil Sie an sich in den Denkansätzen und insbesondere was eben die Frage verschiedener Maßnahmen der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit betrifft sicher mit uns in den Verhandlungen während der nächsten

Braun

Monate eine Übereinstimmung finden werden.

Ich glaube daher, daß man auch von Ihrer Seite von dem Denkschema weggehen muß, das Sie in Ihrem Programm enthalten haben und das Sie auch jetzt im Zusammenhang mit den Gesamtfragen der Beschäftigung, nämlich auch mit Fragen der Arbeitszeitverkürzung, immer wieder bringen.

Ich möchte auch in bezug auf die Technologiefeindlichkeit eindeutig feststellen, Herr Dr. Mock: Das darf doch nicht wahr sein! Wenn man die Dinge wirklich erklärt, wie sie sich ergeben, wenn die Zahlen gebracht werden, die heute bereits überall veröffentlicht werden über diese Tendenz, dann ist das Technologiefeindlichkeit? (Abg. *Steinbauer*: *Der Dallinger schreckt ja die Leute!*) Wenn Sie auch noch jeden einzelnen zu finden versuchen, der sich nicht gemeldet hat — weder beim Arbeitsamt noch sonst irgendwo (Abg. *Dr. Mock*: *Das Statistische Zentralamt hat das gesagt!*) —, und dann unterstellen, daß das womöglich eine bewußte Vorgangsweise ist, daß nicht alle aufgelesen werden, die es noch gibt, dann ist das wirklich eine Vorgangsweise, die eine Reihe von Problemen mit sich bringt.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte daher schon sagen: In Österreich ist der Anteil der Jugendlichen bis zum 25. Lebensjahr, die keinen Arbeitsplatz finden, im Verhältnis zum Ausland wirklich niedriger, und ich möchte, wie gesagt, nicht schwarzweißmalen.

Wir haben diese Vergleichsziffern auch vom Herrn Bundesminister gehört, und ich bin weit davon entfernt, das jetzt so darzustellen, als wären wir mit allen Problemen fertig. Im Gegenteil, dann würde ja nicht der Bericht vorliegen, und dann würde es ja nicht diese Sondermaßnahmen geben.

Wenn man aber hört, daß in Italien die Situation ganz anders aussieht und dort der Anteil der jungen Menschen 62,3 Prozent beträgt oder in Großbritannien fast 47 Prozent und in den USA 41 Prozent, dann ist das eben ein Faktum, Herr Dr. Mock, das man nicht übersehen kann.

Eine OECD-Studie, die in jüngster Zeit zum Thema „Arbeitslose Jugendliche“ erstellt wurde, hat eine Reihe von konkreten Beispielen angeführt, mit denen wir uns auch auseinanderzusetzen haben werden.

„Es ist falsch“ — stellt diese OECD-Studie fest —, „daß die Jugend dem Bild des ‚schmarotzenden Arbeitslosen‘ entspricht. Dieses Bild ist für einen Großteil der Jugend abschreckend.“

Eben diese Tatsache, die objektiv von der OECD ermittelt wurde, bildet für uns Sozialisten die Grundlage unseres Handelns zur Verbesserung der Situation der Jugend auf dem Arbeitsmarkt.

Die Maßnahmen, die von der Bundesregierung in der letzten Zeit gesetzt wurden, haben eindeutig ihre positiven Auswirkungen gezeigt. Aber auch der überwiegende Teil der Wirtschaft hat diese Förderungen begrüßt und die entsprechenden Ausbildungs- und Arbeitsplätze zur Verfügung gestellt.

Ein Vergleich der Arbeitsmarktstatistiken des Bundesministeriums für soziale Verwaltung zwischen Jänner und Mai 1983 zeigt einen Rückgang der als arbeitslos gemeldeten Jugendlichen sehr deutlich an.

Betrachtet man dazu auch die entsprechenden — nur für Jugendliche bis zum 19. Lebensjahr erfaßten — offenen Stellen, so ergibt sich bei den Jugendlichen ein starker Rückgang des Stellenantrages von 5,3 auf 1,6, also ein Minus von 69,8 Prozent, während dieser Wert für alle Arbeitslosen von 16,1 auf 5,4 Arbeitslose pro offener Stelle sank. Mehr als dreimal soviel Arbeitslose insgesamt entfallen im Durchschnitt auf jede offene Stelle, als dies bei den Jugendlichen bis zum 19. Lebensjahr der Fall ist.

Ich glaube, sosehr jede einzelne Ziffer gleichzeitig eine tragische Tatsache darstellt, muß man aber auf diese Entwicklung sehen. Es ist ja schließlich eine Entwicklung, die letztlich durch die Gesamtpolitik, wie schon der Herr Bundesminister gesagt hat, sowohl der Sozialpartner als auch der Bundesregierung zustande gekommen ist.

Warum wir in Österreich und auch in vielen anderen Ländern derzeit eine schwierige Situation haben, liegt neben wirtschaftlichen Faktoren auch an der Entwicklung der Geburtenziffern. Das ist ja bekannt. Wir haben eben jetzt jene Geburtenjahrgänge im 16. beziehungsweise bis zum 25. Lebensjahr, die stärkere Geburtenjahrgänge darstellen, und wir werden diese Entwicklung in zwei bis drei Jahren überwunden haben.

Aber was sicherlich auch eine gewisse Rolle spielt, ist die Tatsache, daß das Interesse der

Braun

Unternehmer beziehungsweise die Zahl der Betriebe, die Jugendliche ausbilden, leider abnimmt. Das wissen Sie ja. Ich glaube, Herr Dr. Mock, daß es von Ihrer Seite am Platz gewesen wäre, das noch einmal zu betonen, den Appell an die Unternehmer zu richten und sie gleichzeitig aufzufordern, mehr zu tun, und sie nicht, so wie das in den vergangenen beiden Jahren der Fall war, sogar weniger Jugendliche aufnehmen.

Ich glaube daher, daß man aus dieser Entwicklung erkennen kann, daß wir praktisch spätestens gegen Ende der achtziger Jahre einen radikalen Ausgleich der gegenwärtigen Situation haben werden und dann wieder mehr junge Menschen gesucht werden, die einen Lehrplatz oder eine weitere Ausbildung nach der Grundschulausbildung anstreben.

Daher glaube ich, daß wir wirklich sagen können, daß zusätzlich zu allen anderen Maßnahmen die Tatsache gesehen werden muß, daß auch der Bund im vergangenen Jahr mehr als 700 und jetzt wieder, wie angekündigt, einer entsprechenden Zahl von jungen Leuten die Chance gibt, einen Arbeitsplatz zu bekommen. Genauso, Herr Dr. Mock, wie eben nicht nur die Tatsache, daß dieses Programm, das vom Herrn Bundesminister heute vorgetragen wurde, 1 Prozent des Budgetdefizits ausmacht, in der Größenordnung alleine dasteht, sondern gesehen werden muß mit allen anderen Maßnahmen der Arbeitsmarktförderung, der Lehrlingsförderung und der Förderung der Firmen. Dann kommen Sie auf eine bedeutend größere Summe und natürlich auch auf einen höheren Prozentsatz, der letztlich alleine für diese Frage zur Verfügung gestellt wird.

Wir haben darüber hinaus... (Abg. Dr. Mock: 0,3 Prozent beeinflusst die Arbeitsmarktsituation!) Ja, aber Sie haben nur von einem Prozent gesprochen. Hätten Sie nur das gesagt... (Abg. Dr. Mock: Eine andere Ziffer! 0,3 Prozent ist die höchstmögliche Beeinflussung der Arbeitsmarktsituation durch die Arbeitsmarktpolitik!) Das bestreitet niemand, Herr Dr. Mock! Aber allein die Tatsache, daß zum Beispiel früher keine Bundesregierung, auch nicht die der ÖVP, sich bemüht hat, jungen Menschen eine Chance zu geben, unterscheidet sich eben grundsätzlich in der heutigen Zeit... (Abg. Dr. Mock: Das Arbeitsmarktförderungsgesetz ist von Frau Rehor eingebracht worden! Das haben Sie noch gar nicht miterlebt!) Aber ja, natürlich, Herr Dr. Mock! Aber es ist nicht gehandhabt worden! Herr Dr. Mock, das wissen Sie ganz genau! Der Bund hat damals keine jun-

gen Menschen in dieser Form aufgenommen! (Abg. Dr. Mock: 1968 Arbeitsmarktförderungsgesetz!) Das Gesetz allein genügt ja nicht, Herr Dr. Mock! Das wissen Sie genauso wie wir. Es kommt darauf an, mit welchem Geist es erfüllt wird. Jetzt wird es mit dem richtigen Geist erfüllt (Beifall bei der SPÖ), und der Bund nimmt junge Menschen auf. Das unterscheidet uns!

Die Maßnahmen des Bundesministers für soziale Verwaltung sind daher eine fundierte und langfristig dem Trend entgegenwirkende Aktion.

Aus diesem Grund sind wir auch der Meinung, daß das eine Möglichkeit ist, die Entwicklung der Jugendbeschäftigung nicht nur positiv zu beeinflussen, sondern eine Jugendarbeitslosigkeit, wie sie international heute schon mehr oder weniger gang und gäbe ist, in Österreich gar nicht erst aufkommen zu lassen.

Die Bundesregierung und im speziellen das Bundesministerium für soziale Verwaltung haben daher Maßnahmen ergriffen, um den betroffenen Jugendlichen zu helfen. Es wurde für 1982 und 1983 ein arbeitsmarktpolitisches Jugendprogramm erarbeitet, und nunmehr hat der Herr Bundesminister konkrete Maßnahmen für die nächste Zeit festgesetzt. Er hat auch ausdrücklich betont, daß es ein Schwerpunkt sein soll, sich den jungen Menschen zwischen 19 und 25 Jahren — das ist ja der größte Brocken — zu widmen.

Da werden Sie doch zugeben, daß es gerade auch in der Frage der höheren Ausbildung, der höheren Qualifikation Probleme gibt. Es gibt aber auch Probleme der Beschäftigung nach einer Grundausbildung, also nach der Lehrzeit, möglicherweise auch nach dem Bundesheer. Diese Probleme haben uns genauso anzugehen, ihnen haben wir uns genauso zu widmen.

Wenn dann von Ihnen gesagt wird, hier würde etwas beschönigt werden, dann verstehe ich das deshalb nicht, weil hier vom Herrn Bundesminister Dallinger klar und deutlich betont wurde, daß mehr als 80 Prozent aller Betroffenen zwischen dem 15. und 25. Lebensjahr stehen. Er hat also in keiner Weise bagatellisiert. Die Bundesregierung versucht in keiner Form den Eindruck zu erwecken, als wäre dieses Problem nicht wirklich eines der ernstesten.

Ich glaube daher, daß man sich damit sehr wohl auseinandersetzen kann, daß das als

Braun

Grundlage für eine Vorgangsweise gelten kann, deren Ziel es letztlich ist, eine negative Entwicklung, die wir aus anderen Ländern kennen, nach Möglichkeit von Österreich fernzuhalten.

Ich sage Ihnen, Herr Dr. Mock, und der ÖVP aber auch ganz offen, daß wir gewisse Tendenzen innerhalb der ÖVP wirklich nicht verstehen. Herr Karas zum Beispiel kündigt in Presseaussendungen an, was er alles machen möchte. Er sagt zum Beispiel, daß er die Jugend auffordern wird, mit ihm vor dem Parlament zu demonstrieren oder sich mit ihm vor das Parlament zu setzen. (*Abg. Dr. Mock: Genau zitieren!*) Wenn man dann weiß, daß derselbe Herr Karas im Bundesjugendring zum Beispiel die Beschlüsse, die zu einem gemeinsamen Programm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit eingebracht wurden, so behandeln ließ, daß eben nur eine Zweidrittelmehrheit die Möglichkeit hat, das zu beschließen, und daß damit jede gemeinsame Basis zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit von dem zuständigen Gremium, nämlich vom Bundesjugendring, also vom Standpunkt der Jugend her, eigentlich verhindert wurde, wenn man also diese Gegenüberstellung macht, dann ist einem klar: Das ist schon ein bißchen bezeichnend für die Art, die wir eigentlich nicht schätzen. Wir hoffen also, daß Ihre Erklärungen heute, Herr Dr. Mock, eine andere Entwicklung bringen werden. Denn Sie haben immerhin angedeutet, daß Sie bereit sind, sich während der Sommermonate sehr wohl mit diesen Fragen zu beschäftigen. Es gibt also zwei Anträge. Auch im Zusammenhang mit Ihrem Antrag möchten wir keineswegs bezweifeln, daß das für eine Diskussion genauso Gültigkeit haben muß, daß man das also als Grundlage nehmen kann. Wir hoffen, daß wir zu gemeinsamen Vorgangsweisen kommen können.

Jedenfalls steht fest, daß wir meiner Meinung nach wirklich keinen Grund haben, eine Verunsicherungspolitik gegenüber den jungen Menschen oder den Familien zu betreiben.

Wenn wir uns dazu wirklich gemeinsam bekennen, Herr Dr. Mock, und es nicht zu derartigen Darstellungen kommt, wo man die Situation aus ganz anderen Gründen im Sinne anderer Zwecke ausnützen möchte, dann habe ich keine Sorge, daß gerade auch in Fortsetzung dessen, was heute gesagt wurde, vom Herrn Bundesminister jene Grundlagen geschaffen wurden, die letztlich eine Arbeitslosigkeit größeren Ausmaßes für junge Menschen in Österreich verhindern.

Daher begrüßt die sozialistische Fraktion dieses Programm der österreichischen Bundesregierung zur Schaffung neuer Lehrstellen und zur Arbeitsplatzsicherung für junge Menschen und damit zur Verhinderung von einer Jugendarbeitslosigkeit und gibt diesem Bericht gerne ihre Zustimmung. (*Beifall bei der SPÖ.*) ^{14.25}

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Ing. Dittrich. Ich erteile es ihm.

^{14.26}

Abgeordneter Ing. **Dittrich** (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sie sind am Beginn Ihres Berichtes, Herr Bundesminister, auf die internationale Arbeitsmarktsituation sehr eingegangen. Ich finde in Ihrem Bericht sehr viel Lob für Sie, für Ihr Ministerium, für die Bundesregierung. (*Bundesminister Dallinger: Für die Wirtschaft!*) — Für die Wirtschaft auch! Herr Bundesminister! Ich habe aber das Gefühl nicht wegwischen können, daß Sie diesen Bericht aus einer Art Verteidigungsposition abgegeben haben, weil Sie natürlich wußten, daß Sie von der Opposition beziehungsweise von den Vertretern der Wirtschaft hier zu diesem Punkt sehr viel hören werden. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich habe mich zur Antwort gemeldet, als Unternehmer, Herr Minister, als gewählter Repräsentant der gesamten Wiener Wirtschaft und als einer, der sich in den vergangenen Jahren sehr, sehr extrem für die Lehrlinge, für die jungen Menschen eingesetzt und, wie ich hoffe, dabei auch einiges erreicht hat.

Man kann aber das Problem der Jugendbeschäftigung nicht isoliert sehen und schon gar nicht isoliert diskutieren. Man muß es sicherlich in engem Zusammenhang mit der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung sehen und bringen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Vom Standpunkt der Wirtschaft aus müssen wir feststellen, daß die Investitionen nicht anspringen. Die Industrieproduktion und die Auftragslage ist weiter schlecht, die Exporterlöse sinken weiter, und die Insolvenzen nehmen zu.

Meine Damen und Herren! Die Jugendbeschäftigung ist für mich ein Spiegelbild der Wirtschaftspolitik, einer seit 1970 falschen Wirtschaftspolitik, die nun fortgesetzt werden soll. Ich weiß schon, daß Österreich keine Insel der Seligen ist, aber was wir seit vielen

Ing. Dittrich

Jahren immer wieder feststellen, ist doch, daß es eine sehr starke hausgemachte Belastungskomponente gibt.

Herr Bundesminister! Durch Ihre dauernde Ankündigungspolitik, die Sie seit vielen, vielen Jahren betreiben, sind Sie für die gesamte Wirtschaft zu einer echten und schweren Belastung geworden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Sie haben mit dieser Ihrer Vorgangsweise sehr wesentlich dazu beigetragen, daß wir ein so belastetes Wirtschaftsklima in Österreich haben.

Ich erinnere daran, daß wir monatelang — ich glaube, es waren fast eineinhalb Jahre — über die Verlängerung des Mindesturlaubes diskutiert haben. Herr Minister! Immer wieder waren es Sie, der mit einer Hartnäckigkeit sondergleichen dieses Thema betrieben hat. Es kam dann ja auch schließlich zur Beschlußfassung, obwohl viele Ihrer Kollegen gewußt haben, daß dieses Gesetz, das mit 1. 1. 1984 in Kraft tritt, für die Wirtschaft kaum verkraftbar sein wird, weil, wie Sie genau wissen, Herr Bundesminister, zu diesem Termin noch viele andere die Wirtschaft belastende Gesetze wirksam werden.

Sehr bezeichnend, aus heutiger Sicht gesehen, ist doch die Begründung des Herrn Bundeskanzlers, die Jahre 1981 bis 1983 waren beziehungsweise werden wirtschaftlich schwierig sein, folglich würde 1984 ein gutes Jahr werden und das wäre der richtige Termin für diese Einführung. — Heute wissen wir genau, daß das sicherlich nicht stimmt.

Herr Bundesminister! Da gibt es ununterbrochen Ihre Drohungen mit dem Lehrlingeinstellungsgesetz, mit dem Jugendeinstellungsgesetz und nun seit Monaten die Debatte um die 35-Stunden-Woche!

Meine Damen und Herren! Unsere Betriebe warten seit Monaten und ersehnen sich den sogenannten Silberstreif am Horizont einer leichten Konjunkturbelebung herbei.

Sie sind voll der Hoffnung und voll der Erwartungen, und man kann es auf deutsch etwa so formulieren: Die Stimmung ist besser als die tatsächliche Lage, denn alle Erwartungen, die sehr positiv getragen waren, haben sich in der Zwischenzeit zerschlagen oder verzögert. Weder von den Vereinigten Staaten noch von der Bundesrepublik Deutschland ist ein kräftiger Aufschwung zu erwarten. Die Steigerungsraten in gewissen Bereichen der Konsumgüterindustrie des Handels, meine

Damen und Herren, sind ausschließlich auf die monatelange Diskussion um die Sparbuchsteuer zurückzuführen. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Mir ist in der vergangenen Woche ein weiterer Hinweis auf die Unsinnigkeit dieser Sparbuchsteuer in die Hände gefallen, und zwar ein Auszug der Oesterreichischen Nationalbank zum Zeichnungsergebnis bei Anleihen von Jänner bis April 1983. Meine Damen und Herren, das ist erschreckend. Im Jänner, Februar war es noch so, daß man 45 bis 55 Prozent placieren konnte. Im März konnte man nur mehr 30 Prozent und im April nur mehr 16 Prozent der Anleihen placieren; 84 Prozent mußten von den Bankinstituten übernommen werden. Ich glaube, das ist ein ganz großes Alarmzeichen.

Jetzt möchte ich sagen, das Pflänzchen Konjunktur ist leider noch nicht sichtbar, und in dieses Erhoffen und Erwarten hinein tickt nun seit Monaten — und dies fast täglich — das Uhrwerk einer Bombe: die heißt 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich.

Ich kann Ihnen versichern, Herr Bundesminister, dieser Schock sitzt bei unseren Unternehmungen sehr, sehr tief. Es breitet sich Resignation aus, sodaß niemand mehr Überlegungen in Richtung Investitionen anstellt. Das sind keine leeren Behauptungen oder Phrasen. Überzeugen Sie sich durch ein kurzes Gespräch bei Bankinstituten, wie es in Richtung Vergabe von Investitionskrediten in Wirklichkeit aussieht! Die Banken sind überliquide und nicht in der Lage, entsprechende Kredite zu placieren.

Ich glaube, in diesem Zusammenhang muß man sich doch zwangsläufig eine Frage stellen: Sind diese ganzen Drohungen, Belastungsankündigungen ein Alleingang des Herrn Sozialministers, oder ist das sehr wohl mit dem Bundeskanzler besprochen und abgestimmt worden? Denn, Herr Bundeskanzler, Ihre Aussagen dazu: Man wird zunächst die Beschlüsse des Gewerkschaftsbundes abwarten, dann die Sozialpartner befragen, dann wird man überlegen — diese Ankündigung und diese Auskunft, Herr Bundeskanzler, sind der Wirtschaft in dieser kritischen Situation absolut zuwenig. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Ich darf Ihnen sagen, daß das Wirtschaftsklima so schlecht ist wie noch nie in den vergangenen Jahrzehnten. Und das ist das Ergebnis einer verfehlten und falschen Wirtschaftspolitik. Wir hören seit dem Wahlsonn-

Ing. Dittrich

tag nur von Ankündigungen neuer Belastungen in allen möglichen Variationen. Man spricht sogar davon, welche Belastungen sozial und welche unsozial sind. Aber von konkreten Einsparungen auch in Größenordnungen habe ich jedenfalls bis heute noch nicht gehört.

Dieses unerträgliche Wirtschaftsklima, das jede unternehmerische Motivation zerstört, dauert nun schon seit Jahren an. Und trotzdem waren und sind es immer wieder unsere zigtausend Unternehmungen, die Jahr für Jahr unseren Lehrlingen gute, solide und fachgerechte Ausbildung garantieren. Ich glaube, gerade heute bei dieser Debatte ist es richtig und notwendig, daß wir diesen vielen tausend Unternehmungen ein Dankeschön sagen. *(Beifall bei der ÖVP.)* Aus vielen eigenen Erfahrungen weiß ich, daß viele Unternehmungen in den letzten Jahren auf dem Gebiet der Lehrlingsausbildung sehr große Opfer gebracht haben. Ich persönlich kenne viele Firmen, die wesentlich mehr junge Leute ausgebildet haben, als dies für ihren Betrieb wirtschaftlich vertretbar gewesen ist.

Wir haben in den vergangenen Jahren das Problem der Lehrlingseinstellung lösen können. Es kam in Wien im vergangenen Jahr zur Wiener Lehrplatzförderungsaktion, nachdem wir drei Jahre danach vergebens gedrängt haben. Übrigens eine Initiative von uns, Herr Minister, das wissen Sie ja. Sie wird auch 1983/84 ihre Fortsetzung finden. Auf diese Weise werden wir das Problem der Lehrlinge auch selbst lösen können.

Herr Bundesminister, ich frage Sie: Was haben Sie sich dabei gedacht, als Sie beschlossen haben, für 680 Arbeitsplätze in der verstaatlichten Wirtschaft je 7 000 S pro Monat zur Verfügung zu stellen? Glauben Sie wirklich, daß das ein Anreiz für Tausende private Lehrherren ist, Lehrlinge auszubilden? Auch Sie, Herr Braun, wissen offensichtlich nicht, was die Ausbildung von Lehrlingen einem Unternehmer kostet. *(Abg. Braun: Wir wissen das sehr genau!)* Ich sage Ihnen jetzt als Unternehmer, der in den letzten Jahren fast 30 Lehrlinge in einem Fachberuf ausgebildet hat: Ich fühle mich durch diese Diskriminierung zutiefst beleidigt. Das sage ich Ihnen wortwörtlich! *(Zustimmung bei der ÖVP. — Abg. Braun: Da müssen Sie den Unterschied sagen! Das müssen Lehrwerkstätten sein, wo natürlich ganz andere Voraussetzungen bestehen!)*

Finden Sie es richtig, Herr Kollege Braun, daß die Lehrherren in der verstaatlichten

Industrie 84 000 S für die Lehrlingsausbildung bekommen und ein privater Lehrherr, der genauso ordentlich ausbildet, für die Lehrlinge im ersten oder zweiten Jahr 50 000 bis 60 000 S aus eigenem aufbringen muß? *(Abg. Braun: Wenn es dieselben Voraussetzungen sind, bekommt er die gleiche Förderung, hat der Herr Bundesminister gesagt!)*

Mich würde wirklich interessieren, was die Herren Präsidenten Czettel und Hesoun — es ist heute leider keiner da —, die ich wegen ihrer sachbezogenen Politik sehr schätze, zu dieser Entscheidung des Herrn Bundesministers sagen. Das ist die größte Diskriminierung gegenüber den anderen Lehrherren in Österreich, die man sich überhaupt vorstellen kann. Das ist für mich unerklärlich! *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Meine Herren! Wir brauchen auch keinen Berufsausbildungsfonds — wir lehnen diesen ganz entschieden ab. Ich darf Ihnen sagen: Die Wiener Wirtschaft hat in den vergangenen Jahren Beispielhaftes gerade in Richtung Unterbringung von Lehrlingen geleistet. Wir führen seit vielen Jahren die Woche der Berufsinformation im WIFI durch; sie kostete uns bisher 20 Millionen Schilling. Darüber hinaus führen wir Überbrückungskurse für jene Mädchen und Buben durch, die wir anfänglich nicht unterbringen konnten. *(Abg. Braun: Gemeinsam!)* Die Schnupperkurse gemeinsam. Auch eine Initiative der Wiener Handelskammer — mit dem Erfolg, daß wir nachher alle unterbringen konnten. Ich darf darauf hinweisen, daß wir dreisemestrige Seminare für Maturanten durchführen, um ihnen die Eingliederung in gewerbliche und kaufmännische Betriebe zu erleichtern.

Wir haben also sehr viel aktiv dazu beigetragen, dieses Problem der jungen Leute zu lösen. Denn für uns haben junge Leute ein moralisches Recht darauf, eine gute Ausbildung zu erfahren.

Die Situation bei den jungen Menschen zwischen 18 und 25 Jahren ist wesentlich schlechter. Die Lehrlingssituation wird sich in zwei Jahren so weit beruhigen, daß wir 1985, Herr Kollege Braun, laufen und bitten werden, Lehrlinge zu bekommen.

Anders ist es bei den Jugendlichen. Hier sehen wir große Schwierigkeiten — jetzt auch bei Abgängern kaufmännischer oder technischer Mittelschulen. Auch im Bereich der Fremdenverkehrsschulen haben wir heuer erstmalig Probleme.

Ing. Dittrich

Aber trotzdem: Durch Zwangsmaßnahmen, meine Damen und Herren, kann man keinen zusätzlichen Arbeitsplatz schaffen.

Bedenken Sie doch die Struktur unserer Betriebe: 92 Prozent der Wiener Betriebe sind Klein- und Mittelbetriebe mit durchschnittlich fünf bis acht Beschäftigten. Für einen 5-Mann-Betrieb kann ein sechster Beschäftigter bereits bedeuten, daß er rote Bilanzzahlen schreibt. Man kann also nicht per Gesetz mehr Arbeitsplätze dekretieren.

Herr Bundesminister! Sie haben auf Seite 10 Ihres Berichtes natürlich wieder mit einer Drohung eingesetzt: Nur wenn alle diese Maßnahmen nicht in ausreichendem Maße greifen, werden wir uns als ultimative Maßnahme mit der Schaffung eines Jugendeinstellungsgesetzes auseinandersetzen müssen.

Herr Bundesminister! Dazu muß ich Ihnen sagen: Ein Zwangseinstellungsgesetz würde doch bedeuten, daß es zu Lasten älterer Dienstnehmer geht. Was ist mit jenen 40- bis 50jährigen Mitarbeitern, die unverschuldet ihren Arbeitsplatz verloren haben? Ich glaube, das ist keine Lösung.

Und wenn Sie auf Seite 10 Bedenken anmelden, daß von 200 000 österreichischen Unternehmen nur 60 000 junge Leute ausbilden, so darf ich Ihnen auch darauf eine Antwort geben, Herr Minister. Viele Unternehmungen kommen von ihrer Struktur her überhaupt nicht in den Genuß, Lehrlinge ausbilden zu können, etwa 11 000 Taxiunternehmungen, 12 000 Trafikanten, 5 000 Garagen- und Tankstellenbesitzer, 5 500 Mineralöl- und Brennstoffhändler, um damit einmal eine große Zahl zu nennen.

Zum anderen wurde über Initiative der Arbeitnehmervertreter und mit Ihrer tatkräftigen Unterstützung, Herr Minister, das Sieb für die Zulassung von Lehrbetrieben immer undurchlässiger gemacht. Wenn man immer mehr Vorschriften produziert, die Hürden für die Lehrbetriebe darstellen, ist es eine reine Perfidie, der Wirtschaft auf der anderen Seite mangelnde Ausbildungsbereitschaft vorzuwerfen.

Meine Damen und Herren! Was soll ein Fremdenverkehrsbetrieb tun, der die Lehrlinge nur dann einsetzen darf, wenn keine Gäste im Haus sind? Oder: Was soll ein Elektriker oder Maler machen, dem man erklärt, der Lehrling darf aber keine Leiter besteigen? Diese Probleme muß man wegschaffen! Dann

kriegt man auch zusätzliche und mehr Lehrplätze. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich kann nur appellieren: Schaffen Sie ein wirtschaftliches Klima, das es den Unternehmungen erlaubt, zumindest mittelfristig wieder Überlegungen anzustellen! Schaffen Sie Voraussetzungen, daß Unternehmungen wieder in der Lage sind, Gewinne zu machen! Und schaffen Sie ein Klima des Vertrauens! Dann werden nämlich die Investitionen wieder anspringen als Garant für sichere Arbeitsplätze und Vollbeschäftigung. *(Beifall bei der ÖVP.)* 14.44

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächste zum Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Dr. Helene Partik-Pablé. Ich erteile es ihr.

14.44

Abgeordnete Dr. Helene **Partik-Pablé** (FPÖ): Sehr geehrte Damen und Herren! Hohes Haus! Es ist erschütternd für jeden von uns — für Sie sicher genauso wie für mich —, wenn man hier und dort Gruppen von offensichtlich unbeschäftigten Menschen sieht, darunter auch sehr viele Jugendliche, oder wenn man hört, daß sich der eine oder andere schon lange um einen Arbeitsplatz bemüht und keinen bekommen kann.

Nicht zuletzt haben auch die Vorfälle der vorigen Woche um das Jugendzentrum Gassergasse eine ihrer Wurzeln darin, was Thema des heutigen Parlamentstages, Thema des Berichtes des Herrn Sozialministers ist, nämlich in der Jugendarbeitslosigkeit. Dies führt uns doch recht deutlich vor Augen, welche Sprengkraft für unsere freiheitliche Gesellschaft aus diesem Sozialproblem erwachsen kann, wenn es tatsächlich wahr werden sollte, was nun auch schon in der jüngsten Wachstumsprognose zum Ausdruck gekommen ist, nämlich daß wir, wenn überhaupt, nur ein geringes Wirtschaftswachstum haben werden.

Glücklicherweise haben wir noch nicht die ganze Schärfe dieses Problems wie andere Länder. Aber bei einerseits niedrigen Wachstumsraten wie den prognostizierten, und andererseits bei den in nächster Zukunft auf den Arbeitsmarkt wieder verstärkt drängenden Jahrgängen könnte sich das Problem der Beschäftigung der jungen Menschen auch bei uns verschärfen.

Wie sieht nun der Arbeitsmarkt tatsächlich aus? Sie kennen die Zahlen genauso gut wie ich. Im Mai 1983 betrug die Anzahl der Arbeitslosen 109 000 Menschen und damit

Dr. Helene Partik-Pablé

3,9 Prozent. Der Anteil der Jugendlichen unter den Arbeitslosen beträgt 3,7 Prozent; das entspricht 28 000 Jugendlichen im Alter von 15 bis 25 Jahren. Besonders stark von der Arbeitslosigkeit betroffen — wir haben es heute schon gehört — sind die Mädchen im Alter zwischen 15 und 19 Jahren.

Österreich schneidet zwar im internationalen Vergleich günstig ab, denn die Jugendarbeitslosigkeit beträgt in der Bundesrepublik Deutschland 9 Prozent, in Großbritannien 20 Prozent, in Frankreich 21 Prozent, aber dennoch sind auch die Zahlen, die wir in Österreich haben, alarmierend.

Nach der Statistik waren im Juni 1983 von den Betrieben 21 000 offene Lehrstellen gemeldet — die Zahl der Lehrstellensuchenden betrug 40 000. Angesichts der allgemein bekannten Wirtschaftslage erscheint es schwer vorstellbar, wie in absehbarer Zeit von der Wirtschaft die große Zahl der verbleibenden Lehrstellensuchenden als Lehrlinge aufgenommen werden können, wenngleich bis Oktober ein weiterer Abbau der Lehrstellensuchenden prognostiziert werden kann.

Dazu kommt — wie heute auch schon angekündigt — daß es eine Dunkelziffer an versteckten Arbeitslosen gibt, sodaß die Jugendarbeitslosigkeit sicher höher ist als diese genannten 3,7 Prozent.

Viele Absolventen der berufsbildenden höheren Schulen und Maturanten der allgemeinbildenden höheren Schulen, die nicht auf die Universität gehen, finden heuer möglicherweise oder sogar wahrscheinlich keine Stelle, wenn nicht etwas unternommen wird.

Zusammenfassend kann man also sagen: Für die derzeitige Lage ist kennzeichnend, daß die wirtschaftliche Rezession weiter anhält, daß die Nachfrage nur geringfügig steigen wird, daß die Produktivität möglicherweise in zunehmendem Maße schneller ansteigen wird als die Produktion und damit das Wirtschaftswachstum, also eine Entspannung auf dem Arbeitsmarktsektor nicht zu erwarten ist.

In diesem doch eher düsteren Bild der Wirtschaft und Arbeitsmarktlage ist auch das Problem der Jugendarbeitslosigkeit zu sehen. Die Jugendarbeitslosigkeit ist ein Teil der allgemeinen Arbeitslosigkeit, aber dennoch sind die Jugendlichen ganz besonders benachteiligt. Sie sind nämlich in der Regel Berufsanfänger, sie sind arbeitsrechtlich und sozialrechtlich meistens nicht geschützt.

Die Arbeitslosigkeit der Jugendlichen ist eine Belastung, die sich auf das ganze spätere Leben der Jugendlichen verheerend auswirkt. Dabei liegt die Belastung sicher nicht so sehr im Materiellen, weil ja die Jugendlichen meistens keine Familie zu erhalten haben und häufig auch noch vom Elternhaus versorgt werden, sondern die Gefahr liegt darin, daß speziell eine länger dauernde Arbeitslosigkeit die gesamte soziale und persönliche Entwicklung beeinträchtigt. Denn der junge Mensch ist auch noch nicht so gefestigt, daß er eine Krise überwinden kann, und er verfügt noch nicht über die seelische Reife, diese Problematik zu verarbeiten und Lösungsmöglichkeiten zu finden.

Eine besondere Risikogruppe unter diesen Jugendlichen ist die, die aus desolaten Familienverhältnissen kommt und dazu noch eine schlechte Schullaufbahn hat. Gerade diese Gruppierungen sind besonders anfällig für das, was man so allgemein die „schiefe Bahn“ nennt. Das Problem ist, daß sie weder durch die Familie noch durch einen Arbeitsplatz abgesichert sind.

Wir müssen also die Jugendarbeitslosigkeit weiterhin im Griff behalten, denn sonst kann dies nachhaltige Folgen für die politische und soziale Stabilität unseres Staates haben.

Andererseits braucht die Gesellschaft auch die Mitarbeit und das Engagement der jungen Generation. Es kommt dazu, daß die hochindustrialisierte Volkswirtschaft hochqualifizierte Nachwuchskräfte auf allen Ebenen benötigt, wenn sie im internationalen Wettbewerb bestehen will.

Während wir heute nicht wissen, wie wir genügend Lehrplätze für die Jugendlichen schaffen können, besteht Ende der achtziger Jahre, wenn die geburtenschwächeren Jahrgänge in das Erwerbsleben treten, die Gefahr, daß die Zahl der Arbeitskräfte dann zurückgehen wird und wir zuwenig hochqualifizierte Facharbeiter und andere qualifizierte Arbeitskräfte haben werden. Dies muß heute auch gesehen werden. Auch aus diesem Grunde ist es wichtig, Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit zu ergreifen, um aus den heute vielleicht zu viel erscheinenden Jugendlichen die morgen benötigten Facharbeiter zu machen.

In diesem Zusammenhang muß auch befürchtet werden, daß — früher, als auf der Grundlage der demographischen Entwicklung allein hätte erwartet werden können — in den Betrieben ein deutlich spürbarer Mangel an

Dr. Helene Partik-Pablé

Lehrstellenbewerbern zu erwarten sein wird. Derzeit wird dieser Effekt noch von dem beachtlichen Rückfluß aus weiterführenden Schulen abgefangen.

Als Folge der beschriebenen generellen Höherqualifizierung mag eine Auswirkung insofern resultieren, als das schulische Leistungsniveau der Lehranfänger absinkt. Derzeit bilden die Repetenten in der Gruppe der Lehranfänger einen Anteil von fast 30 Prozent.

Eine weitere Gefahr könnte auch darin bestehen, daß die Jugendlichen nach Absolvierung der Hauptschule beziehungsweise der allgemeinen Schulpflicht ihre Berufswahlentscheidung relativ leicht auf eine Schullaufbahnentscheidung reduzieren und in der Folge Qualifikationen erwerben, die auf Grund der skizzierten generellen Niveauverschiebung nach oben und des korrespondierenden Qualifikationsangebots am Arbeitsmarkt keineswegs jene Chancen einer bildungsadäquaten Beschäftigung zu bieten brauchen, wie sie momentan noch bestehen mögen.

Dies bedeutet, daß wir einen Teil der Probleme der Jugendarbeitslosigkeit auch als Problem des Bildungswesens begreifen sollen und daß gerade heute mehr das berücksichtigt werden sollte, was wir Freiheitlichen schon seit jeher gesagt haben. Nämlich, daß eine gute Sozialpolitik auch eine gute Bildungspolitik ist.

Das sind hier jedoch Nebenbemerkungen, die bereits über die heute zu behandelnden Punkte hinausgehen.

Vorderhand liegt uns ein Bericht des Herrn Bundesministers für soziale Verwaltung vor, der wirksame Maßnahmen zur Sicherung der Jugendbeschäftigung vorsieht. Diese Maßnahmen, die hier ergriffen werden sollen, sind sicher nur einige Schritte von vielen, die noch in Zukunft gesetzt werden müssen, um jenes Versprechen zu verwirklichen, das nicht nur wir Freiheitlichen in unserem Parteiprogramm stehen haben, sondern das auch die übrigen Parteien dieses Hauses in ihrem Programm abgelegt haben. Ein Versprechen, welches auch aus der Verfassung her geboten erscheint, nämlich gerade den jungen Menschen ein Recht auf Arbeit und Existenzgründung zu sichern.

Zu diesem Zweck sieht der Katalog der Bundesregierung die Beschäftigung zusätzlicher Jugendlicher im Bundesdienst vor, und

zwar ist vorgesehen, 800 Jugendliche zusätzlich aufzunehmen.

Aber sehr wichtig für uns Freiheitliche ist, daß die Förderung von Lehrstellen auch für die weiblichen Lehrlinge geschaffen wird. Sowohl bei Burschen als auch bei Mädchen wird nämlich der Lehrberuf nach geschlechtsspezifischen Kriterien ausgewählt. Bei Mädchen wirkt sich das besonders drastisch aus, und zwar sind Mädchen bei ihrer Berufswahl auf nur einige Lehrberufe beschränkt. Wegen der starken Konzentration auf Frauenberufe gibt es wenig Ausweichmöglichkeiten. Bedenken wir, daß sich 82 Prozent aller weiblichen Lehrlinge auf fünf Ausbildungsberufe konzentrieren. 40 Prozent der Mädchen werden als Einzelhandelskaufmann ausgebildet.

Hier sieht der Katalog der Bundesregierung vor, daß 500 Lehrstellen für Mädchen in mehr als 60 Lehrberufen mit bisher geringem Frauenanteil mit Beihilfen in derselben Höhe wie bei den zusätzlichen Lehrstellen gefördert werden.

Aber, meine Damen und Herren, das Grundrecht auf Ausbildung und Arbeit muß auch für jene gelten, die arbeitsmarktmäßig besonders benachteiligt sind, und zwar muß das Recht auf Arbeit auch für die jugendlichen Behinderten gelten. Da müssen ganz besondere Anstrengungen gesetzt werden. Gerade für die jugendlichen Behinderten ist die Eingliederung ins Berufsleben besonders schwer. Andererseits brauchen diese Personengruppen das positive Erlebnis, in einem Arbeitsverhältnis zu stehen, ins Arbeitsleben integriert zu sein, sehr viel mehr als gesunde Menschen. Sie brauchen das Gefühl, eine Aufgabe zu haben — mehr als andere Menschen.

Ich bitte Sie, meine Damen und Herren, eines zu bedenken: Die Lage eines Arbeitslosen ist sicher hart und unerfreulich; die Lage eines jugendlichen Arbeitslosen ist überdies noch labil; aber die Lage eines arbeitslosen Behinderten ist praktisch aussichtslos. Und deshalb ist es ganz besonders zu begrüßen, daß in dem Bericht der Bundesregierung für diese unverschuldet in Not geratenen jungen Menschen gezielte Maßnahmen zugesagt werden. Ich halte es für gerechtfertigt und angebracht, daß diese behinderten Jugendlichen mehr gefördert werden als die gesunden.

Zu der schon erwähnten geringen Mobilität der arbeitenden Jugendlichen im Hinblick auf die Fixierung auf geschlechtsspezifische Lehrberufe kommt auch noch eine geringe Bereitschaft, einen Arbeitsplatz außerhalb

Dr. Helene Partik-Pablé

des Wohnortes anzunehmen. Daß hier gezielte Maßnahmen gesetzt werden durch finanzielle Unterstützung, ist wünschenswert und gutzuheißen.

Aus dem Maßnahmenkatalog, aus dem ich einige Punkte zitiert habe, ist zu ersehen, daß die Bundesregierung bereit ist, ihr Versprechen, das sie in der Regierungserklärung abgegeben hat, konsequent durchzuführen. In der Regierungserklärung wurde betont, daß die Vollbeschäftigung Vorrang haben wird und verhindert werden muß, daß in Österreich die Jugendarbeitslosigkeit zu einem größeren Problem wird.

Es ist völlig falsch, meine Damen und Herren, wenn Herr Dr. Mock sagt, daß die Bundesregierung die Arbeitslosigkeit nicht so ernst nimmt, wie es die ÖVP gerne hätte. Denn wir dürfen ja nicht vergessen: Einen Monat, nachdem die Bundesregierung installiert wurde, hat bereits der Herr Bundesminister ein Konzept vorgelegt mit einem sehr ausführlichen Maßnahmenkatalog. (Beifall bei FPÖ und SPÖ. — Abg. Dr. Mock: Die Konvertiten sind immer die Engagiertesten, Herr Bundesminister!)

Meine Damen und Herren! Das ist nur billige Effekthascherei, wenn Sie solche Angriffe starten. Das steht ja auch nicht im Einklang mit Ihrem Antrag und mit Ihren Äußerungen, die Sie in diesem Antrag gemacht haben, denn in Ihrem Antrag haben Sie ja gesagt, daß Sie alles tun werden, um die Bewältigung dieses Problems in Angriff zu nehmen. (Abg. Dr. Mock: Darf ich Sie nur darauf hinweisen, daß die ÖVP am 15. Juni einen Antrag eingebracht hat, Frau Dr. Partik!)

Wir begrüßen es, daß Sie so einen Antrag eingebracht haben (Abg. Dr. Mock: Das habe ich nicht erwartet!), wenn wir auch nicht mit allen Ihren Forderungen einverstanden sind. Schon deshalb nicht, weil viele dieser Maßnahmen bereits verwirklicht sind, die Sie vorgeschlagen haben. (Abg. Dr. Mock: Ach so?) Ein Großteil davon ist durch die Arbeitsmarktwirtschaft durchgeführt worden. (Abg. Dr. Mock: Das ist etwas ganz Neues!) Aber es besteht ja ausreichend Gelegenheit, sich im Ausschuß darüber zu unterhalten, und ich hoffe, daß dort sachlicher argumentiert wird als hier. (Abg. Dr. Lichal: Alle Verteidigungsreden muß jetzt die Frau Doktor halten! Die ist arm dran! — Präsident Dr. Stix übernimmt den Vorsitz.)

Meine Damen und Herren! Daß es ange-

sichts der schlechten Aussichten für einen Wirtschaftsaufschwung natürlich wünschenswert und erforderlich wäre, mehr Geld für die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und gleichzeitig auch für die Ankurbelung der Wirtschaft einzusetzen, so wie die ÖVP das offensichtlich in ihrem Antrag anstrebt, ist uns allen klar. Aber die Mittel sind eben jetzt knapp, und zwar aus Gründen, die die jetzige Regierung nicht zu verantworten hat. Das wissen Sie ja auch, meine Damen und Herren von der Opposition. (Abg. Dr. Mock: Wir wissen viel, das ist richtig!) Das ist eine Tatsache, und nur von solchen Tatsachen sollten wir uns bei unseren Überlegungen leiten lassen. (Abg. Dr. Mock: Jawohl!) Weil eben solche Zeiten, wie wir sie jetzt haben, gekommen sind ... (Abg. Dr. Lichal: Warum sind sie gekommen?) Das haben wir nicht zu verantworten. (Abg. Dr. Mock: Dann verteidigen Sie es auch nicht! — Abg. Dr. Lichal: Das ist billig!) Die jetzige Regierung hat ja einen Maßnahmenkatalog vorgelegt. Jedenfalls ist es Zeit für alle Parteien dieses Hauses, bei der Lösung der dringenden Probleme konstruktiv zusammenzuarbeiten. (Beifall bei FPÖ und SPÖ.)

In diesem Sinne sind wir auch dafür, daß die Maßnahmen, die der Herr Bundesminister in seinem Bericht genannt hat, auch voll durchgezogen werden.

Herr Dr. Mock, Sie haben dem Herrn Bundesminister vorgeworfen, daß er Pessimismus verstreut. (Abg. Graf: Der traut sich was!) Aber im Grunde genommen verstreuen ja Sie den Pessimismus, Herr Dr. Mock. (Zustimmung bei FPÖ und SPÖ.) Sie, Herr Dr. Mock, sagen, es sei alles schlecht, es sei alles zuwenig, es sei alles zu spät. (Widerspruch bei der ÖVP.) Aber natürlich haben Sie es gesagt. (Abg. Dr. Lichal: Das war der Dr. Haider! Kennen Sie den Dr. Haider?) Ja, den kenne ich sehr gut.

Es ist sicherlich zu viel verlangt, wenn man von der Opposition will, daß sie die Regierung lobt. Aber es ist auch nicht richtig, daß Sie überhaupt nichts Positives an solch einem Maßnahmenkatalog finden. Und ich würde Sie schon bitten, daß Sie nicht alles negativ darstellen, denn das bringt uns wirklich kein Jota weiter. Die Wirtschaft braucht Optimismus — das sollte doch gerade die ÖVP ganz genau wissen! (Beifall bei FPÖ und SPÖ.) 15.02

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Karas. Ich erteile es ihm.

15.02

Abgeordneter **Karas** (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Ich möchte mich zuerst beim Abgeordneten Braun, der leider jetzt nicht da ist, bedanken, daß er mir bei meiner ersten Rede in diesem Haus die Möglichkeit gegeben hat, sofort etwas zu einem bestimmten politischen Stil zu sagen.

Ich habe im Österreichischen Bundesjugendring das Problem der Arbeitslosigkeit unter uns jungen Menschen zur wichtigen Frage erklärt, weil es eine wichtige Frage ist (*Beifall bei der ÖVP*) und weil ich mir als Benjamin dieses Hauses in anderen Vereinigungen nicht die wesentlichen Maßnahmen durch reine Prestigeforderungen kaputtmachen lasse.

Aus diesem Grund hat die Junge ÖVP, vertreten durch meine Person, eine Sitzungsunterbrechung verlangt. Sie war es, die verlangt hat, daß aus den verschiedenen Anträgen, unter denen kein einziger von den sozialistischen Jugendorganisationen war — das ist auch bezeichnend —, die ideologischen Sprücheklopfer herauskommen und die Gemeinsamkeiten zu einem Beschluß kommen, damit wir der Sache nützen. Bei diesem Stil werde ich bleiben. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Aber ich wollte die heutige Rede mit etwas anderem beginnen. Die Arbeit, meine Damen und Herren, stellt eine fundamentale Dimension menschlicher Existenz auf Erden dar. Dieser Satz gilt nicht nur für die Industriegesellschaft, sondern dieser Satz galt schon vor Jahrtausenden, als er im ersten Buch Moses, in der Genesis, geschrieben wurde. Arbeit — und das sollten wir uns bei einer solchen Debatte vor Augen halten — ist nicht nur eine materielle ... (*Zwischenrufe des Abg. Samwald.*) Herr Kollege, darf ich Ihnen gleich am Beginn meiner Ausführungen etwas sagen: Die Arbeitslosigkeit unter uns jungen Menschen werden wir nicht durch Zwischenrufe beseitigen können, sondern nur durch gemeinsames Handeln. Ich bitte Sie darum. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Arbeit ist nicht nur materielle Absicherung — und das scheint mir hier heute beim Zahlenspiel zu kurz gekommen zu sein —, sondern ist für viele und vor allem junge Menschen Sinngebung für menschliches Leben. Ich möchte diesen Gedanken an den Beginn stellen, weil ich glaube, daß er genau im Bericht des Sozialministers fehlt.

Bei seinem Bericht ist mir ein anderes Bild eingefallen. Wer versucht, sich den Weg zum Zahnarzt dadurch zu ersparen, daß er schmerzstillende Tabletten nimmt, muß in der Regel sehr rasch erkennen, daß die kurzfristige Betäubung das Problem nicht beseitigen kann. Herr Bundesminister, Ihr Bericht scheint mir eine schmerzstillende Tablette zu sein, die auch in den letzten Jahren noch nicht gewirkt hat. Daher ist er für mich als ein junger Mensch etwas Enttäuschendes. Darüber können auch nicht die statistischen Zahlenspielerereien und die regierungsamtlichen Beschwörungsformeln, es gehe uns doch ein bißchen besser als denen im Ausland, hinwegtäuschen, da nahezu jeder dritte arbeitslose Mensch ein junger Mensch unter 25 Jahren ist.

Herr Minister, ich frage Sie: Warum verschweigen Sie uns die Entwicklung der Mikrozensususerhebungen? Ich frage Sie: Warum verschweigen Sie uns, daß nicht jeder dritte, sondern fast jeder zweite — 43 Prozent — dieser verdeckten, ja ich möchte fast sagen, versteckten arbeitslosen Menschen Jugendliche unter 25 Jahren sind? Warum verschweigen Sie uns, daß mehr als die Hälfte dieser arbeitslosen Jugendlichen bereits länger als drei Monate nach einer Beschäftigung suchen? Und ich füge hier gar nicht die Tausenden Menschen hinzu — nicht nur junge —, die aus ihrer Familie, aus ihrer Umwelt, aus ihrer Gemeinschaft, aus ihrem Freundeskreis herausgerissen wurden, weil sie im Ballungsraum, der von Ihnen bevorzugt wird, Arbeitsplätze gesucht haben.

Ich glaube, es ist an der Zeit, daß wir endlich aufhören, nur mit Zahlen zu operieren. Ich will in diesem Bereich nicht mehr Vergleiche als Argumentation hören, die unsere Situation verniedlichen. Wir sollten uns diese Zeit aufsparen, um darüber nachzudenken, wie wir diese Situation bereinigen, und nicht, wie wir sie mit Zahlenspielerereien beschönigen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Wir stehen vor der Situation — und wir haben gar keine Zeit mehr —, daß im Juni 100 000 Schulabgänger einen Arbeitsplatz brauchen, daß bis zum Jahre 1985/1986, wo dann durch die Schwächung der geburtenstarken Jahrgänge eher ein Abgang zu verzeichnen ist, über 30 000 bis 40 000 Menschen mehr in den Arbeitsprozeß einströmen werden, als aus dem Arbeitsprozeß ausscheiden.

Ich glaube, diese Hunderttausende — ich möchte keine Zahlen nennen, weil wir unterschiedliche haben —, diese Arbeitslosen

Karas

haben zur Stunde einfach ein Recht darauf, daß wir ihnen die Wahrheit sagen, daß wir nicht dramatisieren, daß wir ihnen eine ehrliche Analyse geben und daß sie mit keinen falschen Vorstellungen aus der Schule kommen. Diese jungen Menschen, die hunderttausend jährlich, wollen keine Situation vorgegaukelt bekommen. Sie wollen keine enttäuschten Hoffnungen. Sie wollen die Wahrheit wissen. Ich appelliere daher an Sie: Dramatisieren wir nicht, verniedlichen wir nicht, machen wir eine nüchterne Bestandsaufnahme, und nehmen wir doch die heutige Debatte zum Anlaß für ein echtes Ringen um gemeinsame Maßnahmen! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vielleicht obliegt es gerade dem Jüngsten, einmal etwas zu sagen, worin sich viele von uns nicht hineinendenken können: was Arbeitslosigkeit gerade unter den jungen Menschen bedeutet. Leistungsbereitschaft und Fleiß unserer Bevölkerung und die Leistungsfähigkeit unserer sozialen Marktwirtschaft haben es ermöglicht, daß heute Arbeitslosigkeit in Österreich nicht unmittelbar mit wirtschaftlicher Not und Hunger verbunden ist. Für viele arbeitslose Jugendliche, Hohes Haus, wiegt das verletzte Eigenwertgefühl, die Erfahrung, nicht gebraucht zu werden, wohl noch schwerer als die wirtschaftliche Komponente. Und im Vordergrund der Jugendarbeitslosigkeit steht das Einzelschicksal. Denn für uns junge Menschen, die 15- bis 25jährigen, von denen wir heute reden, ermöglicht der Eintritt in Ausbildung und Beruf gesellschaftliche Integration, Orientierung, die Möglichkeit der individuellen Lebensgestaltung, Erfolgserlebnisse durch Wertbestätigung und die Festlegung der eigenen Persönlichkeit. Wird durch eine falsche Wirtschaftspolitik oder durch ein zu spätes Handeln oder Statistikzitiere dies den jungen Menschen verweigert, führt es zu Privatismus, Vereinzelung, Vereinsamung, Aussteigermentalität. Oft genug werden Alkohol, Drogen und Kriminalität als einzige Auswege gesehen.

Und ich glaube, daß, wie wir hier sitzen, alle Parteien dies nicht wollen. Daher dürfen wir nicht nur reden, sondern wir müssen auch handeln. Wir dürfen nicht Vergleiche, die verniedlichen, hervorzaubern, sondern wir sollten eine nationale Anstrengung quer durch alle Parteien machen, damit wir nicht jährlich den Hunderttausenden Schulabgängern nur mit einem Bericht des Sozialministers weitere Hoffnungen geben, womit ja auch in der Vergangenheit nichts erzeugt wurde. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Hohes Haus! Das Problem der Jugendar-

beitslosigkeit offenbart sich jedoch nicht nur in der Summe der Einzelschicksale. Durch diese Frustration, mit der Jugendliche in die sogenannte Erwachsenenwelt eintreten, geht das Vertrauen in das System verloren. Erschüttertes Vertrauen und fehlende gesellschaftliche Integration führen zu Bindungslosigkeit, zu ethischer und politischer Gleichgültigkeit, zu negativen Einstellungen gegenüber Arbeit und Leistung und zu Zukunftsangst. Wer von uns laufend mit jungen Menschen zu tun hat, weiß — ich wollte zuerst hier Briefe zitieren, aber Sie werden sie genauso erhalten wie ich —, daß dieser soziale Sprengstoff Auswirkungen auf unsere freiheitliche demokratische Grundordnung haben wird.

Und aus diesem Grund verlange ich von Ihnen, Herr Bundesminister, und von der gesamten Regierung, daß Sie den Mut und die Courage haben, eigene Fehler einzugestehen, endlich den Kurswechsel einzuleiten, endlich nicht nur zu konservieren, sondern Neues zu schaffen, und endlich nicht nur zu verniedlichen, sondern über alle Parteigrenzen, außerhalb Ihres ideologischen Schrebergartens gemeinsame Verhandlungen zu ermöglichen. Nur dann werden wir es schaffen! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vor einigen Jahren — und ich zitiere ihn jetzt ganz bewußt — hat Josef Taus — den Sie von dieser Bank aus sehr oft als Schwarzmalen und als jemand bezeichnet haben, der etwas sagt, was nachher nicht eintritt; einstweilen ist jeder Österreicher draufgekommen, daß es gut gewesen wäre, Ohren und Augen bei seinen Reden offenzuhalten — gesagt: „Wer die Leistung tötet, tötet die Freiheit, tötet den schöpferischen selbstbewußten Menschen. Das hat nichts damit zu tun, daß dem Schwachen geholfen werden muß, daß niemand ausgebeutet werden darf, sondern das liegt einfach in unserer Natur. Wenn wir überleben wollen, müssen wir leisten, müssen wir arbeiten.“ Und ich füge hinzu: müssen wir arbeiten können.

Meine Damen und Herren! Neue Steuern, Zwangsgesetze, die vorrangige Behandlung der Ballungszentren und die Verniedlichung der Problematik ist nicht jene Grundvoraussetzung, die eine Regierung zu schaffen hat, damit sich Leistung lohnt und damit der einzelne seine Wertschöpfung, seine Bildungswilligkeit und seine Leistungskraft auch tatsächlich umsetzen kann. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich gebe aber zu, daß die Betroffenheit der Jugendlichen sehr unterschiedlich ist; einer-

Karas

seits je nach Ausbildungsstand, andererseits aber auch vor allem regional. Am stärksten betroffen sind ungelernte Arbeitskräfte, hier insbesondere Mädchen in Problemregionen. Relativ am besten ist die Situation — das haben wir alle heute schon gehört — im Bereich der Lehrlinge.

Und trotzdem frage ich mich, wie man es zulassen konnte, daß, obwohl die verstaatlichte Industrie von diesem Haus Milliardenbeträge zugeschossen bekommt, zum Beispiel allein in Oberösterreich von 1977 bis jetzt die Chemie-Linz 84 Lehrlinge abgebaut hat, die EBG 105 Lehrlinge abgebaut hat, die VOEST-Alpine minus 264 Lehrlinge hatte, Steyr-Daimler-Puch 89 Lehrlinge weniger hatte, die Chemiefaser Lenzing 30 Lehrlinge abgebaut hat.

Ich frage mich, wie man so etwas zulassen konnte, wo doch hier Zuschüsse beschlossen werden. Und auf der anderen Seite werden die Klein- und Mittelbetriebe und der ländliche Raum, die dem einzelnen Menschen den Arbeitsplatz in seiner Nähe, bei seiner Familie, in seiner Umgebung es ermöglichen, was auch der Erhaltung der Kultur- und Erholungslandschaft dient, mit immer neuen Steuern belastet.

Meine Damen und Herren! Ich möchte auch eines hier sagen: Es ist für mich unverständlich, daß gerade angesichts einer solchen Situation die sozialistische Bundesregierung am 16. Dezember 1982 den Antrag auf Einführung einer Pendlerbeihilfe, den sie drei Jahre schubladisiert hatte, geschlossen abgelehnt hat, obwohl doch jeder weiß, daß der Zwang zum Tages- oder Wochenpendler zusätzliche Belastungen für den einzelnen und für die gesamte Familie beinhaltet.

Rasant verschlechtert hat sich die Situation für Absolventen von Handelsschulen und anderen berufsbildenden mittleren Schulen, vor allem aber auch für Maturanten. Absolventen von allgemeinbildenden höheren Schulen haben derzeit fast überhaupt keine Möglichkeit, unmittelbar ins Berufsleben einzusteigen. Auch HTL- und Handelsakademieabsolventen haben allergrößte Probleme.

Hohes Haus! Unbestritten ist auch für mich, daß die Jugendbeschäftigung nicht getrennt gesehen werden kann von der allgemeinen Wirtschaftslage und deren Entwicklung. Ich kann es deshalb nur als eine gefährliche Drohung werten, wenn als zentrale Aussage der Regierungserklärung diese Regierung verkündet, den österreichischen Weg unbeirrt

weiterzugehen, was ja der heutige Bericht eindeutig gezeigt hat. Die elf Zeilen in der Regierungserklärung und diese Ankündigung sind für mich als junger Mensch eine Drohung, sind für uns herbe Enttäuschung, denn Weitertun wie bisher bedeutet gerade für uns Jugendliche das Auftürmen von fast unüberwindlichen Belastungen, die uns immer mehr zu Lasteseln für Problemberge Ihrer Politik, Ihrer Regierung machen.

Ich denke an die Staatsschulden, ich denke an die Versprechungen, die jetzt einfach so in Bausch und Bogen gegeben werden, die wir Jungen einmal einzulösen haben. Ich denke an die Großprojekte, wie AKH, Konferenzzentrum und vieles darüber hinaus. Ich denke daran, daß die Lebensqualität großer Teile der Bevölkerung immer mehr durch Beton-saurier und Umweltverschmutzung beeinträchtigt wird.

Meine Damen und Herren! Solches Handeln und als einzige Lösung immer neue Steuern auf die Bevölkerung niederprasseln zu lassen, entspringt einem Geist eines egoistischen Wachstumsdenkens um jeden Preis. Ich glaube, daß es an der Zeit ist, darüber nachzudenken: Wachstum wie, Wachstum wodurch?, weil es zweifelsohne neue Bedürfnisse in der Bevölkerung gibt, die eine Chance geben, neue Arbeitsplätze für junge Menschen zu schaffen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Trotz einiger Zwischenrufe, meine Damen und Herren, lassen wir Jungen uns auch nicht einreden, daß die Wirtschaftskrise vielleicht allein deshalb entstanden ist, weil eine Sättigung der Bedürfnisse eingetreten sei. Es ist wohl eher ein Mangel an Phantasie und wirtschaftspolitischen Realismus bei der Regierung selbst. Denn wir Jungen sind optimistisch, wir Jungen sind ideenreich, wir Jungen sind zweifelsohne eine sehr kreative Generation. Ich glaube, daß es an der Zeit ist, sich dieser neuen Bedürfnisse, die von uns artikuliert werden, im Umweltschutz und in anderen Bereichen, anzunehmen und uns nicht laufend mit enttäuschten Erwartungen zu frustrieren.

Bei genauerem Hinsehen zeigt sich nämlich, daß allein 300 000 Wohnungen in Österreich verbessert und erneuert werden müssen. Dieser Bedarf entspricht in etwa dem Wiederaufbaubedarf nach dem Zweiten Weltkrieg. Zehntausende Jugendliche und Jungfamilien können sich keine angemessene Wohnung leisten. Der Regierung fällt dazu nur ein Startwohnungsgesetz ein.

Karas

Im Bereich des Umweltschutzes könnten in kürzester Zeit rund 30 000 Arbeitsplätze neu geschaffen werden. Im Bereich von Recycling und Energiesparmaßnahmen wären viele Tausende rentable Arbeitsplätze zu schaffen — Arbeit für viele Menschen, Hoffnungen auf eine lebenswertere und bessere Zukunft.

Ich frage mich, und ich verlange es hier: Warum hat die Bundesregierung nicht das Energiekonzept geändert und endlich statt der Atomenergie den Energiesparmaßnahmen Priorität beigemessen? Warum schauen Sie zu, daß in Zwentendorf jährlich 70 bis 100 Millionen Schilling Konservierungsmittel hineingebuttert werden, anstatt dieses Geld für Biomasse, Wärmedämmung und andere Bereiche, wo neue Arbeitsplätze geschaffen werden, zu investieren? Ich frage mich, warum haben Sie noch nichts getan ... (Abg. Peter: Sagen Sie das dem Sallinger und dem Dittrich!)

Unsere Partei, Herr Klubobmann Peter, hat sich immer an das Volksabstimmungsergebnis vom 5. November 1978 gehalten. Es gibt einen Beschluß des Bundesparteitages der Österreichischen Volkspartei — ich übermittle ihn Ihnen gerne —, der diesem demokratischen Entscheid der Bevölkerung Rechnung getragen und in der Energiepolitik dem Energiesparen und anderen Maßnahmen den Vorrang gegeben hat. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich frage mich, wie Sie dem Bau des Konferenzentrums einfach so zuschauen konnten und warum Sie der Landwirtschaft nicht schon lange die Möglichkeit gegeben haben, Biosprit zu erzeugen, was für viele Arbeiter in der Landwirtschaft den Zwang genommen hätte, in den Nebenerwerb gehen zu müssen, wo die Situation auch schon angespannt ist.

Meine Damen und Herren! Eine Hoffnung liegt in diesen Bereichen und in der Chance und dem Optimismus, der nur angepackt werden muß. Es ist sicherlich nicht einfach. Dies ist eine Hoffnung, die aber nur Wirklichkeit werden kann, wenn Initiative und Engagementbereitschaft des einzelnen wieder ermutigt werden und sich Leistung wieder lohnt. Verniedlichen und bagatellisieren wir diesen Bereich nicht!

Ich bitte Sie, tun Sie alles, damit die Anträge der Volkspartei auch in die Tat umgesetzt werden! Ich glaube, daß es viele Bestandteile der Gemeinsamkeit gibt, und diese Maßnahmen müssen wir im Sinne der Hunderttausend endlich in Angriff nehmen. Wir haben keine Zeit.

Ich möchte daher gerade an dieser Stelle eines sagen: Auch von uns Jugendlichen selbst — das soll keine Rede gegen irgend jemand sein — gilt, in erster Linie zu fordern, daß wir nicht stumm bleiben. Wer schweigt, der wird regiert. Sie können sicher sein, daß wir nicht schweigen werden. Nehmen Sie den Menschen nicht den Glauben, daß die Politik, wie sie jetzt gemacht wird, nicht veränderbar ist. Machen Sie den Menschen nicht Angst, indem Sie sagen: Die neuen Technologien räumen die Arbeitsplätze weg. Ohne die sofortige Einführung der Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich gibt es keine Arbeit für euch. Sagen Sie ihnen nicht: Wir haben so viel hineingebuttert, daher muß das herauskommen, denn es ist in den letzten Jahren nicht sehr viel herausgekommen.

Nehmen Sie zur Kenntnis, daß es keine Lösung ist, daß wir es nicht als Lösung ansehen, uns nur zu Zeitsoldaten machen zu wollen oder auf einmal zu glauben, daß jeder junge Mensch ein Beamter werden will. Das ist kein Angriff, aber so schauen die beiden Stoßrichtungen aus. Das geht im wesentlichen am Ideenreichtum und der Chance der jungen Menschen vorbei. (Beifall bei der ÖVP.)

Wir Jungen sind leistungsbereit und bildungswillig. Was uns fehlt, ist, daß wir jungen Menschen uns mehr als bisher in unsere eigenen Angelegenheiten hineinmischen und selbst die Chance dafür bekommen, daß wir erkennen, daß nicht alles vorgedacht und vorgesorgt wird, sondern daß auch wir jungen Menschen selbst initiativ werden.

Hohes Haus! Das Problem der Arbeitslosigkeit ist nicht ohne vermehrte Anstrengungen der Wirtschaft zu lösen. Deshalb richte ich auch hier an dieser Stelle meinen besonderen Appell an die Wirtschaft, noch mehr Anstrengungen als bisher zu unternehmen, damit wir die Beschäftigungsprobleme endlich in den Griff bekommen können. Insbesondere bei Betriebsneugründungen sollten verstärkt Jugendliche eingestellt werden. Es wäre auch wünschenswert, im Jugendlichen nicht nur eine billige Arbeitskraft zu sehen, sondern auch zu berücksichtigen, daß eine fundierte und gute Berufsausbildung die Lebenschancen des Jugendlichen nachhaltig beeinflusst.

Mehr zwischenbetriebliche Kooperation und verstärkte Partnerschaft könnten vor allem Klein- und Mittelbetrieben helfen, konkurrenzfähiger im Export zu sein und damit neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Karas

Krisen können nur bewältigt werden, wenn die Kräfte aller Beteiligten mobilisiert werden. Deshalb müssen vor allem auch aus der Wirtschaft — und Sie müssen die Voraussetzungen dafür schaffen — Optimismus für die Zukunft und erhöhte Investitionsbereitschaft kommen, denn nur durch unternehmerische Initiative und Beweglichkeit werden die notwendigen Initiativen entstehen können.

Meine Damen und Herren! Die hunderttausend Schulabgänger stehen vor uns. Ich sage es noch einmal: Wir haben keine Zeit! Daher sollte jeder die Voraussetzungen schaffen, und alle Beteiligten sollten bis an die Grenze ihrer Möglichkeit gehen, damit diese hunderttausend junge Menschen nicht auf der Straße stehen.

Lassen Sie mich zum Schluß noch einige Maßnahmen nennen. Die erste ist ein Abbau unnötiger Reglementierungen und die großzügige Förderung von Existenz- und Unternehmensgründungen. Ich sehe nicht ein, warum ein Lebensmitteleinzelhändler neben den normalen Gesetzen noch 54 Sondergesetze und 69 Verordnungen haben muß. Dieser bürokratische Dschungel tötet sehr oft die Initiative von jungen Leuten, die einfach einen Bioladen, ein kleines Unternehmen oder etwas ähnliches aufmachen wollen.

Ist es wirklich notwendig, daß in einer Gesetzesbestimmung festgehalten wird, daß ein österreichischer Gastwirt Servietten in der Mindestgröße von 34 × 34 cm vorlegt? Sollten wir dieses Gehirnschmalz, die Zeit, die wir hier aufbringen, und das Papier, das wir verwenden, nicht dafür verwenden, uns Gedanken darüber zu machen, welche neuen Arbeitsplätze wir schaffen können, wie wir das Engagement zum Beispiel im Entwicklungshilfebereich durch die Bereitschaft, im Ausland auch tätig zu sein, stärker in unseren Bereich mit einbeziehen können?

Ich nehme als nächsten Punkt den Ausbau der Berufs- und Bildungsberatung spätestens ab der vierten Schulstufe. Wieviel Geld und Kummer durch Fehlentscheidungen könnten dadurch eingespart werden! Warum kann nicht in jeder Schulwoche der Studienberater eine Sprechstunde abhalten? Warum integriert man die Wirtschaft, die Hochschülerchaft und andere Bereiche nicht stärker in diesen Bereich?

Hohes Haus! Noch einen Punkt. Eine entscheidende Forderung aber ist es, daß entsprechend dem Anteil an der Gesamtarbeitslosigkeit die Mittel aus der Arbeitsmarktför-

derung auch für den Jugendbereich verwendet werden. Obwohl bald schon jeder dritte Arbeitslose unter 25 Jahren ist, werden nur ein Zehntel der Arbeitsplatzförderungsmittel — so informiert man mich — zur Sicherung der Jugendbeschäftigung aufgewendet. Erhöhen wir dies sofort auf ein Drittel! Viele Tausende Arbeitsplätze für Jugendliche könnten auch durch die Existenzsicherung und die Eröffnung neuer Produktionsmöglichkeiten für die Landwirtschaft geschaffen werden. Gerade die Benachteiligung und die Vernachlässigung der Beschäftigungschancen in diesem Bereich verstärken den Druck auf den Arbeitsmarkt zusätzlich und verhindern für viele Jugendliche den Aufbau einer gesicherten Existenz.

Im Bereich der maturaführenden Schulen wird es unerlässlich sein, in vermehrtem Ausmaß berufsvorbereitende Abiturientenkurse anzubieten. Darüber hinaus müßte die schulische Ausbildung wesentlich stärker als bisher in Kontakt mit der Wirtschaft und unter Berücksichtigung späterer Beschäftigungsmöglichkeiten erfolgen. Durch vermehrtes Angebot von Praxisplätzen in Betrieben und die Förderung von Forschungsarbeiten und Dissertationen im Rahmen von Volontärtätigkeiten könnte einerseits vielen Studenten eine sinnvolle Betätigungsmöglichkeit geboten werden und andererseits gerade im Bereich von Klein- und Mittelbetrieben ein Transfer von Kenntnissen aus Wissenschaft und Forschung stattfinden.

Ich bitte auch den Unterrichtsminister, daß er nicht nur die Schularbeitenerlasse des jetzigen Bundeskanzlers rückgängig macht, sondern daß er auch den Mut und die Courage hat, in der inneren Schulreform, in der Frage der Gruppenarbeit, der Teamarbeit, der Lehrinhalte, der Größe einer Klasse für Änderungen zu sorgen.

Hohes Haus! Ich bitte Sie, daß wir mit Optimismus und mit Kraft, mit Mut und Courage einfach bereit sind, das Thema der Jugendarbeitslosigkeit und der Jugendbeschäftigung zu einem Thema zu machen, wo sich alle Vertreter der Parteien immer regelmäßig zusammensetzen können, wo man den ideologischen Schrebergarten wie die 35-Stunden-Woche sofort und bei vollem Lohnausgleich beiseite läßt und versucht, sofort konkrete Maßnahmen für uns junge Menschen zu setzen. Reichen wir uns hier quer durch alle Bänke die Hände! Nützen wir die Zeit, die wie eigentlich nicht mehr haben! Verlassen wir Ihren ideologischen Schrebergarten, und nützen wir den Sommer, damit wir im nächsten

Karas

Jahr nicht hier stehen und über dasselbe Problem Reden halten müssen. — Danke schön. *(Beifall bei der ÖVP.)* 15.32

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Gmoser. Ich erteile es ihm. *(Abg. Steinbauer: Der Gmoser hat es jetzt schwer!)*

15.32

Abgeordneter DDr. Gmoser (SPÖ): Ich würde sagen, Kollege Steinbauer: Der Fall Karas — da hat Kollege Steinbauer recht — ist eigentlich ein Fall Piaty. Das wäre die richtige Wellenlänge. *(Abg. Bergmann: Das darf ja nicht wahr sein! Das ist von dir original?)* Es darf wahr sein. Jawohl, das ist von mir original. Piaty sprach erst vor ein paar Tagen darüber, daß er, wenn er sich mit manchen der kommenden Ideologen der ÖVP auseinandersetzt, das bange Gefühl hat, der Blinde spreche über das Licht. Aber das ist Piaty. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wenn Kollege Steinbauer meint: Der Gmoser hat's schwer!, so gebe ich ihm recht. Denn es ist wirklich ein bißchen schwierig, beim Buch Moses, der Genesis über Würde und Wert der Arbeit, zu beginnen, den Bogen dann über Zwentendorf und AKH — WBO hat er vergessen — weiterzuführen. *(Abg. Arnold Grabner: Aber nicht absichtlich!)* Nicht absichtlich, bitte. Ich bin kein Tiefenpsychologe, das kann ich nicht sagen. Aber, wie gesagt, es ist ein bißchen schwer.

Daher, Kollege Steinbauer, mein Vorschlag: Kehren wir zum Thema Jugendarbeit zurück! Das ist ja möglich. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Mock.)* Wenn sich Kollege Mock nicht weiter über Jugendarbeit unterhalten will, müßte er einen Antrag zur Geschäftsordnung einbringen. Denn an sich, glaube ich, war der Bericht des Herrn Bundesministers zum Thema Jugendbeschäftigung Anlaß, uns tatsächlich heute mit einem ... *(Zwischenruf des Abg. Dr. Schwimmer.)*

Kollege Schwimmer! Sie unterschreiten mit Zwischenrufen das zulässige geistige Existenzminimum, das wir an unserer Schule haben. *(Beifall bei der SPÖ.)* Aber, wie gesagt, für einen Generaldirektor hat es offensichtlich gereicht. *(Abg. Dr. Schwimmer: Wer sammelt für Sie die Schmäh?)*

Wie gesagt, der Bericht war Anlaß, sich mit einem ersten Problem auch ernsthaft zu befassen. Ich bezweifle nur, ob das auf diese einfache Weise geht, wie es mein Vorredner soeben getan hat. Er hat das ja angekündigt.

In den „Salzburger Nachrichten“ von Dienstag, dem 5. Juli, finden Sie einen schönen Aufmacher: „Junge ÖVP haut auf den Tisch Dalingers.“ „Obmann Karas will Protestaufruf an arbeitslose Jugendliche nicht ausschließen.“

Auch da haben Sie Parallelen zu Piaty. Piaty will den Protestaufruf an die Millionäre unter den Primärärzten richten, Karas hat offensichtlich andere Vorstellungen. Aber, wie gesagt, ich möchte mich nur dagegen verwahren: Niemand von uns hat auch nur den leisesten Ansatzpunkt geliefert, dieses Thema nicht so ernst zu nehmen, wie es ... *(Zwischenruf des Abg. Dr. Schwimmer.)* Kollege Schwimmer, ich kann nichts dafür, daß Sie die Sache nicht begreifen. *(Beifall bei der SPÖ.)* Aber hier gibt es keinen Nachhilfeunterricht. *(Abg. Dr. Schwimmer: Sie haben recht, Herr Gmoser! Ich begreife wirklich nicht, was das bisher mit der Jugendarbeitslosigkeit zu tun gehabt hat!)* Ich weiß, daß ich recht habe, Kollege Schwimmer. Aber auch wenn Sie mir das bestätigen, hilft mir das wenig.

Es ist richtig, daß die Jugendarbeitslosigkeit das ernsteste Problem ist, das wir heute in unserer Industriegesellschaft vorfinden. Es gibt überhaupt keinen Anlaß, gerade Sozialdemokraten zu unterstellen oder zu unterschieben, daß sie die Ernsthaftigkeit dieser Frage in irgendeiner Weise herunterspielen wollen. Kollege Karas hat allerdings gemeint, man dürfte bei der Akzeptierung der Ernsthaftigkeit auch nicht in den Fehler verfallen, zu dramatisieren.

Ich glaube, der Sozialminister hat mit Recht in den Mittelpunkt gestellt, daß wir in Österreich auf Grund unserer arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen bis Juni 1983 — und es ist nicht unbillig, dies zu sagen — doch zumindest in der Lage waren, diese verheerenden Arbeitslosenzahlen, die wir aus einer Reihe westeuropäischer Staaten gehört haben, zu vermeiden.

Es ist aber — zweiter Punkt — richtig gesagt worden, daß die Jugendarbeitslosigkeit ja nicht ein Problem der Jugend allein ist. Es ist auch nicht ausschließlich ein Problem des arbeitslosen Jugendlichen, sondern es geht um die ganze Frage der Wirtschafts- und Sozialordnung.

Da, glaube ich, hat uns Herr Bundesparlamentarier Dr. Mock in seinen Ausführungen einen merkwürdigen Denkprozeß vorgeführt. Er meinte, ohne den Sozialminister hier unter

DDr. Gmoser

diese Anklage zu stellen, es könne jemand bewußt diese Arbeitslosigkeit züchten, um damit Sprengstoff für die bestehende Wirtschafts- und Sozialordnung des Spätkapitalismus zu liefern.

Ich glaube, man kann aber genauso und viel legitimer umgekehrt das, was etwa der ehemalige Präsident des deutschen Gewerkschaftsbundes Kollege Vetter vorgestellt hat, sagen: Wieweit ist eine Wirtschafts- und Sozialordnung berechtigt, die nicht in der Lage ist, das Problem einer Millionenarbeitslosigkeit in den Griff zu bekommen?

Da, glaube ich, gehen offensichtlich unsere Meinungen auseinander, wenn von konservativer Seite von der Notwendigkeit eines Kurswechsels gesprochen wird. Früher hat man das „Trendwende“ oder „Tendenzwende“ genannt. Man müßte dann sofort die Frage stellen: In welche Richtung sollte eine Wirtschafts- und Sozialordnung verändert werden, damit man das Problem der Millionenarbeitslosigkeit in den Griff bekommen kann?

Hier beginnt nun auch der Ansatzpunkt des von Dr. Mock zitierten Entschließungsantrages der ÖVP. Es ist von Kollegen Braun schon mit Recht gesagt worden: An sich begrüßen wir die Tatsache, daß die ÖVP nun von einem Saulus zu einem Paulus wird und die Frage der Beschäftigung, sei es der Jugend, sei es der gesamten Wirtschaft, in den Mittelpunkt eines Entschließungsantrages stellt. Die Ernsthaftigkeit der Auseinandersetzung, wie sie von der ÖVP vorgetragen wird, muß aber in Zweifel gezogen werden, da dieser Entschließungsantrag zum Beispiel folgende Methode verwendet:

Man schreibt eine ganze Reihe von Forderungen ab, die von der Arbeitsmarktverwaltung seit Jahren zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit praktiziert werden, und stellt sie nun als Forderungen der Oppositionspartei auf.

Oder man stellt Forderungen in den Raum, die ganz offensichtlich mit der Mehreinstellung von Jugendlichen, mit der Schaffung von Lehrplätzen überhaupt nichts zu tun haben, was ja jeder auch in der Oppositionspartei empirisch überprüfen kann: wieweit etwa die Forderung, die Sie hinsichtlich der Investitionstätigkeit stellen, tatsächlich zu mehr Lehrlingsplätzen führen sollte.

Und umgekehrt — und da ist eher überraschend, wie sehr einer, der sich als Sprecher der Jungen ausgibt, in Wirklichkeit Abklatsch der Alten ist —, wenn es um konkrete Forde-

rungen geht, nämlich um die Frage der Arbeitszeitverkürzung, dann lehnt man von vornherein jegliche Diskussion ab und erklärt, wenn ein Sozialminister diese Forderung in den Raum stelle, sei er eine Belastung und eine Bedrohung der Wirtschaft des Landes.

Vielleicht lesen die Experten in den Reihen der Oppositionspartei einmal Stellungnahmen, die überhaupt nicht von sozialistischer Seite kommen, die etwa — und das weiß Kollege Gassner genausogut wie ich — bei internationalen Gewerkschaftstagungen zum Beispiel vom Generalsekretär der Metallarbeiter-internationale abgegeben wurden, was ja auch im ORF als Antwort ausgestrahlt wurde oder was der Bund Europäischer Gewerkschaft zur Arbeitszeitfrage sagt, was die deutschen Gewerkschaften zur Arbeitszeitfrage sagen, was auch CDU-Politiker in der Bundesrepublik zu diesem Thema meinen und was zum Beispiel in Österreich erst, glaube ich, in der letzten „profil“-Nummer der Leitartikel des Chefredakteurs des „profils“, Lingers, zur Diskussion stellt. (*Ruf des Abg. Steinbauer.*) Er ist, wie gesagt, der Meinung, die Arbeitszeitverkürzung sei für die Wirtschaft eine entscheidende Möglichkeit, Probleme auch in bezug auf den Arbeitsmarkt zu lösen.

Aber nun zu einer Frage, die Kollege Karas angeschnitten hat, und da, gebe ich gerne zu, bitte ich um die Antwort der kommenden ÖVP-Redner. Ich weiß eigentlich nicht, was die Abgeordneten der Opposition mit ihrer Argumentation bezwecken.

Es gibt sicherlich eine Möglichkeit zu sagen: Jawohl, Oppositionsstrategie sei es eben, Panikmachen um jeden Preis. — Nur frage ich mich: Welchen Ertrag etwa an Stimmengewinnen erwarten Sie sich davon? Ist wirklich 1,3 Prozent Stimmengewinn etwas so Überwältigendes für die ÖVP, daß sie meint, ihre Form des Wahlkampfes auch in der Nachwahlzeit weiterverfolgen zu sollen. (*Ruf des Abg. Dr. Schwimmer.*)

Es ist eine zweite Möglichkeit — richtig, Kollege Schwimmer —: Nein, Sie wollen nicht Panik machen. Sie benutzen die Frage der Arbeitslosigkeit, auch der Jugendarbeitslosigkeit für eine Form der selffulfilling prophecy, das heißt, Sie hoffen halt einfach, vielleicht, wenn man die Dinge so dramatisiert, kann man das wirklich dann erreichen. Das ist sicherlich eine... (*Abg. Steinbauer: Eine üble Unterstellung!*) Nein, ich wollte nur sagen, das ist eine berühmte theoretische Untersuchung von Professor Burghardt über

DDr. Gmoser

die Auswirkung von Pessimismus und Optimismus auf die Wirtschaftsentwicklung. Ich gebe Kollegen Steinbauer sofort recht, ich habe das der ÖVP in keinerlei Weise unterstellt. (*Abg. Dr. Zittmayr: Aber gesagt!*) Nein, ich habe gesagt, es ist eine mögliche Hypothese zur Erklärung eines bestimmten Verhaltens.

Oder das dritte. Sie können natürlich einfach meinen — wie heißt es so schön? —: Bad news are good news. (*Abg. Steinbauer: Keine Bettgeschichten!*) Nur wenn ich mich irgendwie in Schwarzmalerei ausdrücke und so formuliere, kann ich leichter die Schlagzeilen in den Medien gewinnen. Ich glaube aber, auch das ist ein sicherlich von Ihnen selber feststellbarer Irrtum.

Daher bleibt mir als letzte Vermutung, warum Sie den Anlaß einer durchaus begrußenswerten, bejahenswerten, ernsthaften Diskussion über Beschäftigung, Arbeitsmarktpolitik und Jugendarbeitslosigkeit im besonderen nicht mit dieser Zielvorstellung, ernsthafte Antworten zu finden, nützen: Ich kann mir vorstellen, daß das zum Teil einfach eine Auseinandersetzung in der Oppositionspartei über Oppositionsstrategie ist. Die eine Methode kennt man, daß nicht sein kann, was nicht sein darf, wenn nämlich der Sozialminister sagt: Es geht auch nicht um das Jugendbeschäftigungsprogramm 1983, wir haben schon viel früher das 1. und das 2. Beschäftigungsprogramm beschlossen, wir haben in der Regierungserklärung vom 31. Mai den Vorrang der Beschäftigungspolitik absolut bejaht und wir haben in Ziffern erfaßbare Erfolge dieser Bemühungen, die sicherlich kein Grund sind (*Zwischenruf des Abg. Steinbauer*), etwa auf irgendwelchen Lorbeeren der Vergangenheit auszuruhen, aber doch, wie ich eingangs gesagt habe, Grund sind zu der Feststellung: Es ist in Österreich allen Beteiligten, ob Arbeitgeber, ob Arbeitnehmer, ob öffentliche Wirtschaft oder Privatwirtschaft, ob Bundesregierung oder Interessenverbände, möglich gewesen, eine katastrophale Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt zu verhindern.

Das darf einfach nicht sein, denn da glaubt man: Aha, da bezieht man jetzt wieder den österreichischen Weg ein! Und wie wir soeben von Kollegen Karas gehört haben: Österreichischer Weg — etwas ganz Schlechtes, das wäre ja nur Fortschreibung der Vergangenheit, und diese Vergangenheit darf um keinen Preis mehr als Erfolgserlebnis empfunden werden. — Das ist die eine Begründung, warum man das ablehnt.

Die zweite Begründung für Ihre Oppositionsstrategie ist natürlich, zu sagen: Was hier in den Worten von Kollegen Karas angeklungen ist, das ist eine Tendenz zur Konsensdemokratie, zur Bereitschaft, gemeinsame Wege zu finden. Und da gibt es in der ÖVP offensichtlich politisch Verantwortliche, die diesen Weg der Konsensdemokratie als nicht zielführend aufgegeben haben. Diese Strategie meint nur, in allen Bemühungen — denken Sie etwa an die Auseinandersetzung um die verstaatlichte Industrie — müsse man, wie das jetzt so schön heißt, kantiger werden, eckiger. Konsens — nicht gefragt. (*Abg. Dr. Ettmayer: Haben Sie eigentlich zugestimmt das letzte Mal?*)

Sie können sagen, Kollege Ettmayer, jawohl diese Denkrichtung wurde doch — angeblich — durch die Verhandlungen nach der Nationalratswahl über Regierungsbildung und Regierungsform bestätigt. (*Abg. Dr. Ettmayer: Ich frage, ob Sie zugestimmt haben das letzte Mal!*)

Ich frage Sie nur etwas ganz anderes. (*Abg. Dr. Schwimmer: Natürlich, wenn es unangenehm wird!*) Ich frage mich, warum etwa Sie selber diese Form von Konsensfindung jenseits aller Regierungsformen so weitgehend mit diesem populistischen Stil unmöglich machen. Das ist die Frage, die Sie beantworten müssen: Warum arbeiten Sie bewußt etwa hier mit Unterstellungen, mit Darstellungen des Sachverhaltes, wobei Sie selber, soweit Sie aus der Wirtschaft kommen, ganz genau wissen, daß die Verhältnisse nicht so sind?

Daher, glaube ich, sollten wir doch auch, wenn ich gesagt habe, Arbeitsbeschaffung, Arbeitsmöglichkeiten, nicht vorbeigehen an den Problemen etwa langfristiger Wirtschaftsplanung, Strukturplanung, Finanzierung aller Möglichkeiten. Vielleicht lesen Sie heute in einigen Zeitungen schon ganz andere Töne als vor dem 24. April, was etwa heute noch in der Fragestunde als Mallorcaprogramm angeschnitten wurde (*Ruf bei der ÖVP: Paket!*) — Paket, wie immer Sie das wollen —: Möglichkeiten der Einnahmenbeschaffung zur Finanzierung eines Arbeitsbeschaffungsprogramms. Daß das ohne finanzielle Mittel nicht möglich ist, dürfte auch jedem Ideologen klar sein.

Wenn Herr Sozialminister Dallinger darauf hingewiesen hat, daß etwa im Jugendbeschäftigungsprogramm 1983 nun insgesamt etwa 350 Millionen Schilling vorgesehen sind — diese Mittel können aber aufgestockt werden

DDr. Gmoser

—, dann ist es richtig, wenn man sagt: Das ist ein Tropfen auf dem heißen Stein. (*Zwischenruf des Abg. Steinbauer.*) Mir ist völlig klar, daß die Mittel zur Förderung etwa von Lehrstellenschaffung, von Kursvorbereitungen, um den Übergang ins Berufsleben zu erleichtern, nicht von der öffentlichen Hand allein getragen werden können, sondern daß es hier der Zusammenarbeit insbesondere alle in der Wirtschaft Tätigen bedarf.

Wenn ich erstens — und damit möchte ich schon schließen — die Meinung vertrete, die Jugendarbeitslosigkeit sei eine existentielle Herausforderung der westlichen Industriegesellschaft, und wenn ich zweitens der Meinung bin, der Staat, die öffentliche Hand, Bund, Länder und Gemeinden genauso wie Wirtschaftsverbände der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer werden das, wenn die Sozial- und Wirtschaftsordnung lebensfähig sein soll, nicht als einen Schicksalsschlag hinnehmen, sondern werden gemeinsam das Menschenmögliche an Aktion setzen, um auch für die Zukunft vorzusorgen, dann deckt sich das doch auch mit dem Punkt 4 Ihres ÖVP-Entschließungsantrags, in dem Sie meinen, alle politischen Parteien sollten diese Deklaration abgeben, diese Politik der Beschäftigung zu betreiben.

Dritter Punkt: Ich glaube, daß die ÖVP, selbst wenn sie nur Meinungsforschungsergebnisse verfolgt, schlecht beraten ist zu glauben, sie könne die Regierung, die unter sozialdemokratischer Führung steht, nun als Jobkiller und als zuwenig besorgt um die Beschäftigung in Mißkredit bringen. Diese Hoffnung, glaube ich, wird sich nicht erfüllen lassen, auch wenn Ihnen noch so viel mediale Unterstützung dabei zuteil wird. Dazu leben einfach noch zu viele ältere Menschen, die eine Politik in Österreich miterlebt haben, wo von sozialdemokratischer Beschäftigungspolitik keine Spur war. Wir hatten damals 600 000 Arbeitslose. Es gibt eine berühmte Untersuchung über die damalige Wirtschaftskrise von dem damals jungen sozialistischen Wissenschaftler — er ist später weltberühmt geworden — Paul Lazarsfeld. Gegenstand der Untersuchung sind die Arbeitslosen in Mariental. Darüber, daß die ganze Tragik nicht nur ökonomischer Fragen dabei durchleuchtet wird, werden wir sicherlich keinen Streit haben.

Wenn die Bereitschaft zur Beschäftigungspolitik und zur Unterstützung der Maßnahmen, die im heutigen Bericht enthalten sind, auch von Ihrer Seite als Opposition vorhanden ist, dann, glaube ich, hat Österreich eine

faire Chance, auch die kommenden schweren Monate so zu bewältigen, daß möglichst viele Arbeitsfähige und Arbeitswillige Arbeit finden. — Ich danke schön. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*) 15.52

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Ing. Gassner. Ich erteile es ihm.

15.52

Abgeordneter Ing. Gassner (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Gmoser hat am Anfang gemeint, Herr Dr. Mock hätte Gefahren aufgezeigt, die über den Bereich der Wirtschaftspolitik, über den Bereich der Nichtzurverfügungstellung von Lehrlingsplätzen im ausreichenden Maß hinausgehen. Herr Abgeordneter Dr. Gmoser! Ich glaube, es ist richtig, daß jeder verantwortungsbewußte Politiker die Gefahren in der Entwicklung der Gesellschaft aufzeigt, die dann vorhanden sind, wenn die Menschen keine Arbeitsplätze haben, was damit verbunden ist, daß sie kein Brot haben, daß sie letztlich auch ihre Bedürfnisse nicht befriedigen können. Das hat Dr. Mock gesagt, und ich halte das auch für richtig. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Der Abgeordnete Dr. Gmoser hat auch gemeint, die ÖVP wurde vom Saulus zum Paulus. Je nachdem, wie du das gemeint hast. Ich habe hier das Jugendbeschäftigungsprogramm der ÖVP vom 17. Juni 1982. Du kannst es haben. Ich habe hier auch die Stellungnahme des ÖGB und des Arbeiterkammertages vom Juni 1982 zu den Jugendproblemen. Ich frage mich heute, warum du zu dieser Meinung gekommen bist. Wir haben bereits vor einem Jahr in den Interessenvertretungen, in der Gewerkschaft, in der Arbeiterkammer, in den Unternehmensverbänden, in der Bundeskammer, in der Partei zu diesem Problem Stellung bezogen. Da braucht niemand erst etwas zu werden. Wir haben gemeinsam Sorge gehabt. Das kritisieren wir heute: Obwohl wir diese Dinge vor einem Jahr aufgezeigt haben, ist die damalige sozialistische Alleinregierung beziehungsweise die heutige sozialistische Koalitionsregierung säumig geworden. Das kritisieren wir, das zeigen wir auf. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Herr Abgeordneter Gmoser! Ich habe die Auszeichnung, den Österreichischen Gewerkschaftsbund beim Europäischen Gewerkschaftsbund zu vertreten. Wir haben Anfang Juni in Genf sehr lange, nämlich genau zwei Tage, die Frage der Arbeitszeitverkürzung diskutiert. Es gab dort nach langen Diskussio-

Ing. Gassner

nen eine Übereinstimmung in der Frage der Prioritäten. Gewerkschafter aus allen westlichen europäischen Ländern, Gewerkschafter, die sich zu verschiedenen gesellschaftspolitischen Systemen bekennen, Sozialisten, Christlichsoziale, Konservative, haben gesagt: Für uns hat folgende Problematik Priorität: Erstens die Ankurbelung der privaten Investition, denn ohne die geht es nicht, zweitens die Erhaltung der Kaufkraft und drittens, nachdem man auch gesagt hat, daß auch die staatlichen Subventionen und die staatlichen Maßnahmen entsprechend erhalten bleiben sollten, die Frage, wieweit Arbeitszeitverkürzung sinnvoll und möglich ist.

Hier sei klar gesagt — ich hätte ganz gerne, daß wir diese Probleme zuerst einmal im gewerkschaftlichen Bereich ausreichend diskutieren; wir werden das ja am ÖGB-Kongreß tun, aber ich möchte es trotzdem sagen —: Obwohl die deutschen Gewerkschafter den absoluten Vorrang für die 35-Stunden-Woche verlangt haben, hat der EGB-Bundesvorstand etwas anderes beschlossen. Er hat gesagt: Es gibt eine Vielfalt von Möglichkeiten der Arbeitszeitverkürzung, etwa die Frage der Lebensarbeitszeit, die Frage der verlängerten Lehrlingsausbildung, die Frage der verlängerten Schulausbildung, die Frage der differenzierten Arbeitszeit. Die 35-Stunden-Woche ist auch eine Möglichkeit der Arbeitszeitverkürzung. Er hat auch festgestellt, daß in Belgien und in Italien die Verkürzung der Arbeitszeit ohne Lohnausgleich erfolgt ist, also zu Lasten der Arbeitnehmer. Das muß man auch öffentlich sagen.

Der Herr Sozialminister hat Dinge verkündet. Die Jugend — ich verstehe, daß die Jugend in manchen Dingen ein bißchen aggressiver ist — hat Dinge verlangt. Wenn die Junge ÖVP und auch die Christliche Gewerkschaftsjugend Gott sei Dank nein zu Anliegen im Bundesjugendring gesagt haben, weil wir die sofortige Einführung der 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich für eine Illusion halten, dann war dies richtig. Auch ich glaube, daß das der falsche Weg wäre. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Heute wurde bereits wiederholt gesagt: Wir müssen die Wirtschaft ankurbeln, denn wenn die Wirtschaft genügend Arbeitsplätze zur Verfügung stellt, wird es auch das Problem Jugendarbeitslosigkeit nicht geben. Das ist richtig. Am 20. Juni dieses Jahres haben die beiden Wirtschaftsinstitute klar gesagt, daß es nicht aufwärtsgeht. Aufschwung bald wieder zu Ende, Geld zur Ankurbelung fehlt, Wirtschaftsforscher pessimistisch: So schrei-

ben unter anderem verschiedene Tageszeitungen.

Da die Industrieproduktion im ersten Quartal dieses Jahres um 3,3 Prozent gesunken ist, da die Anlageinvestitionen der Industrie um 6,4 Prozent und da die maschinellen Investitionen um nahezu 10 Prozent gesunken sind, wäre es wichtig, daß wir auch im Sinne der Zurverfügungstellung genügender Lehrplätze und genügender Arbeitsplätze für junge Menschen die Wirtschaft wieder ankurbeln. Natürlich steht die Frage im Vordergrund: Wie kann die Wirtschaft wieder angekurbelt werden? Wie können durch eine verbesserte Wirtschaftssituation mehr Arbeitsplätze geschaffen werden, was letztlich dann wieder, wie Dr. Mock gesagt hat, zur Vollbeschäftigung führt?

Das hätte eigentlich meiner Meinung nach auch mit ein wesentlicher Diskussionsansatz des heutigen Tagesordnungspunktes, des heutigen Berichtes des Sozialministers zur Jugendbeschäftigung sein sollen. Wir sollten, glaube ich, gemeinsam feststellen, auch dann, wenn wir unterschiedliche Wege vorschlagen: Welcher Weg ist zielführend, um die Wirtschaft so anzukurbeln, daß wir in Österreich die Problematik der Vollbeschäftigung nicht mehr zu diskutieren brauchen, weil es die Vollbeschäftigung wieder gibt und wir genügend Arbeitsplätze für junge Menschen haben?

Das heutige Thema wirft die Frage auf: Welche Probleme stehen an? Wo werden junge Menschen arbeitslos? Untersuchungen der letzten vier Jahre zeigen, daß zum Beispiel bei Arbeitnehmern ohne Ausbildung die Arbeitslosigkeit auf das Vierfache angestiegen ist. Dieselben Untersuchungen besagen, daß bei Menschen mit betrieblicher Ausbildung die Arbeitslosigkeit nur auf das Zweieinhalbfache angestiegen ist und bei jenen mit Absolvierung einer mittleren Fachschule auf das Dreifache. Aber insgesamt ist die Arbeitslosigkeit bei jenen Menschen, die keine Berufsausbildung erworben haben, dreimal so hoch wie bei allen anderen.

Das zeigt doch ganz klar, daß es unser aller Bestreben sein muß, Menschen eine Ausbildung zukommen zu lassen. Ob es eine betriebliche Ausbildung als Lehrling ist, ob sie eine Schule absolvieren, ob sie auf eine Hochschule gehen, egal, was immer: Im Vordergrund muß stehen, jedem jungen Menschen die Chance zu geben, eine Ausbildung zu erwerben. Das muß im Vordergrund stehen, dahin gehend muß unser gemeinsames

Ing. Gassner

Bestreben gerichtet sein. (Beifall bei der ÖVP.)

Wenn Othmar Karas in seiner ersten Rede hier gesagt hat, wir sollten uns im Sinne einer nationalen Verantwortung zusammenfinden, dann unterstreiche ich das, weil nichts so ernst ist wie die Sorge um die jungen Menschen, nichts so ernst sein kann wie die Probleme junger Menschen, die heute keine Lehrstelle, keinen Arbeitsplatz finden und die vielleicht — die Gefahr ist ja vorhanden — zu Dauerarbeitslosen werden.

Wir haben auch bei der Sitzung des Europäischen Gewerkschaftsbundes über die Gefahr diskutiert, wenn heute junge Menschen mit 15, 16 Jahren keinen Lehrplatz erhalten, dann vielleicht Gelegenheit haben, hie und da als Hilfsarbeiter zu arbeiten, aber eher permanent keine Arbeit haben. Wenn dann wieder die geburtenschwachen Jahrgänge kommen, die in den Arbeitsprozeß eingegliedert werden müssen, wird dieser junge Mensch, der niemals eine Ausbildung erworben hat, zum Dauerarbeitslosen.

Eine verlorene Generation, hätte ich beinahe gesagt. Generation wäre zuviel gesagt, aber doch fünf, sechs Geburtenjahrgänge, die niemals die Chance gehabt haben, einen Lehrplatz zu bekommen, eine Ausbildung zu erwerben, und die damit dann auch von der Wirtschaft nicht angenommen werden, weil der junge Lehrling, der junge Abgänger unmittelbar nach der berufsbildenden Schule von der Wirtschaft angenommen wird.

Das ist die große Sorge: daß drei, vier Geburtenjahrgänge vorhanden sind, die niemals eine gleichwertige Chance bekommen, in den Arbeitsprozeß eingegliedert zu werden. Denen gilt primär auch unsere Sorge. Gemeinsam haben wir uns dieser Fragen anzunehmen und zu versuchen, einen Weg zu finden, um auch diesen jungen Menschen einen Arbeitsplatz zu verschaffen.

Es stellt sich auch die Frage: Gehen wir den richtigen Weg, gehen wir überall den richtigen Weg? Ich denke an die letzte Untersuchung der Kärntner Arbeiterkammer, die ganz klar sagt: Wir haben zuwenig Facharbeiter, auch in Kärnten, in einem Land, in dem vermehrt Arbeitslosigkeit vorhanden ist.

In den Regionen, die wirtschaftlich schwächer sind — ich denke da auch an das Waldviertel —, fehlen die Facharbeiter. Warum? Karas hat es bereits gesagt: Weil der junge Mensch mit 15 oder 16 Jahren weggeht, woan-

ders eine Lehrausbildung sucht, in ein Internat geht und so bereits mit 15 oder 16 Jahren aus seiner Heimat abwandert. Wenn wir dort Betriebe ansiedeln wollen, dann kriegen wir die Facharbeiter gar nicht, weil der junge Mensch bereits mit 15, 16 Jahren gezwungen wurde, seine Heimat zu verlassen.

Das ist, glaube ich, die Frage: Welche Politik machen wir, die Bundesregierung mit der Wirtschaft, mit den Interessenvertretungen, um diesem jungen Menschen mit finanzieller Hilfe die Chance zu geben, dort, wo er aufgewachsen ist, einen Lehrplatz zu finden, weil sich dann für die Betriebe, die wir dort eventuell ansiedeln können, die Chance bietet, Facharbeiter zur Verfügung zu haben. Geschieht das nicht, dann werden diese Regionen immer weiter Arbeitskräfte verlieren, immer weiter Menschen verlieren. Diese Regionen werden somit immer weniger attraktiv sein, und das ist eine Gefahr für die gesamte regionalpolitische Entwicklung.

Wenn wir daher eine Politik für junge Arbeitnehmer machen, auch in strukturschwachen Räumen Arbeitsplätze, Lehrplätze zur Verfügung zu stellen, ist das langfristig gesehen eine gute, vernünftige wirtschaftliche Investition. Diese Fragen haben wir zu beantworten, und zwar auch die Frage, ob man nicht derzeit oft eine falsche Ausbildung signalisiert.

Wir haben gemeinsam — ich sage: gemeinsam — in allen neun Bundesländern versucht, fast überall berufsbildende Schulen zu errichten. Natürlich ziehen diese berufsbildenden Schulen aus der Umgebung junge Menschen an. Wir stellen heute fest: Wir können diese Absolventen nicht unterbringen, nicht dort in der Region, aber auch nicht in den Bundesländern, ja in ganz Österreich nicht. Wenn wir heute mit den Eltern, mit den Ausbildnern, mit den Lehrern sprechen und fragen: Wieviel junge Menschen ergreifen heute eine Berufsausbildung oder gehen in eine mittlere oder höhere beufsbildende Schule, deren Absolvierung keine Chance bietet, sie einmal zu beschäftigen?, dann meinen alle Betroffenen: Mich wird es ja nicht gerade treffen, ich werde schon einen Beruf finden.

Da sehe ich auch ein Versagen der Information. Hier müßte die Bundesregierung, auch dann, wenn es schwierig ist, auch dann, wenn es nicht populär ist, dem jungen Menschen oder den Eltern sagen: In diesem Beruf hast du keine Chance oder hast du wahrscheinlich keine Chance! — Die Regierung würde ihrer Verantwortung gerecht werden, wenn sie dem

Ing. Gassner

jungen Menschen mit 14 oder 15 Jahren, ja vielleicht bereits bei der ersten entscheidenden Vorwahl mit neun Jahren sagt: Du hast in 5, in 10, in 15 Jahren wahrscheinlich in diesem oder jenem Beruf keinerlei Chance oder nur sehr geringe Chancen.

Darin liegt die Verantwortung der Politiker, der Interessenvertretungen, der Ausbildner und letztlich der Bundesregierung, zeitgerecht allen Menschen zu sagen: Wo hast du eine Chance, wie kann man entsprechend vorgehen, diesen Weg wollen wir gehen.

Das verlangen wir von der Bundesregierung, nicht nur Prämien für den Ausbildungsplatz, nicht nur Prämien für den Lehrplatz, sondern eine klare, eine vernünftige Politik, eine vernünftige Politik, eine vernünftige Information, wie man dem jungen Menschen eine Chance geben kann. Das ist der einzig zielführende Weg. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich bin Dr. Mock sehr dankbar, der nicht nur im Wahlkampf gesagt hat, sondern auch heute wiederholte, daß für ihn nichts zu teuer ist, nichts zu teuer sein darf und sein kann, um jungen Menschen Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen. Ich glaube, daß wir hier sehr offensiv vorgehen müssen.

Es geht wahrscheinlich Ihnen allen so wie mir: Am vergangenen Montag haben mich zwölf junge Menschen gefragt: Wo bitte bekomme ich einen Lehrplatz?, und manche sogar: Wo bekomme ich einen Job als Hilfsarbeiter? Ich möchte arbeiten, ich möchte etwas leisten.

Es geht Ihnen bestimmt genauso wie mir, wenn Sie dann sagen müssen: Ich kann Ihnen, lieber junger Freund, keine Hoffnungen machen, ich kann Ihnen nichts zusagen. Das ist doch bedrückend in der heutigen Situation. Ich glaube, deshalb sollten wir wirklich das tun, was Othmar Karas so klar gesagt hat: Zu einer nationalen Verantwortung finden, um dieses Problem zu lösen, und gemeinsam entsprechend vorzugehen.

Wenn ich den heutigen „Kurier“ lese, dann kann ich nur voll und ganz unterstreichen, was dort geschrieben steht: „Es muß rasch etwas geschehen. Jugend kann nicht warten. Und zwar zu Recht. Die ‚Gesellschaft‘, also wir alle, sind verpflichtet, etwas zu tun.“ Dem schließe ich mich an. Wir alle, die Wirtschaft, die Interessenvertretungen der Arbeitgeber, der Arbeitnehmer, die Mandatäre, aber vor allem die Bundesregierung, sind aufgerufen,

etwas zu tun, um die Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen. *(Beifall bei der ÖVP.)* 16.08

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Grabher-Meyer. Ich erteile es ihm.

16.08

Abgeordneter **Grabher-Meyer (FPÖ)**: Herr Präsident! Meine Damen und Herren des Hohen Hauses! Herr Kollege Gassner, ich muß Ihnen zugestehen, daß Sie über weite Strecken in Ihrer Rede einen der vernünftigsten Standpunkte bezogen haben, und ich muß Ihnen zugestehen, daß sich weite Teile Ihrer Ausführungen in vielen Punkten wohlthuend abgesetzt haben von dem, was bisher hier gesagt wurde.

Mir scheint, daß sich gerade in der Gewerkschaftsbewegung, wo Sie doch auch einer der wesentlichsten Exponenten sind, wie Sie einer der wesentlichen Sprecher Ihrer Partei sind, ein anderer Standpunkt, was die Beurteilung der ganzen Situation und auch die Beurteilung dessen betrifft, wie man diese Situation lösen kann, ein etwas anderer Standpunkt als nur der Parteienstandpunkt durchgesetzt hat. Das tut gut, und es ist wohlthuend, es von dieser Stelle aus zu hören.

Sie haben meiner Meinung nach richtig erkannt, daß es zum großen Teil Strukturprobleme sind, und Sie haben sich nicht gescheut, auch zu sagen, daß diese Strukturprobleme falsch gelaufen sind und weshalb die Ausbildung mancherseits bisher falsch betrieben wurde. Es ist dies in der bisherigen Debatte bei niemandem so klar herausgekommen wie bei Ihnen.

Mir scheint, es ist wichtig, das so darzustellen, um überhaupt diese nationale Aktion, die ich unterstütze, die Sie auch beschworen haben, auf eine sachliche Basis zu stellen. Denn nur Sachlichkeit kann die Jugendarbeitslosigkeit und die Arbeitslosigkeit als solche überhaupt lösen, nichts anderes. Es hilft eben nicht, wenn man von dieser Stelle aus ein nationales Ringelreihen oder Händchenhalten verlangt, so wie es der Jungabgeordnete Karas getan hat. Weder mit Händchenhalten noch mit Ringelreihen, Herr Kollege Karas, werden wir das Problem lösen.

Nicht Sie und auch nicht die Junge ÖVP erkennen als erste, wie dringend das Problem der Jugendarbeitslosigkeit ist. Dieses Problem ist durchaus in diesem Hause bekannt. Daß die Maßnahmen bisher nicht gegriffen haben, war vielleicht der Grund, weshalb das

Grabher-Meyer

Problem noch stärker geworden ist. Aber Sie kommen hierher als junger Abgeordneter und tun so bei Ihrer Jungferrede, als ob Sie diesem Hohen Hause sagen könnten, wo die Schwierigkeiten liegen, wo der Hase im Pfeffer liegt. — Herr Kollege Karas, Sie haben wohl einen Tour d'horizon in der Politik gemacht, aber ich darf Ihnen versichern, er hat nicht sehr Aufregendes beinhaltet. Das, was Sie hier verbreitet haben in diesem Tour d'horizon, war durchaus bekannt im Hause und ist in Österreichs Politik einfach Allgemeinplatz geworden. (*Abg. Dr. Khol: Wenn Sie das nicht aufregt, was regt Sie dann auf?*) Nein, ich rege mich nicht auf. (*Abg. Dr. Schwimmer: Fällt Ihnen nichts Neues ein?*) Über die Qualität Ihrer Zwischenrufe wurden Sie ja bereits vom Kollegen Gmoser aufgeklärt, Herr Kollege Schwimmer! Über die Art Ihrer Zwischenrufe! Ich identifiziere mich voll damit. Sie verwechseln Lautstärke mit Qualität, Herr Kollege Schwimmer!

Herr Kollege Karas! Was ich Ihnen mitgeben wollte, ist, daß Sie sich nicht der Selbstüberschätzung hingeben sollen, zu glauben, hier dem Hause völlig Neues bekanntgegeben zu haben, indem Sie die Grundsatzvorstellungen des Herrn Jungabgeordneten Karas verbreitern. Wilhelm Busch hat das einmal So gesagt: „Wer mit Mühe kaum gekrochen ist auf einen Baum und meint, daß er ein Vogel wär', dann irrt der.“ Das trifft in hohem Maße auf Ihre Ausführungen zu, Herr Kollege Karas.

Dieses Haus und die Parteien in diesem Hause wußten schon, bevor Sie Abgeordneter waren, um die Probleme der Jugendarbeitslosigkeit, auch um die Wichtigkeit und die Priorität, die der Jugendarbeitslosigkeit beigegeben wird. Daß nicht alle Maßnahmen gezogen und gegriffen haben, ist heute bekannt. Ihr Nachredner, Ihr Kollege Gassner, hat deutlich gesagt, daß es auch Strukturprobleme waren, die man in so kurzer Zeit einfach nicht beseitigen kann.

Wenn man heute glaubt, daß Arbeitsplätze, daß Jugendarbeitsplätze nur ein Problem der finanziellen Bedeckung sind — und ich habe es halt leider aus den Ausführungen Ihres Parteiboschmannes Mock heraushören können, der gesagt hat, nur ein Prozent oder nur 350 Millionen wurden da eingesetzt, das sei viel zuwenig, und sich auf der anderen Seite dann wieder mokiert hat, daß die Erhöhung der Mehrwertsteuer möglicherweise ein Prozent an Produktionseinbußen und Konsumeinbußen bringen wird, und dann wieder die mangelnden Mittel reklamiert hat in diesem

Hause —, so muß man schon sagen: Was will man?

Auf der einen Seite hört man heraus, daß es für die ÖVP ein quantitatives Problem ist, wie hoch diese Jugendarbeitslosigkeitsprogramme dotiert werden oder nicht dotiert werden. Ich meine, es ist nicht vorerst und nicht primär die Sache der Finanzen — nicht primär, sage ich, schon auch, in gewissen Bereichen, in strukturschwachen Gebieten, aber nicht primär —, es ist primär eine Sache des Wirtschaftsklimas. Und hier ist man in einer nationalen Aktion — hier unterstreiche ich Ihre Ausführungen schon wieder — aufgefordert, dieses Klima zu verbessern. Das kostet vorerst noch gar nichts, noch keinen Groschen. Nur: Wenn man hergeht, wie es die Opposition heute getan hat, und alles ins Negative stellt, hier noch große Statistiken verliert, wie weit der Wirtschaftsrückstand schon wieder durchgegriffen hat, und dann glaubt, damit eine optimistische Stimmung in Österreich erzeugen zu können, bei den Unternehmern, bei den Ausbildnern, bei den Lehrlingen, bei jenen, die keinen Arbeitsplatz gefunden haben, so stelle ich das hier in Zweifel. Ich glaube, zuerst soll man das tun, was kein Geld kostet.

Natürlich ist es selbstredend ein Recht der Opposition, hier negativer aufzutreten, als es die Regierung tut. Aber selbstredend ist es auch das gute Recht jeder Regierung, die Sache von der positiven Seite anzufassen. Denn mit einer negativen Geisteshaltung kann eine Regierung ja wohl nicht optimistisch oder jedenfalls nicht konstruktiv für das Land arbeiten. Hier braucht es eine positive Geisteshaltung.

Wenn man bei der Bewältigung dieses Problems von seiten der Opposition, wo ja ein wirtschaftlicher Optimismus, ein optimistisches Klima bei uns wichtig wäre, wo es vonnöten wäre, überhaupt an Programme heranzugehen, sie auszuarbeiten, wo das eine Grundvoraussetzung wäre, wenn man also von seiten der Opposition nicht einmal bereit ist, diese Grundvoraussetzung mitzutragen, in einer Zeit, wo man gemeinsam — wie Sie gesagt haben, wir alle gemeinsam — ein Problem bewältigen muß, dann frage ich schon, wo die Ernsthaftigkeit der Opposition ist. Das ist eine Opposition auf Teufel komm' raus, eine Opposition um jeden Preis. Dann zu glauben, das Problem bewältigen zu können, das, meine ich, ist der falsche Weg.

Wenn Sie, Herr Kollege Karas, hier uns, das Haus, aufgefordert haben, eine nationale

Grabher-Meyer

Allianz zu bilden, dann frage ich mich schon, was der Artikel in den „Salzburger Nachrichten“ bewirken soll, wo Sie in der heutigen Ausgabe bereits sagen, Sie werden die Jugend auffordern — ich nehme an, Ihre Kreise der Jugend, in Ihrer Jugendorganisation, wo Sie den Vorsitz haben —, hier zu demonstrieren. Und auf der anderen Seite, ein paar Stunden, nachdem diese Zeitung erschienen ist, fordern Sie hier zu einer nationalen Aktion auf. Wie soll das geschehen?

Herr Kollege Karas! Das ist nicht die Politik, mit der man ernsthaft und glaubhaft ist. Das ist nicht die Politik, die einem abgenommen wird, eine Politik auf diese Art. Das ist sie nicht. Das ist eine Politik des Augenauswischens. Sie werden damit vielleicht in manchen Kreisen — ich weiß nicht, in welchen — glaubwürdig sein, aber nicht in allen, bei weitem nicht in allen Kreisen. Wenn man hier als ein Erneuerer des Parlamentarismus, als ein Erneuerer der Politik auftreten will, dann muß man das auch glaubhaft vertreten können. Dann kann man nicht ein paar Stunden vorher Jugendliche, deren Probleme man lösen will, zu Demonstrationen auffordern. So wird man jedenfalls nicht glaubwürdig.

Aber sei es so. Es ist nicht meine Aufgabe, Sie zum besseren Politiker zu erziehen. Das überlasse ich Ihrem Politischen Direktor in Ihrem Klub, den Sie auch haben. Ich glaube, der ist dazu berufen.

Meine Damen und Herren! Das Programm, das die Bundesregierung hier vorgelegt hat beziehungsweise das der Sozialminister vorgelegt hat, scheint mir ein tauglicher, wenn auch nur erster Schritt zu sein, um die neuen Probleme zu lösen, die sich uns gestellt haben, die neuen Probleme, die sich dieser Bundesregierung gestellt haben. Es ist durchaus erlaubt, hier in diesem Rahmen zu sagen, daß die Freiheitliche Partei als Regierungsfraktion nicht Verantwortung trägt für die letzten 13 Jahre. Das tun wir nicht, und wir haben das Recht, das hier zu behaupten. Wir tragen ab jetzt Verantwortung mit und wollen diese Probleme in einem Regierungsprogramm bewältigen.

Es scheint mir eine taugliche Grundlage zu sein, daß der Sozialausschuß für permanent erklärt wurde und die Sommerzeit nützen kann, um in gemeinsamen Beratungen aller drei Parlamentsfraktionen zu besprechen, wie die Vorschläge einerseits der Bundesregierung, andererseits der ÖVP-Opposition auf einen Nenner gebracht werden können, um gemeinsam ein Jugendbeschäftigungspro-

gramm auszuarbeiten, das die Garantie gibt, daß möglichst viele junge Leute, die jetzt von der Schule abgehen und noch keinen Arbeitsplatz haben, eine Lehrstelle oder einen Arbeitsplatz finden.

Das scheint mir ein tauglicher Kompromiß zu sein. Warum dann dieses Geschrei hier, warum die Aufregung, daß das Programm nicht ausreicht, wenn man auf der anderen Seite fordert, man soll einen Ausschuß für permanent erklären, in dem man ja die Gelegenheit hat, zwei verschiedene oder ähnliche oder abweichende Programme zu akkordieren? Das scheint mir eine taugliche Grundlage zu sein. Wenn man den guten Willen, den jede Parlamentspartei hier vom Rednerpult aus dokumentiert hat, dann auch in die Verhandlungen einbringt, dann bin ich überzeugt, daß dieses Regierungsprogramm und das, was von der ÖVP, von der Opposition mitgebracht wird in die Verhandlungen, eine taugliche Grundlage sein werden, um zu garantieren, daß möglichst viele — bestimmt nicht alle, aber möglichst viele — Schulabgänger in der nächsten Zeit, in den kommenden Monaten einen Arbeitsplatz finden werden.

Wenn es darüber hinaus dieser Regierung noch gelingt, ein Wirtschaftsklima zu schaffen, das die Betriebe von sich aus motiviert, so wie es sie auch früher motiviert hat, daß Jugendliche beschäftigt werden, daß ihnen Lehrstellen angeboten werden, dann wird dieses Jugendbeschäftigungsprogramm in der Folge umso effizienter greifen.

Wir glauben, mit der Vorgangsweise, mit der Permanenterklärung des Sozialausschusses, mit den Beratungen, die über diese zwei Programme und die Entschließungsanträge aufgenommen werden, ist die Garantie gegeben, daß insgesamt die nationale Allianz, wie sie gefordert wird, in Zukunft in dieser Frage bestehen wird. Wir unterstützen jedenfalls diese Vorgangsweise der Regierung. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)* 16.19

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Tichy-Schreder. Ich erteile es ihr.

16.19

Abgeordnete Ingrid Tichy-Schreder (ÖVP): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Zunächst möchte ich mich kurz mit den Worten des Herrn Abgeordneten Grabher-Meyer beschäftigen, und zwar weniger mit dem Inhalt, denn er hat uns leider Gottes wirklich nichts Neues gesagt. Ich möchte ihm nur sagen: Ich glaube, es steht jedem Abge-

Ingrid Tichy-Schreder

ordneten hier im Haus frei, seine Meinung und sein Anliegen zu äußern. Jeder, der frisch in das Haus hereinkommt, hat das Bedürfnis, die Kollegen aller Fraktionen aufzurütteln von der Position aus, die er einnimmt, die er vertritt. Ich kann mich an Ihre ersten Reden sehr wohl erinnern, wo Sie geglaubt haben, nur Sie wissen das Alleinseligmachende.

Ich glaube, es ist ein absolutes Recht des Herrn Kollegen Karas, hier die Situation der Jugend, ihre Anliegen dokumentativ und genau darzustellen, das ist sein Recht und auch seine Aufgabe und Pflicht! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Aber ich möchte jetzt auf den Bericht des Herrn Sozialministers Dallinger über Maßnahmen zur Sicherung der Jugendbeschäftigung doch eingehen, weil ich glaube, daß das der wesentliche Punkt ist.

Ich möchte etwas bemängeln, Herr Bundesminister, was in dem Bericht nicht steht. Es steht schon kurz da, daß wir die geringe Arbeitslosigkeit bei den Jugendlichen dem in Österreich praktizierten dualen Ausbildungssystem zu verdanken haben, daß es sehr wesentlich den Erfolg der Maßnahmen unterstützt. Das ist mir aber etwas zu wenig, Herr Bundesminister. Sie werden mir da sicher auch recht geben. Denn ich möchte schon deutlich sagen, weil Sie zunächst einmal vorne die internationalen Zahlen über Jugendbeschäftigung gebracht und angeführt haben, wie grausam es in den anderen Staaten aussieht: Das haben die anderen Staaten auch festgestellt, und es gibt von der EG-Kommission einen Bericht, was man gegen die Jugendarbeitslosigkeit unternehmen kann. Wissen Sie, was da als eine der vorrangigsten Aufgaben steht und was als einer der wichtigsten Aspekte bezeichnet wird? — Daß eine Neubelebung und Verbesserung der Lehrlingsausbildung vorgenommen wird.

Wir haben das Glück gehabt durch unsere Wirtschaftsvertreter, daß wir das Lehrlingsausbildungssystem haben, und deshalb haben wir eine viel geringere Jugendarbeitslosigkeit als in anderen Ländern. Das ist unser Vorteil. Es wäre Ihnen doch gut angestanden, wenn Sie einmal die Wirtschaft hervorgekehrt und gesagt hätten: Wir haben es allein oder zu einem Großteil der Wirtschaft zu verdanken, daß wir wenig Jugendarbeitslosigkeit haben, weil die Wirtschaft die Lehrlinge ausbildet. Das hätte ich mir eigentlich schon ein bißchen von Ihnen erwartet, Herr Bundesminister.

Dann möchte ich auf etwas hinweisen, was auch interessant ist, weil ich gerade sage, was die Wirtschaft leistet. Ich muß nur meine Unterlagen suchen, um Ihnen genau zu sagen, was die Wirtschaft wirklich leistet. Nämlich jährlich hat sie im ersten Ausbildungsjahr im Durchschnitt mehr als 50 000 Lehrlinge übernommen, das heißt neue Arbeitsplätze für jeweils 50 000 Menschen geschaffen. Ich glaube, das kann nicht genug hervorgehoben werden. Im vergangenen Jahr waren es 55 000, im Jahr 1981 waren es 57 000, 1980 61 000. Das sind alles Lehrlinge im ersten Lehrjahr. Diese Lehrlinge sind für die Betriebe ausgebildet und auch in den Betrieben behalten worden. Das heißt, es sind echte Arbeitsplätze geschaffen und auch die Leute behalten worden. Dafür muß man den Betrieben Dank sagen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wer hat denn die Klimaverschlechterung gebracht? Das war der Herr Bundesminister Dallinger im vergangenen Jahr, als er angekündigt hat: Wir werden die Lehrlinge nicht unterbringen, es muß das Jugendeinstellungsgesetz kommen, mit dem muß ich drohen.

Nun, wie reagiert bitte ein Betrieb? — Sensibel, wenn der Herr Bundesminister Dallinger etwas sagt. Denn er hat ja gelernt, daß der Herr Bundesminister Dallinger durch unentwegtes Forcieren und Fordern seine Meinung durchgesetzt hat. Das heißt, die Betriebe haben Vorsicht walten lassen und haben gesagt: Ich warte ab, denn wenn ich jetzt einen Lehrling aufnehme, dann muß ich noch einen dazunehmen, das kann ich nicht verkraften. Er ist vorsichtig. Die Banken auf der anderen Seite warten nicht zu, wenn einer die Kredite lang überzogen hat, die drehen ihm nämlich dann zu, und er kann in Konkurs oder Ausgleich gehen. Der Betrieb ist verantwortungsbewußt, und deshalb hört er auf Ihre Worte. Deshalb hat er auch Angst gehabt, und das war der Grund, warum es zu Beginn so ausgesehen hat, als wenn weniger Lehrlinge aufgenommen würden. Aber sie sind aufgenommen worden, Herr Bundesminister. Und weil Sie Ihre Ankündigungen immer weiter fortsetzen, gibt es Schwierigkeiten, und da möchte ich einmal genau differenzieren.

Sie haben hier gleich zu Beginn gesagt, daß Ihre besondere Besorgnis der Altersgruppe von 19 bis 25 Jahren gilt, die mit 18 423 Arbeitslosen 83 Prozent der gesamten Jugendarbeitslosigkeit stellt.

Das ist wirklich besorgniserregend, Herr Bundesminister. Nur, für diese Fälle haben Sie die wenigsten Maßnahmen getroffen. Ihre

Ingrid Tichy-Schreder

Überzeugung und Ihre Vorstellungen gehen in Richtung der Lehrlingsausbildung. Und das ist das Interessante, das ist nämlich politisch für Sie interessant; politisch interessant, um die Machtverteilung zu sehen. Das kommt ja hinten so schön, was Sie alles bei der Lehrlingsausbildung geändert haben wollen.

Das sind die Probleme, mit denen in der Wirtschaft gekämpft wird, und das sind die Gründe, warum sich Betriebe immer weniger in der Lage sehen, Lehrlinge aufzunehmen.

Worin liegen die Schwierigkeiten? Wir haben vergangenes Jahr das Kinder- und Jugendbeschäftigungsgesetz verhandelt. Die Auswirkungen dieses Kompromisses, der geschlossen worden ist, haben wir jetzt zu spüren. Wenn wir jetzt diesen gemeinsamen Ausschuß über den Sommer installieren, ihn für permanent erklären, dann ist auch das eine Möglichkeit, hier neuerlich zu überdenken, ob wir nicht Änderungen machen sollen, damit es für die lehrlingshaltenden Betriebe wieder leichter wird.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist im Berufsausbildungsgesetz. Im Berufsausbildungsgesetz ist eine Berufsausbilderprüfung für diejenigen, die Lehrlinge ausbildet, vorgesehen. Die Berufsausbilderprüfung ist bis 31. Dezember 1983 sistiert worden. Auch darüber werden wir sprechen und einen Antrag einbringen, daß diese Sistierung auf zwei Jahre hinausgeschoben wird, das heißt, die Berufsausbilderprüfung auf weitere zwei Jahre sistiert wird, damit wir wieder die Möglichkeit haben, den Betrieben Mut zu machen, Lehrlinge zu nehmen. Das sind einmal einige Punkte. *(Bundesminister Dallinger: Ist schon genehmigt, Frau Abgeordnete!)* Schon genehmigt. Bitte sehr. Der Herr Bundesminister hat gesagt: Bereits genehmigt. Ich danke. *(Beifall bei der ÖVP.)* Ein Punkt, Herr Bundesminister.

Jetzt habe ich eine ganze Reihe anderer Punkte, Herr Bundesminister. Wenn Sie so genehmigungsfreudig sind, dann lasse ich mir gleich genehmigen, daß Sie den zentralen Berufsausbildungsfonds nicht wollen. Zu diesem zentralen Berufsausbildungsfonds kommt nämlich noch etwas dazu: Der schafft keinen einzigen neuen Lehrlingsarbeitsplatz, sondern Arbeitsplätze für die Bürokratie. Und das wollen wir verhindern. Wir wollen unbürokratisch sein. Bis jetzt hat die Wirtschaft alles getan, Lehrplätze zu stellen, und sie wird das auch in Zukunft tun, denn wir sind verantwortungsbewußt für unsere jungen Leute, und das wollen wir weiter sein.

Jetzt einige Punkte, Herr Bundesminister, die auch wesentlich sind, und zwar die Bürokratiehemmnisse bei den Lehrlingsaufnahmen. Erstens liegen die Lohnnebenkosten bei den Lehrlingen durchschnittlich um ein Drittel höher als bei Arbeitern und Angestellten. Darüber hinaus gibt es verschiedene bürokratische Hemmnisse. Und das sind die Probleme, deren Beseitigung kein Geld kosten würde, uns aber helfen könnte, den Unmut der Betriebe abzubauen.

Zum Beispiel dürfen die Stahlbauschlossler auch im dritten Lehrjahr nicht mit Winkelschleifmaschinen arbeiten. Dadurch wird die Ausbildung fast unmöglich. Da hat es schon gegeben, daß steirische Aufzugsfirmen gesagt haben: Ich bilde keinen Lehrling mehr aus. Was bedeutet das? Das heißt, die Betriebe nehmen einen Hilfsarbeiter, der Betrieb bezahlt ihn, aber er hat keine berufliche Ausbildung mit einer Lehrabschlußprüfung, mit einer Gesellenprüfung et cetera. Er kann sich dann, sagt der Betrieb, natürlich weiterbilden auf dem zweiten Berufsweg, aber das kostet den Staat wieder Geld. So macht es der Betrieb, der bildet hier aus. Das heißt, die Kosten der Berufsausbildung werden dadurch, daß es solche bürokratischen Hemmnisse in den Ausbildungsvorschriften gibt, auf den Staat überwältigt, weil sich die Betriebe dazu nicht imstande sehen. Das ist ein Punkt, über den man, glaube ich, auch reden sollte.

Das gleiche ist bei den handgeführten Bohrmaschinen, die man als Lehrling auch nicht in die Hand nehmen darf bis zu einem gewissen Grad.

Von den Maurern und Malern hat Herr Präsident Dittrich bereits gesprochen.

Es gibt so Kleinigkeiten. Im Handel ist es nicht erlaubt, bei der Verkaufsstelle direkt vor dem Geschäft im Freien einen Lehrling hinstellen. Das kann man sich vorstellen: Im Sommer hat doch jeder draußen einen Stand, gerade im Fremdenverkehrsbereich. Er darf aber keinen Lehrling hinstellen, der dort bedient.

Das sind so kleine bürokratische Hemmnisse, die natürlich abgebaut gehören, damit man das Klima verbessert.

Im Fremdenverkehr — das zu ändern, ist ein alter Wunsch, Präsident Dittrich hat es gesagt — darf ein Lehrling bis zum 16. Lebensjahr nur bis 20 Uhr beschäftigt werden und über dem 16. Lebensjahr bis 22 Uhr.

Ingrid Tichy-Schreder

Die Sommerzeit haben wir eingeführt. Bitte, 20 Uhr! Das ist natürlich eine knappe Zeit. Sonst darf der Lehrling länger aufbleiben als bis 20 Uhr, aber arbeiten darf er nur bis 20 Uhr. In die Diskothek darf er gehen, das haben wir ihm nicht verboten, aber arbeiten darf er nur bis 20 Uhr.

Das sind alles Dinge, wo sich dann natürlich ein Fremdenverkehrsbetrieb sagt: Da nehme ich keinen Lehrling auf. Das heißt, die qualifizierte Nachwuchspflege wird dadurch gefährdet. Das wollen wir aber nicht.

Gleiches gilt bei den Massagen. Es gibt bis jetzt kein Berufsbild für Masseure. Man darf erst nach vollendetem 17. Lebensjahr mit der Massage am lebenden Körper beginnen. Also bitte, was soll er vorher machen?

Da gibt es die verschiedensten bürokratischen Hemmnisse, die man auch in diesem Ausschuß besprechen sollte, um die Lehrstellensituation zu verbessern. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Jetzt möchte ich ein typisches Beispiel aufzeigen, Herr Bundesminister, nämlich was Sie mit den 680 Lehrstellen in der verstaatlichten Industrie gemacht haben. Dort gibt es jetzt Lehrwerkstätten, diese sind nicht voll besetzt. Herr Präsident Dittrich hat es bereits gesagt: Es gibt immerhin für 181 000 Lehrlinge — 2 500 Lehrlinge werden gefördert, 178 000 Lehrlinge werden nicht gefördert — eine Ausbildung. Aber für 680 Lehrlinge gibt es eine Spezialausbildung, die besonders dotiert wird, und zwar mit 7 000 S. Das regt jeden Unternehmer, der einen Lehrling ausbildet, mit Recht auf.

Dazu kommt noch etwas. Das ist ein typisches Beispiel dafür, wie Herr Sozialminister Dallinger Zukunftsbeschäftigung tätigt. Die verstaatlichte Stahlindustrie bildet nur jene Anzahl von Lehrlingen aus, die sie selbst für ihren Betrieb braucht. Darüber hinaus werden 680 Lehrstellen für die Stahlindustrie ausgebaut. Überall in der Welt weiß man, daß es Probleme in der Stahlindustrie gibt. Diese 680 Lehrlinge werden für einen Beruf ausgebildet, in dem sie später keine Chance haben, unterzukommen. Sie werden also wieder umgeschult werden müssen. Diese 57 Millionen Schilling an Lehrlingsgeld für die Ausbildung von 680 Lehrlingen sind falsch investiert, sind am Markt vorbei investiert, weil niemand diese Stahlschlösser in der Eisenwarenindustrie braucht. Sie würden ansonsten ja von anderen Betrieben aufgenommen werden. Es wird am Markt vorbei ausgebildet.

Das will ich aufzeigen, denn das ist ein wesentlicher Punkt. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Wenn Sie alles an Einzelentscheidungen den Betrieben, die am Puls der Wirtschaft sind, die genau wissen, worum es geht, wegnehmen, dann wird anders ausgebildet, dann wird fehlausgebildet.

Es zeigt sich, daß die Lehrlingsausbildung, diese praktische Ausbildung, diese Ausbildung in Form von Praxis und Schule, auch für die Betriebe wahnsinnig wichtig ist. Die Schwierigkeiten bei den 18 000 Jugendlichen zwischen 19 und 25 Jahren, die Ende Juni 1983 keinen Posten bekamen, liegen daran, daß ihnen die Praxis fehlt. Wir hören immer wieder, wenn jemand aufgenommen werden will: Die Praxis fehlt. Wir müßten bei der Schulausbildung überdenken, ob wir nicht mehr Praxiszeit einbeziehen sollten. Die Praxis ist überall wichtig. Was in der Schule gelernt wird, muß man in die Praxis umsetzen. Wenn diese jungen Leute schon eine Praxiszeit hätten, wäre es viel leichter, sie unterzubringen.

Dazu möchte ich eines sagen, Herr Bundesminister: Ich habe mir einmal ausgerechnet, daß Sie diesen 680 Lehrlingen 57 Millionen Schilling geben. 18 423 arbeitslose Jugendliche sind zwischen 19 und 25 Jahre alt. Für diese Gruppe, die uns so große Sorge bereitet, haben Sie in Ihren Vorschlägen herzlich wenig enthalten. Bei diesen 350 Millionen Schilling, die aus Mitteln der Arbeitsmarkterverwaltung vorgesehen sind, ist auch nicht aufgeschlüsselt, wofür sie gedacht sind. Ich werde hoffentlich Gelegenheit haben, Sie diesbezüglich im Ausschuß zu befragen, denn das hört sich zwar schön an, aber wie diese Summe genau aufgeschlüsselt ist, steht nicht.

Es gibt also 18 423 arbeitslose Jugendliche zwischen 19 und 25 Jahren. Ich habe mir etwas ausgerechnet. Wenn man diese 57 Millionen Schilling auf die andere Seite setzt, wenn man diese 57 Millionen Schilling durch 18 423 dividiert, so kommen pro arbeitslosen Jugendlichen 3 100 S an Förderung heraus. (*Bundesminister Dallinger: Einmalig!*) Selbstverständlich einmalig, denn jeder junge Mensch, der noch keine Praxis hat, muß ja angelernt werden. Das kostet den Betrieb auch etwas. In der jetzigen wirtschaftlichen Lage sagt der Betriebsführer natürlich: Ich möchte jemand mit Praxis, ihn brauche ich nicht einzuschulen, denn ich muß kostengünstig arbeiten, und die Bank schaut nicht lange zu, sie sperrt sonst zu. Es wäre zu überlegen,

Ingrid Tichy-Schreder

ob die Möglichkeit besteht, mit solchen Aktionen einen Anreiz zu schaffen, damit diese jungen Leute auch einen Arbeitsplatz bekommen. Da fehlen mir noch Vorschläge.

Herr Bundesminister! Die Österreichische Volkspartei hat ja schon vor der Wahl ein Sofortprogramm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit vorgelegt. Darin sind so wie in unserem Antrag Vorschläge enthalten, die Jugendlichen in den Problemregionen, die keinen Arbeitsplatz haben, zu fördern, die Betriebe, die besonders investieren und Innovationen hervorbringen, zu stärken. Das ist ja alles da. Ich hoffe, wir können es besprechen. Aber lehnen Sie es nicht gleich ab und sagen Sie nicht, nur Ihre Vorschläge gelten, denn nicht nur eine Person hat die Weisheit gepachtet. Mehrere Personen haben Vorschläge, sonst käme man überhaupt nicht weiter.

Ich möchte Ihnen etwas sagen, Herr Bundesminister. Ihre Vorstellungen zielen nur dahin: Wie kann ich das Lehrlingswesen aufweichen? Dagegen möchte ich mich ganz strikt verwahren, denn damit würden wir noch mehr arbeitslose Jugendliche bekommen. Ihre Vorstellungen sollten nicht darauf gerichtet sein, wieviel lehrlingshaltende Betriebe es in der Wirtschaft gibt, denn die Wirtschaft teilt sich das selber ein.

Auf der einen Seite sagen Sie: Über 200 000 Betriebe gibt es, aber nur 60 000 bilden Lehrlinge aus. Die armen Betriebe sind so schwer belastet. Das schaut so offenkundig aus: Mein Gott wirklich arm — beim ersten Anblick. Aber man sieht ja, was dahintersteckt, was das Ziel ist. Dann kommt es hervor: Der Betrieb, der den Lehrling aufnimmt, kann ihn ja gar nicht ausbilden, denn er kann diese und jene Vorschriften nicht erfüllen. Das ist nämlich der Pferdefuß. Wir wollen nicht, Herr Bundesminister, daß Sie versuchen, das auf diese Art zu machen. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Aus diesem Grund sage ich: Bitte kümmern Sie sich weniger um die Lehrlingsausbildung, denn die funktioniert! Die Wirtschaft hat das durch Jahrzehnte bewiesen und wird es auch in Zukunft beweisen. Aber bemühen Sie sich um die Jugendlichen aus den berufsbildenden Schulen — es soll ja alles verschult werden laut Ihrer Seite —, die jetzt keinen Posten bekommen. Bemühen Sie sich darum! Machen Sie hier Überlegungen. Das, glaube ich, ist ein wesentlicher Punkt.

Zusammenfassend möchte ich sagen: Das

alles können wir aber nur unter dem Aspekt der wirtschaftlichen Lage sehen. Daß hier Änderungen vonstatten gehen sollten, haben sowohl Dr. Mock als auch Präsident Dittrich gesagt. Das sollte bitte auch wirklich durchgeführt werden. Alle von uns sagen es: Ohne Änderung des wirtschaftlichen Klimas, ohne Schaffung eines positiven Klimas werden wir auch die Jugendarbeitslosigkeit nicht beseitigen können. Das ist eine der Voraussetzungen, um diese Problematik zu lösen. Wir sind gewillt dazu! *(Beifall bei der ÖVP.)* 16.38

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Egg. Ich erteile es ihm.

16.38

Abgeordneter Egg (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zu Beginn meiner Ausführungen möchte ich sehr gern und aus persönlicher Überzeugung vorerst außer Streit stellen, daß die seit Jahren bestehende Zusammenarbeit eines großen Teils der österreichischen Wirtschaft mit der Regierung und anderen verantwortlichen Organen unseres Landes zweifellos mit dazu beigetragen hat, bisher die Jugendbeschäftigung sicherzustellen. Wenn ich das nicht auf die gesamte Wirtschaft auszudehnen vermag, so einfach deshalb, weil es doch noch eine Reihe von Unternehmungen gibt, die leider bisher nicht dieser an sich moralischen und volkswirtschaftlich notwendigen Verpflichtung gefolgt sind.

Um diese Unternehmungen zu veranlassen, ähnlich wie die Masse der großen, mittleren und kleineren Unternehmungen der österreichischen Wirtschaft für einen qualifizierten Nachwuchs zu sorgen, haben sich diese Bundesregierung und insbesondere der Sozialminister entschlossen, in Fortsetzung der Programme seit dem Jahre 1976 weitere Maßnahmen zur Sicherung der Jugendbeschäftigung vorzulegen und diese heute dem Hohen Haus zur Diskussion zu übergeben. Daraus geht eindeutig hervor, daß auch im Frühherbst die Jugendbeschäftigung zweifellos Priorität hat und die Probleme, die im Zusammenhang mit der Bewältigung der Arbeitslosigkeit Jugendlicher heranstehen, einer Lösung zuzuführen sind.

Aber das ist auch gleichzeitig ein Beweis dafür, wie sehr laut Regierungserklärung vom 1. Juni dieses Jahres grundsätzlich weitere Aktivitäten dem Hohen Hause mit großem Ernst vorgelegt werden und wie sehr diese Koalitionsregierung bemüht ist, in ihrem Inhalt und in ihrer Sachlichkeit die Probleme an der Wurzel zu packen.

Egg

Deshalb ist der Versuch einzelner Oppositionspolitiker, die Aussagen in der Regierungserklärung zur Jugendarbeitslosigkeit mit der Quantität zu messen, also nach der Zeilenzahl zu beurteilen, als Abqualifikation zu bezeichnen und sicherlich in ihrem Inhalt zur Gänze ungerechtfertigt.

Ich habe mir die Mühe gemacht, die Unterlagen der Österreichischen Volkspartei, den Entschließungsantrag mit den verschiedenen Vorschlägen, einerseits und jene Absichten der österreichischen Bundesregierung zur Verbesserung der Arbeitsmarktsituation der Jugendlichen andererseits einigermaßen zu vergleichen und stelle mit Überraschung — man könnte vielleicht auch sagen, mit Befriedigung — fest, daß in allen Bereichen mit „Wasser gekocht“ wird. Denn wenn man den Inhalt des Entschließungsantrages der Österreichischen Volkspartei in weiten Strecken mit den Dingen vergleicht, die schon in den letzten Jahren Praxis der Arbeitsmarktverwaltung in Österreich waren, dann kann man feststellen, daß weit mehr als zwei Drittel der Wünsche, die Sie hier dokumentieren, schon längst in der Arbeitsmarktverwaltung, zum Großteil in Zusammenarbeit mit den Unternehmungen, praktische Wirklichkeit in den österreichischen Unternehmungen sind.

Da werden generelle Impulse, besserer Einsatz der Arbeitsmarktförderungsmittel, mehr Zusammenarbeit der Arbeitsmarktverwaltung mit den Unternehmungen verlangt. Ohne dabei dazuzusagen, daß es natürlich eine der Grundvoraussetzungen ist, daß die Verwaltung einerseits und die Unternehmungen andererseits mit dem entsprechenden nötigen Vertrauen zueinander die Basis und die Voraussetzung dafür schaffen, daß diese jungen Menschen, die zu uns kommen, auch tatsächlich glaubhaft betreut werden. Man muß diesen jungen Menschen, die bereit sind, in den Unternehmungen zu arbeiten, auch dann, wenn es da oder dort vielleicht finanziell schwierig sein mag, die erste Chance einer Beschäftigung geben.

Wenn man die Details der Unterlagen, die uns vom ÖVP-Klub zur Behandlung im Sozialausschuß zugekommen sind, einer Betrachtung unterzieht — und wir werden das sehr ernsthaft tun —, dann können wir befriedigt feststellen, daß beispielsweise Einschulungs- und Ausbildungsprämien für Jugendliche in Problemgebieten schon gewährt werden, daß beispielsweise Existenzgründungsaktionen, um den Trend zur Selbständigkeit zu fördern, schon praktiziert werden, einerseits vom Finanzministerium, andererseits ergänzend

dazu aus Mitteln des AMFG, dann können wir feststellen, daß ein effizienter Einsatz der Arbeitsmarktförderungsmittel für die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit durch Umschichtung insofern schon realisiert ist, als einerseits die individuelle Förderung forciert wurde und auch in Zukunft wird, andererseits allerdings die Einschränkung der Betriebsförderungen ja nicht nur im Zusammenhang mit einer Verstärkung der Förderung der Jugendbeschäftigung Vorteile, sondern auch zwangsläufig Nachteile in der Richtung mit sich bringen würde, daß möglicherweise andere in Beschäftigung stehende Arbeitnehmer auf Sicht gesehen Arbeitsplätze verlieren würden. Also ist hier eine differenziertere Auffassung festzustellen.

Wenn man von den Aufstockungsmöglichkeiten des Kontingents an Lehrlingseinstellungsprämien für Problemregionen spricht, so muß auch dazu gesagt werden, daß die Praxis den Wunsch schon überholt hat. Es ist sicher nicht auszuschließen, nachdem zweifellos Jugendbeschäftigung Priorität hat, daß weitere Erhöhungen in den nächsten Monaten durchgeführt werden, wenn sich dazu die Notwendigkeit ergibt. Aber auch der Hinweis, daß ein Modell für gleitende Pensionierung geschaffen werden soll, ist doch insofern schon in den Ansätzen verwirklicht, als diese Maßnahme bereits im arbeitsmarktpolitischen Jugendprogramm als Ersatz für ausscheidende Arbeitskräfte im Grundsätzlichen schon praktiziert wird.

Dasselbe gilt für die Förderung der Berufsvorbereitung von nicht oder schwer vermittelbaren Jugendlichen. Auch hier sind schon praktische Versuche im Gange, auch hier sind solche Maßnahmen schon Gegenstand laufender Sonderprogramme. Das heißt, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß wir in all diesen Bereichen nicht weit auseinander sind, sondern durchaus die Möglichkeit haben, gemeinsam überall dort, wo wir Einfluß haben, die notwendigen psychologischen, optimistischen Voraussetzungen zu schaffen, um eine bessere Bewältigung der anstehenden Jugendarbeitslosigkeit zu erzielen. Dazu möchte ich die Damen und Herren der Opposition im Rahmen des Sozialausschusses, aber auch darüber hinaus in den nächsten Monaten aufrufen beziehungsweise auch bitten.

Zur Erhöhung der erlaubten Lehrlingszahl pro Betrieb möchte ich auch einige Bemerkungen machen.

Es ist doch, wenn man die Entwicklung in

Egg

den Unternehmungen in den einzelnen Bundesländern aufmerksam verfolgt, festzustellen, daß bedauerlicherweise trotz der bisher bestehenden, an sich ursprünglich restriktiven Einstellungsrichtlinien nicht einmal diese in der Wirtschaft voll ausgenützt werden. Ich nenne nur drei Beispiele aus Tirol, weil sie mir am geläufigsten sind.

Wir haben einerseits das Tiroler Gewerbe mit insgesamt 10 000 Betrieben, die etwa 9 000 Lehrlinge beschäftigen, den Tiroler Handel mit 9 700 Betrieben, die etwa 3 900 Lehrlinge beschäftigen, und die Industrie mit 600 Unternehmungen, die nur 1 600 Lehrlinge beschäftigen.

Es ergibt sich sehr deutlich, und wenn man sich dann die österreichischen Zahlen insgesamt ansieht, kann man das ebenfalls feststellen, die Möglichkeit, freie Kapazitäten der Lehrlingsausbildung in den Unternehmungen stärker zu nützen, als das bisher der Fall war. Es ist also bedauerlicherweise nach wie vor so, daß viele österreichische Unternehmungen in der Industrie vor allen Dingen die Ausbildung von Lehrlingen anderen überlassen haben.

Wenn man dann daraus gewisse Überlegungen in letzter Konsequenz zieht, meine sehr verehrten Damen und Herren, etwa in die Richtung einer Berufsausbildungsveränderung in Form der Schaffung eines Fonds, so kommt dies nicht deshalb, weil das unser Wunsch schlechthin ist, sondern weil sich einfach gewisse Notwendigkeiten möglicherweise ergeben, die dann mit solchen Überlegungen sehr ernsthaft diskutiert werden und einen Weg der Verbesserung herbeiführen sollen.

Es ist auch klarzustellen, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß Äußerungen einzelner Oppositionspolitiker in der Richtung, es gebe so viele bürokratische Hindernisse, die zu einem gewissen Rückgang der Lehrstellenangebote geführt hätten, doch nicht zur Gänze so ernst zu nehmen sind, wie sie ausgesprochen werden.

Wir alle wissen, daß sehr „verschämt“, aber doch im Hintergrund darunter verstanden wird, daß die sozialen Schutzvorschriften für die Lehrlinge viel zu weitreichend geschaffen worden seien und daß offensichtlich Veränderungen, Vereinfachungen, ein Abbau notwendig seien.

Nur ist dazu zu sagen, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß unter dem Deck-

mantel etwa einer Notsituation bei der Beschäftigung der Jugendlichen keinesfalls ein Sozialabbau bei den jungen Menschen in Österreich in Kauf genommen werden kann. Wir werden uns dagegen jedenfalls entsprechend zur Wehr setzen! (*Zustimmung bei der SPÖ.*)

Es muß in diesem Zusammenhang aber auch darauf hingewiesen werden, daß es mit Sicherheit auch im Interesse der Unternehmungen liegt, gut ausgebildete junge Fachkräfte zu haben, die die Konkurrenz und die Aufgaben, die auf uns international zukommen, zu bewältigen vermögen.

Bekanntlich wird nach dem Jahr 1986, auch das sei heute hier neuerlich ausgesprochen, mit dem Eintritt der geburtschwachen Jahrgänge in das Berufsleben doch jener Engpaß eintreten, der in der Frage der weiteren Sicherstellung qualifizierter Arbeitskräfte, junger, wendiger, qualifizierter Arbeitskräfte ein Problem sein wird. Es wäre schade, wenn wir aus vorübergehenden Schwierigkeiten nicht schon jetzt darangingen, alle Voraussetzungen zu schaffen, Menschen zu haben, die in der Lage sind, international die Konkurrenzfähigkeit auch im nächsten Jahrzehnt sicherzustellen.

Es ist aber auch nicht unerwähnt zu lassen, daß in der Ausbildung noch einiges nachzuholen und den jungen Menschen jenes Rüstzeug mitzugeben ist, das notwendig ist, um die Technologie zu beherrschen und im Interesse einer erfolgreichen Unternehmenstätigkeit diese Technologie auch anzuwenden.

Sorgen wir bitte dafür, daß ausbildungsfremde Arbeiten für Lehrlinge, die nicht zu einer qualifizierten Ausbildung führen, unterlassen werden. Denn Lehrlinge können sicher nicht Fachkräfte von morgen sein, wenn sie während ihrer Lehrzeit überwiegend Hilfsarbeit leisten müssen. Das sollte zweifellos auch bedacht werden, wenn ich auch einräume, daß das nicht die Mehrheit der lehrlingshaltenden Unternehmungen ist. Aber wir können uns sicher nicht leisten, daß im Rahmen jener internationalen wirtschaftlichen Konkurrenzsituation auf diesem Gebiet Nachteile in der Ausbildung nicht sehr konsequent ausgeglichen werden.

Andererseits bedaure ich, daß die Österreichische Volkspartei in ihrem Papier den Vorschlag macht, es solle der Dienstgeberanteil der Sozialversicherungsbeiträge für die Dauer eines Jahres bei Einstellung eines

Egg

Lehrlings unter bestimmten Voraussetzungen entfallen.

Meine Damen und Herren! Man könnte das etwa als demagogisch qualifizieren, weil das eine Auffassung zu Problemen im sozialen Bereich ist, die keinesfalls ernstgemeint sein kann. Denn einerseits einen Beitragsverzicht zu verlangen, andererseits in anderen Bereichen soziale Verbesserungen zu verlangen und dann letztlich daraus die Konsequenz zu ziehen, daß die Regierung die Verantwortung dafür trage, daß durch geringere Einnahmen und höhere Ausgaben das Budgetdefizit steigt, das könnte man auch als Doppelzüngigkeit verschiedener Oppositionspolitiker qualifizieren.

Ich will es im Endeffekt nicht so darstellen, aber sicher geht bei dem einen oder anderen Ihrer Spitzenfunktionäre eine derartige Überlegung in die Diskussionsgrundlagen und in die politische Aussage ein.

Ich möchte auch darauf hinweisen, daß das Jonglieren mit Arbeitslosenzahlen, wie es in den letzten Wochen offensichtlich modern geworden ist, als eine undifferenzierte Betrachtungsweise in keinem Bereich realistisch und akzeptabel ist. Wir haben doch vor allen Dingen die Aufgabe, das politische Spiel mit Ziffern zu unterlassen, weil damit nur eine Verunsicherung eintritt, dies den Betroffenen nicht hilft und den gemeinsamen Bemühungen schadet. Letztlich ist es unsere gemeinsame Aufgabe, auf diesem Gebiet jene Voraussetzungen zu schaffen, die die Jugendarbeitslosigkeit in ihren Ansätzen zu verhindern vermag.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf gerade in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, daß die Sommerstatistiken nicht ohne die Erfahrungen aus den letzten Jahren als Grundlagen für die abschließende Beurteilung dienen können, sondern daß wir sicherlich abzuwarten haben, wie sich die Dinge bis Mitte September dieses Jahres entwickeln werden. Dann wird deutlich werden, in welchen Bereichen tatsächlich unmittelbar entsprechende Aktionen gesetzt werden sollen.

Wenn da und dort tatsächlich Panikmache betrieben wird, so darf ich auch auf die Zeitung „Die Presse“ vom 28. April 1983 verweisen, in der unmißverständlich klargestellt wird, daß Österreich im Vergleich mit der Europäischen Gemeinschaft gut abschneidet.

Wenn man zudem die Arbeitslosenrate der

Jugendlichen von Ende Juni vergleicht, so ist dieser Hinweis sicherlich nicht nur bestätigt, sondern weitgehend untermauert, und beweist, wie sehr nicht nur die Bereitschaft, sondern auch Aktivitäten dieser Bundesregierung existent sind, um auf dem Gebiet der Jugendarbeitslosigkeit die Probleme tatsächlich einigermaßen zu beherrschen.

Ohne ausländische statistische Unterlagen zur Rechtfertigung der Situation in Österreich insgesamt heranziehen zu wollen, möchte ich doch auf die Tatsache hinweisen, daß sich die bundesdeutsche Koalitionsregierung in einem wesentlich kritischeren und größeren Ausmaß mit der Jugendarbeitslosigkeit auseinanderzusetzen hat. Es ist nur bedauerlich — und das möchten wir für unsere österreichische Situation auf keinen Fall —, daß darüber hinaus im sozialen Bereich das Arbeitslosen- und Kurzarbeiterentgelt und die Arbeitslosenhilfe einer Kürzung zugeführt wurden und weitere Maßnahmen zu einem Sozialabbau in der Bundesrepublik angekündigt wurden.

Demgegenüber haben aber die Unternehmungen in der Bundesrepublik umfangreiche Steuererleichterungen erhalten. Den Unselbständigen ist also dort mehr oder weniger genommen und den Selbständigen gegeben worden.

Meine Damen und Herren! Eine solche Politik — und im Grunde hängt die große Oppositionspartei einer solchen Vorgangsweise durchaus an — darf es für die Österreicher weder jetzt noch in Zukunft geben. (*Zustimmung bei der SPÖ.*)

Die Beseitigung der Jugendarbeitslosigkeit ist sicher eine besondere Priorität in der Bundespolitik, sie bedarf aber zweifellos auch entsprechender Aktivitäten in den einzelnen Bundesländern. Es berechtigt sicherlich zur Sorge, wenn man feststellen muß, daß beispielsweise in der Steiermark etwa 35 Prozent der Arbeitslosen Jugendliche sind. Dies beweist, daß dort die Bemühungen der österreichischen Bundesregierung durch entsprechende Bemühungen der Landesregierungen, aber auch der Gemeinden unterstützt werden sollten, um auf diese Art durch regionale Aktivitäten eine entsprechende Veränderung herbeizuführen.

Ich als Tiroler habe sicherlich keinen Anlaß, die Wiener besonders hervorzuheben, wenn es um die Frage der Arbeitslosen- und der Beschäftigungssituation insgesamt geht, aber hier sei der Wahrheit die Ehre gegeben:

Egg

Wien hat nicht nur in den Jahren 1982 und 1983 mit 11 Millionen Schilling, sondern auch für die nächste Zeit mit weiteren 18 Millionen Schilling dafür gesorgt, daß gemeinsam mit anderen Organen entsprechende zusätzliche Mittel für die Bewältigung der Jugendarbeitslosigkeit zur Verfügung gestellt wurden. Es ist nur zu hoffen, daß in anderen Bundesländern ein ähnlicher Weg eingeschlagen wird.

Verehrte Damen und Herren! Ich darf nochmals kurz zusammenfassen: Die heute zur Diskussion stehenden Maßnahmen zur Sicherung der Jugendbeschäftigung sind — und das betone ich — in der sich ständig verschlechternden Lage der internationalen Wirtschaft seit dem Jahre 1976 eine Fortsetzung der erfolgreichen Bemühungen von damals, die Jugendarbeitslosigkeit zu vermeiden. Diese Fortsetzung wird in ihren Grundlagen mit aller Energie in allen Bereichen fortgeführt werden, wozu zweifellos noch diese 57 Millionen Schilling kommen, von denen meine Vorrednerin als von einer „nicht sehr zweckentsprechenden Ausgabe“ gesprochen hat.

Ich darf aber daran erinnern, daß eine hochqualifizierte Ausbildung sichergestellt wird und daß die Möglichkeit eröffnet wird, auch der privaten Wirtschaft, der privaten Industrie — wenn solche gleichqualifizierte Ausbildung gegeben wird — entsprechende Mittel zur Verfügung stellen zu können.

Jedenfalls sind wir überzeugt, daß mit dieser Reihe von Schwerpunkten, die heute im Rahmen dieses Jugendbeschäftigungsprogramms zur Diskussion vorliegen, Maßnahmen realisiert werden, die entscheidend zur Verminderung der Jugendarbeitslosigkeit beitragen.

Meine Damen und Herren! Entscheidend für den Erfolg oder Mißerfolg aber wird die Bereitschaft der Unternehmungen sein, in ihrem Bereich die Ausbildungskapazitäten auch tatsächlich zu aktivieren und dafür zu sorgen, daß möglichst viele junge Menschen Beschäftigung finden.

Sollten die genannten Maßnahmen, die heute zur Diskussion stehen, nicht ausreichen, um die Jugendarbeitslosigkeit zu vermeiden, so müssen zweifelsfrei — ob es uns sehr angenehm ist oder nicht — auch weitere Maßnahmen ins Auge gefaßt werden. Ich stehe nicht an zu sagen, daß die Überlegung, in den Betrieben, die keine Lehrlinge ausbilden und dadurch keine zusätzlichen Kosten für die Ausbildung zu tragen haben, einen

Berufsausbildungsfonds zu schaffen, eine durchaus ernsthafte Überlegung ist, wenn sich bis zum Herbst herausstellen sollte, daß den gemeinsamen Bemühungen nicht jener Erfolg beschieden ist, den wir insgesamt gesehen wünschen.

Natürlich kann man diese Dinge hinsichtlich der Form und der Einrichtung entsprechend beweglich diskutieren, aber wenn in den nächsten Monaten keinerlei Erfolg anhand dieser gemeinsamen Bemühungen ohne Berufsausbildungsfonds sichergestellt werden kann, dann wird dieser Punkt zweifellos ernsthaft zur Diskussion stehen.

Man kann auch verschiedener Meinung darüber sein, ob alle nichtbesetzten und alle noch vorhandenen offenen Lehrstellen zur leichteren Vermittlung durch eine gesetzliche Meldung erfaßt werden sollen. Nicht deshalb, weil man sich gern absichtlich eine Mehrarbeit in der Verwaltung schaffen möchte, sondern einfach aus dem Grund, um auf übersichtlichere und konzentriertere Weise jungen Menschen doch die Chance einer Beschäftigung zu geben.

Meine Damen und Herren! Als allerletztes Mittel zur Vermeidung einer größeren Jugendarbeitslosigkeit ist zweifellos nach wie vor ein Jugendeinstellungsgesetz nicht aus der Diskussion. Es kann so lange nicht aus der Diskussion sein, solange die österreichische Wirtschaft und die Bundesregierung die Beschäftigung Jugendlicher nicht voll im Griff hat. Es wäre der Bundesregierung sicherlich wesentlich angenehmer, im Herbst feststellen zu können, daß die gemeinsamen Bemühungen Erfolg hatten und die Jugendarbeitslosigkeit bewältigt ist. Das wäre angenehmer, als etwa jene Maßnahmen ernsthaft zur Diskussion zu stellen, die ich vorhin genannt habe.

Ich sage nochmals unmißverständlich: Selbstverständlich verzichten wir lieber auf solche Maßnahmen, wenn es anders geht. Aber wenn die bisherigen anderen Positionen, wenn der Aufruf zur gemeinsamen Arbeit, zum gemeinsamen Versuch der Unterbringung aller Jugendlichen zu keinem befriedigenden Ergebnis führt, dann werden wir uns auch mit den anderen Fragen auseinanderzusetzen haben. *(Ruf bei der ÖVP: Nicht schon wieder drohen!)*

Meine Damen und Herren! Die Arbeitslosigkeit ist nicht nur ein soziales und moralisches Problem, sie ist auch eine zutiefst wirtschaftspolitische Aufgabenstellung, die nicht

Egg

nur im Parlament, sondern auch in den Bundesländern eine Bewältigung erfordert.

Vor allem aber sind alle Unternehmungen aufgerufen, durch zusätzliche Beschäftigung von jungen Menschen zur Lösung dieses vorliegenden Problems beizutragen.

In diesem Sinne begrüßen wir das vorgelegte Programm und stimmen dem gern zu. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)* 17.01

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Neumann. Ich erteile es ihm.

17.01

Abgeordneter **Neumann** (ÖVP): Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Debatte über die Maßnahmen der Bundesregierung für eine Jugendbeschäftigung, für eine bessere Jugendbeschäftigung in Österreich, findet in ernster Stunde statt. Sie findet statt im Lichte folgender Tatsachen, die einen sichtbaren, einen triftigen, einen traurigen Hintergrund für diese Debatte bieten:

Österreichweit haben wir jetzt im Hochsommer, in der Hochsaison, 3,2 Prozent Arbeitslose, wie aus dem vorliegenden Bericht des Sozialministers ersichtlich ist. Auf das ganze Jahr bezogen, und das sagte der Herr Minister leider nicht, werden es laut Wirtschaftsforschungsinstitut 4,6 Prozent Arbeitslose in Österreich sein. Das hat der Herr Minister leider in seinem Bericht und in seinen Ziffern verschwiegen.

Wenn der Herr Abgeordnete Egg, mein Vordränger, sagte, man soll Ziffern nicht bringen, möchte ich dem nicht unbedingt beipflichten. Ich möchte aber insofern beipflichten, daß ich sage, man soll die ganzen Ziffern und die richtigen Ziffern bringen *(Zustimmung bei der ÖVP)*, sonst verunsichert man nicht nur, sondern führt die Jugend und die gesamte Bevölkerung Österreichs irre. *(Abg. Samwald: Das sind gewaltige Worte! Woher hat der Neumann denn die Ziffern zur Verfügung?)* Das ist Ihr Niveau der Zwischenrufe. So ruft man dazwischen, wenn man keine Gegenargumente hat, keine echten und sachlichen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Hohes Haus! Wir stehen mit dieser Arbeitslosenrate von 4,6 Prozent im Jahresdurchschnitt *(Abg. Samwald: England: 9!)*, im 13. sozialistischen Regierungsjahr — ich komme gleich dorthin —, nicht nur an einem traurigen Höhepunkt der Zweiten Republik, sondern wir stehen im letzten Jahr, bitte sehr,

Herr Zwischenrufer, bekanntlich in der Zunahme der Arbeitslosenrate, wie aus der beiliegenden Statistik hervorgeht, an der Spitze ganz Europas. *(Der Präsident übernimmt wieder den Vorsitz.)*

Die Zunahme bei uns ist weit höher als in England, wie Sie zitiert haben, sogar höher als bei Mitterand in Frankreich, den Sie immer als Beispiel erwähnen. *(Zustimmung bei der ÖVP. — Abg. Samwald: Sind Sie wirklich schwindlig? Das ist ja ungeheuerlich, was Sie verbreiten! Sie gehören in den Kindergarten und nicht ins Parlament! Entschuldigen Sie!)*

Bitte schön: Heben Sie das Niveau Ihrer Zwischenrufe. So ruft man, wenn man keine Argumente hat, das ist man von Ihnen schon gewöhnt. *(Abg. Samwald: „In Europa an der Spitze!“ Das können Sie im Wirtshaus erzählen, aber nicht im Parlament! Das ist ungeheuerlich, was Sie verzapfen! Eine Schande für das Parlament!)*

Hohes Haus! Wir liegen in der Entwicklung in der Zunahme der Arbeitslosenrate im letzten Jahr an der Spitze ganz Europas. Entweder wissen Sie es nicht oder verschweigen Sie auch das, und das ist die Demagogie, die Egg heute uns vorgeworfen hat. *(Abg. Samwald: Was haben Sie gesagt? Demagogie? So ein Unsinn, was der verzapft!)*

Hohes Haus! Wenn der Herr Sozialminister in seinem Bericht auf Seite 2 uns drastisch vor Augen führt, und damit möchte ich dieses Thema fortsetzen, daß sich in den Industriestaaten Europas die Arbeitslosenrate von 1979 ... *(Abg. Samwald: Das ist eine Zumutung für das Parlament!)* Wenn Sie zuhören würden — kommen Sie dann her und melden Sie sich zu Wort. Zu einem richtigen Demokraten gehört auch das Zuhören, bitte schön.

Wenn der Herr Sozialminister in seinem Bericht auf Seite 2 uns drastisch vor Augen führt, daß sich in den europäischen Industriestaaten die Arbeitslosenrate von 1979 bis Ende 1982, also in drei Jahren, verdoppelte, so hat er wieder verschwiegen, daß sich in Österreich in diesen drei Jahren die Arbeitslosenrate in der Zunahme verdreifacht hat, also nicht verdoppelt, wie in den übrigen Industriestaaten Europas, daß also die Entwicklung in den letzten Jahren bedauerlicherweise bei uns in Österreich drastischer und schlechter ist als in den übrigen Staaten Europas. Ich habe schon gesagt: In einem einzigen Jahr

Neumann

eine Zunahme von 70 Prozent bei uns in Österreich.

Ich möchte noch einmal sagen: Diese Negativrekorde Österreichs in diesen letzten Jahren hat kein einziger europäischer Staat erreicht. Das muß dazugesagt werden, wenn der Herr Minister und auch mein Vorredner zwar von allen möglichen internationalen Dingen sprechen, aber diese nationale Entwicklung, diese allmähliche nationale Katastrophe in bedauerlicher Weise zur Gänze verschweigen. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Hohes Haus! Das Wirtschaftsforschungsinstitut sagt in seinem Bericht, es wird bedauerlicherweise in Zukunft nicht besser, sondern noch schlechter. Für heuer — das habe ich schon gesagt —: durchschnittlich 4,6 Prozent. 60 000 Österreicher waren 1982, also voriges Jahr, laut Wirtschaftsforschungsinstitut von der versteckten Arbeitslosigkeit betroffen. Heuer werden es um 12 000 bis 14 000 mehr sein, also über 70 000. Am stärksten gefährdet sind Jugendliche und ältere Arbeitnehmer, schreibt hiezu das Wirtschaftsforschungsinstitut in seinem letzten Bericht, meine Damen und Herren.

Das heißt also, Hohes Haus, meine Damen und Herren: Wenn es so weitergeht — und laut Wirtschaftsforschungsinstitut geht es so weiter, ja es wird noch schlechter —, dann wird es bis Ende 1984, wenn die Koalition der Verlierer Halbzeit hat, in Österreich über 200 000 Arbeitslose geben und wir werden dann weitere 100 000 Arbeitsplätze in Österreich verloren haben. Das ist die bedauerliche Entwicklung, mit der wir zur Stunde und für die nächste Zeit konfrontiert sind.

Hohes Haus! Zum zweiten: In der Steiermark, in meinem Heimatland, beträgt die Arbeitslosenrate — es wurde ja heute schon gesagt — bekanntlich das Doppelte der österreichischen Ziffer. Natürlich ist auch in der Steiermark die Jugend im besonderen davon betroffen. Es hat mein Vorredner gesagt... *(Abg. F a u l a n d: Das ist eine schwarze Landesregierung!)* Ja, aber eine rote Bundesregierung, und die Bundesregierung ist verantwortlich. Sie hat versprochen vor den Wahlen, daß sie die Arbeitsplätze in Österreich sichern wird, und jetzt möchten Sie sich distanzieren, jetzt möchten Sie auf die Länder die Verantwortung abschieben. Das ist typisch: Die anderen sind schuld! *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Es wurde schon gesagt, daß in der Steiermark bei den Arbeitslosen 35 Prozent Jugend-

liche sind. Ein besonders hoher Anteil also von Jugendarbeitslosigkeit in der Steiermark. Diese Jugend, Hohes Haus, kommt zu unseren Sprechtagen, steht Schlange vor den Arbeitsämtern, und diese Jugend sieht hoffnungslos in die Zukunft, meine Damen und Herren.

An der Spitze der Sorgen bei den Arbeitsplätzen innerhalb der Steiermark steht — und das ist überhaupt die Ursache meiner Wortmeldung — der Westen dieses Landes, die weststeirische Region, mein Heimatbezirk Voitsberg.

Laut Feststellung des sozialistischen Bürgermeisters der Stadt Köflach und aller sozialistischen Abgeordneten des Bezirkes bei der gemeinsamen Regionalsitzung vom vorigen Montag kommt im Bezirk Voitsberg, in meinem Heimatbezirk mit seiner Arbeitslosenrate von 5,4 Prozent, mitten im Hochsommer auf 30 Arbeitsuchende ein einziger freier Arbeitsplatz. Wir stehen damit, so stellen es auch die sozialistischen Funktionäre fest, österreichweit an der Spitze. Nur ein Bezirk ist noch vor uns Voitsbergern: Es ist auch ein weststeirischer, der Bezirk Deutschlandsberg.

Trotzdem, Hohes Haus, macht das im vorliegenden Bericht des Sozialministers so hoffnungsvoll erwähnte 3. Beschäftigungsprogramm der Bundesregierung nicht nur halt vor den Toren des Bautenministeriums, also halt vor dem ganzen Wohnungsbau Österreichs, wo gerade viele Jungfamilien sehnstichtigst auf eine Wohnung warten, halt vor dem Straßenbau, sondern dieses 3. Beschäftigungsprogramm, im Bericht des Ministers so hoffnungsvoll erwähnt, macht trotz der erwähnten Sorgen, zu denen wir uns gemeinsam bekennen und die wir gemeinsam feststellten, auch halt vor unserem Bezirk.

Nicht ein einziges Projekt, weder der Ausbau der Graz-Köflacher-Eisenbahn zu einer Schnellbahn am Verkehrssektor, noch Energieprojekte am Kohlensektor, noch Straßenbauprojekte, beispielsweise der rasche Anschluß vom Bezirkskern an die Südbahn, sind enthalten. In dieser Situation, Hohes Haus — und das ist die Ursache, daß ich heute eine schriftliche Anfrage mit 20 Fragen an den Finanzminister einbrachte, daß heute auf der Ringstraße bei der Creditanstalt-Bankverein und vor dem Ministerium Weststeirer für ein Ja zum weststeirischen Glas werben —, in dieser ersten Stunde darf die weststeirische Glasindustrie Voitsberg mit ihren über 300 Beschäftigten weder zusammengeschumpft noch zugesperrt werden,

Neumann

meine Damen und Herren und Hohes Haus, so wie das leider vorgesehen ist. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Wir rufen das ganze Haus zur Solidarität mit den weststeirischen Glasarbeitern, mit der in Aushungerung befindlichen weststeirischen Region auf. Wir fordern alle auf, von Solidarität nicht nur zu reden, sie nicht nur von anderen zu verlangen, sondern solidarisch in dieser ernsten Stunde mit uns, mit unserer Region zu handeln.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Wir erklären uns durchaus solidarisch mit der Feststellung des neuen Staatssekretärs im Handelsministerium Dr. Schmidt, die er in seiner Antrittsrede via Fernsehen traf und die lautete: Die Bundesregierung wird der Schließung von Betrieben erst dann zustimmen, wenn genügend Ersatzarbeitsplätze geschaffen sind.

Hohes Haus! Für keinen einzigen Ersatzarbeitsplatz wurde in unserer Region bis zur Stunde vorgesorgt.

Herr Staatssekretär Schmidt! Ich fordere Sie auf: Stehen Sie zu Ihrem Wort, das Sie in aller Öffentlichkeit gegeben haben. Wir — und ich darf das auch im Namen des Landes Steiermark sagen, das schon sehr viel auch für die weststeirische Glasindustrie getan hat, aber auch im Namen der gesamten ÖVP, wie es auch in unserem Entschließungsantrag zur Jugendbeschäftigung vom 16. Mai für ein Sofortprogramm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit zum Ausdruck kommt —, Herr Staatssekretär Schmidt, unterstützen Sie bei jeder Aktivität, bei jeder Investition zur Schaffung neuer zukunftsträchtiger Arbeitsplätze für die Jugend und für alle übrigen Österreicher. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir gehen allerdings, Hohes Haus, nicht konform, und wir erklären uns auch von der Region aus nicht solidarisch mit dem Chef des Handelsministeriums, mit dem Herrn Dr. Steger, über den der sozialistische Landesrat der Steiermark, Zentralbetriebsratsobmann der VEW, Sepp Gruber, noch am 2. Februar 1983 folgendes erklärte: Dem Oberzusperrler Steger muß man mit aller Klarheit sagen, daß er kein Partner der SPÖ sein kann.

Hohes Haus! Ich frage in aller Öffentlichkeit, vor allem den Herrn Bundeskanzler, warum er diesen „Oberzusperrler“ — laut sozialistischem Landesrat — in die Regierung genommen hat. Mit diesem Schritt haben der Herr Bundeskanzler, die Sozialistische Partei

— siehe Niklasdorf, siehe Erklärungen eben zur Glasfabrik Voitsberg, auch zum Zellstoffwerk in Judenburg — Tausende Familien, Hunderte Betriebe und weite Teile von Regionen der Republik Österreich nicht nur im Stich gelassen, sondern sie in Angst und Schrecken versetzt. Hören Sie jetzt hinein in das Gebiet von Voitsberg, wo so stark und so vehement von der Schließung der Glasindustrie die Rede ist.

Hohes Haus! Warum hat die Bundesregierung — und ich frage das auch den Herrn Bundeskanzler und den Herrn Sozialminister; und gern würde ich es auch den Handelsminister fragen — die 200 Millionen Schilling, die sie 1976 anlässlich der Fusionierung Stölzle-Oberglas versprochen hat, noch immer nicht bezahlt? Ganze Regionen, ganze Landstriche mit den Familien, mit den Arbeitern, den Wirtschaftstreibenden und den Bauern und vor allem wieder die dort lebende Jugend spüren es, daß diese gegenwärtige Bundesregierung für die Sicherung der Arbeitsplätze in den Regionen nicht einmal ein Kleingeld hat, für den Bau eines unnötigen Konferenzpalastes im Zentralraum von Wien jedoch das große Geld buchstäblich zum Fenster hinauswirft, wie uns das heute auch an der Ringstraße von vielen, vielen Wienern, die mit uns diskutiert haben, bestätigt wurde. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Uns von der Volkspartei ist eben die dauerhafte Sicherung von notwendigen Arbeitsplätzen in der gesamten Republik, österreichweit, in der Steiermark und an den toten Grenzen, vor allem aber auch die Beschäftigung der Jugend, wichtiger als die Errichtung dieses überflüssigen Prestigeprojektes, sprich Konferenzpalast, in Wien. Wir befinden uns da in guter Gesellschaft mit einem Großteil der österreichischen Bevölkerung, mit einem Großteil der österreichischen Jugend, die nicht zuletzt deshalb, wegen dieser Verschwendung von Milliarden durch die Bundesregierung auf einen Arbeitsplatz vergeblich zur Stunde und anscheinend auch in Zukunft warten muß.

Viele Österreicher, Hohes Haus — und im konkreten Fall viele Weststeirer —, verstehen die Welt nicht mehr. Stufenweise, wie man im Volksmund sagt, hat man mit der Errichtung der Glasfabrik Pöchlarn an der Donau, die inzwischen zum größten Verlustträger des gesamten Konzerns geworden ist, die weststeirische Glasindustrie im Gegensatz zu den Versprechungen, daß die Arbeitsplätze gehalten werden, ruiniert, meine Damen und Herren.

Neumann

Bei dieser Gelegenheit noch etwas von der Region. Ungeniert spricht gegenwärtig ein weiterer Vertreter der Bundesregierung, nämlich der Herr Landwirtschaftsminister und steirische Abgeordnete Dipl.-Ing. Haiden, von der weiteren Ruinierung eines weiteren wichtigen Betriebes in der Weststeiermark, nämlich des Lipizzanergestütes Piber. Ungeniert spricht er davon, daß ein Zweitbetrieb, eine Dependence, natürlich außerhalb des Landes, außerhalb der Region, errichtet werden soll, um eines Tages das gesamte Gestüt, so wie die Glasfabrik, kaputtzumachen. Zuerst nimmt man den Finger und dann die ganze Hand. Das ist schon längst die Politik der Sozialisten der siebziger und auch der achtziger Jahre und nun auch die Politik der neuen Verliererkoalition gegenüber vielen, vielen Österreichern.

Ich möchte zum Schluß kommen und sagen: „Eine Region stirbt aus“, könnte der Titel eines Buches darüber sein, was unsere Region zuerst mit der sozialistischen Alleinregierung und jetzt mit der Koalition der Verlierer alles erleben muß. Wenn heute bei der Rede von Alois Mock der Herr Zentralsekretär Marsch einen Zwischenruf machte und in diesem Zwischenruf fragte: Welches Konzept empfehlen Sie uns?, dann möchte ich sagen, Hohes Haus, sehr verehrte Damen und Herren:

Wir von der Volkspartei haben unser Konzept und unser Rezept vor den Nationalratswahlen und auch nach den Nationalratswahlen auf den Tisch gelegt. Sie waren es, meine Damen und Herren von der Linken, die dieses Rezept und dieses Konzept der Österreichischen Volkspartei bei der Bildung einer neuen Bundesregierung vom Tisch gewischt haben ohne viel nachzudenken und ohne sich der katastrophalen Folgen bewußt zu sein.

Hohes Haus! Sehr verehrte Damen und Herren! Das ist unser Rezept. Wir können daher nur an die Wähler appellieren: Macht uns stärker auf allen Ebenen (*ironische Heiterkeit bei der SPÖ*), damit man die Österreichische Volkspartei in Zukunft bei Regierungsbildungen nicht mehr übersehen kann. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Wenn die Volkspartei ein entsprechendes Gestaltungsrecht erreicht und eine entsprechende Mitverantwortung für dieses Land tragen kann, dann erst wird die gesamte Bevölkerung, wird die Jugend des Landes wieder Arbeit haben, und dann wird es endlich wieder aufwärts gehen in Österreich! (*Beifall bei der ÖVP.*) ^{17.21}

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundesminister Dallinger.

^{17.21}

Bundesminister für soziale Verwaltung **Dallinger:** Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben jetzt über vier Stunden die überaus wichtige Frage der Jugendbeschäftigung und der Verhinderung der Jugendarbeitslosigkeit diskutiert. Ich freue mich, daß über weite Passagen gemeinsame Auffassungen vorgeherrscht haben, wenngleich natürlich auch in diesem Fall der Teufel im Detail liegt, wenn es darum geht, gemeinsame Maßnahmen nicht nur zu diskutieren, sondern sie zu beschließen und zu realisieren.

Dennoch möchte ich darauf verweisen, daß ich in der letzten Legislaturperiode mehrfach von dieser Stelle aus das Problem der drohenden Jugendarbeitslosigkeit behandelt habe und mehrfach auch darauf zu sprechen kam, daß die besondere Schwierigkeit dieses Problems eigentlich nicht bei den unmittelbaren Schulabgängern liegt, also nicht bei jenen jungen Menschen, die so wie heuer vor wenigen Tagen die Schule verlassen haben, sondern bei den 19- bis 25jährigen, wo aber gezielte Förderungsmaßnahmen ungleich schwieriger zu setzen sind als bei den 15- bis 19jährigen.

Die große Schwierigkeit besteht darin, den Arbeitsmarkt zu teilen in 19- bis 25jährige, in 25- bis 35jährige, in 35- bis 45jährige und in jene, die über diese Altersgrenze hinaus sind.

Ich bitte daher zu verstehen, daß wir zwar für die Jugendlichen, für die Lehrlinge und für diesen Kreis von jungen Menschen sehr konkrete Maßnahmen setzen können, daß das aber ungleich schwieriger ist bei den 19- bis 25jährigen. Daher wird dort primär die allgemeine Wirtschaftspolitik helfen, das Wirtschaftsklima, das wir insgesamt haben, und die Hoffnung, daß es gelingt, den wirtschaftlichen Aufschwung doch zu erreichen, wenngleich, wie ich schon bei meinem ersten Bericht gesagt habe, ich persönlich diesen Hoffnungsschimmer beziehungsweise diesen Silberstreifen noch nirgends real sehe.

Das hat aber nichts damit zu tun, daß ich etwa Wirtschaftspessimismus betreibe, und es hat auch damit nichts zu tun, daß ich mich konkret mit Fragen der technologischen Entwicklung auseinandersetze, wie Sie gemeint haben, um das zu verteufeln oder zu verdammen, Herr Abgeordneter Dr. Mock! Das kommt in einer Rasanz auf uns zu, wie wir sie in der Geschichte noch nicht erlebt haben,

Bundesminister Dallinger

und daher müssen wir uns eben mit diesen Entwicklungstendenzen auseinandersetzen.

Es gibt eine Studie des Ministeriums für Wissenschaft und Forschung, die besagt: Wenn die jetzt erkennbare Entwicklung der Mikroelektronik mit den importierten Geräten einsetzt, ohne daß es zu einer Arbeitszeitverkürzung kommt, dann werden wir im Jahre 1985 340 000 Arbeitslose haben. Das gleiche Szenario ergibt, daß wir bei dieser gleichen Entwicklung im Jahre 1990 auf rund 400 000 Arbeitslose ansteigen würden, wenn nicht Maßnahmen gesetzt werden.

Es gibt auch ein anderes Szenario, das beweist, daß bei einer Verkürzung der Arbeitszeit unter Bedachtnahme auf andere Umstände unter Umständen im Jahre 1990 „nur“ — „nur“ unter Anführungszeichen — 160 000 Arbeitslose erreicht würden.

Diese Befassung mit der 35-Stunden-Woche und den damit zusammenhängenden Folgen ist ja nicht eine Forderung von mir, die sich auf den Tag bezieht, daß wir das jetzt umsetzen sollen, sondern eine perspektivische Maßnahme. Daß das eine Reihe von großen Unternehmen und von in der Wirtschaft Verankerten — wenn Sie mir das schon nicht zubilligen — auch unterstreicht und behauptet, ergibt der jüngste Artikel des großen Bauunternehmers in Österreich Maculan, der besagt, daß es eine zwingende Notwendigkeit vom unternehmerischen Standpunkt aus ist, diese Forderung zu realisieren.

Herr Abgeordneter Dittrich! Ich weiß schon, daß jeder das zitiert, was ihn in seiner Überzeugung beziehungsweise in seiner Auffassung bestärkt. Ich konzidiere Ihnen, daß Sie auch andere Auffassungen zitieren, und ich sage, daß das überhaupt kein parteipolitisches Problem ist, weil die unterschiedlichen Auffassungen quer durch alle Parteien gehen, wie übrigens auch in einer anderen Frage. Sie zucken immer, Herr Präsident Dittrich, zusammen, wenn ich unter ganz bestimmten Voraussetzungen, wenn alles versagt, ein Jugendeinstellungsgesetz verlange.

Ich kann Ihnen jetzt auch jemand zitieren, den der Abgeordnete Karas empfohlen hat, den Herrn Abgeordneten Dr. Taus, auf den ich soviel hören soll. Gut, ich höre auf den Abgeordneten Dr. Taus, der am 13. März 1982 in einem Interview mit der „Arbeiter-Zeitung“ sagte:

„Für den Fall“ — wörtliches Zitat —, „daß es Jugendarbeitslosigkeit geben sollte, habe

ich einen sehr rigorosen Standpunkt — ich will damit meine Partei nicht präjudizieren: Da würde ich persönlich ein Jugendbeschäftigungsgesetz vertreten, da muß man sehr rasch und sehr unorthodox etwas unternehmen, denn das Ärgste, was einem jungen Menschen am Anfang seines Berufslebens passieren kann, ist, daß er keinen Posten kriegt.“ (Abg. Dr. Mock: *Richtig! Bravo!*)

Das ist ein Originalzitat des Abgeordneten Dr. Taus, auf den ich mich laut Karas nach seiner heutigen revolutionären Rede beziehen soll. (Abg. Ing. Dittrich: *Jugendbeschäftigungsgesetz!* — Abg. Dr. Schwimmer: *Beschäftigungsgesetz, nicht Einstellungsgesetz!*)

Aber, meine Damen und Herren, das ist doch eine Spitzfindigkeit, die völlig danebengeht. Wie denn sollen wir Jugendliche beschäftigen als in der Form, daß wir sie einstellen und in Arbeit bringen? (Abg. Dr. Mock: *Da haben wir eine ganze Liste vorgelegt!*)

Ich weiß, daß Ihnen das unangenehm ist, aber das spielt überhaupt keine Rolle. (Abg. Dr. Mock: *Wenn ihr nichts Unangenehmes für uns habt, dann sind wir zufrieden!*)

Meine Damen und Herren! Für mich ist das Jugendbeschäftigungsgesetz, das Jugendeinstellungsgesetz überhaupt keine Forderung, der ich mich gern verschreibe. Ich erkläre Ihnen in aller Form: Das Allerliebste, das, was ich mit allen Mitteln anstreben werde, ist, ein Jugendeinstellungsgesetz zu verhindern in der Form, daß wir alle Jugendlichen auf Arbeitsplätze unterbringen. (Beifall bei SPÖ und FPÖ.) Es kann doch nicht der Sinn einer Überlegung sein zu wollen, daß man das machen muß.

Ich glaube ja fest daran, daß es uns gelingen müßte, wenngleich ich die eine oder andere Behauptung ins rechte Licht rücken muß, meine Damen und Herren. Es ist nicht jeder dritte Jugendliche bis 25 Jahre arbeitslos, Herr Abgeordneter Karas, sondern jeder vierte. Es ist das viel genug, aber es ist jedenfalls so, daß von den Gesamtaufwendungen für die Arbeitsmarktförderung von 1,5 Milliarden Schilling im vergangenen Jahr der Anteil für die Jugendlichen 25,3 Prozent betragen hat, was genau den Anteil der Jugendarbeitslosigkeit an der Gesamtarbeitslosigkeit ausmacht. Also wir sind schon dahinter.

Meine Damen und Herren! Alle, die mich länger kennen, wissen, daß ich selbst — weil

Bundesminister Dallinger

Sie das so oft zitiert haben — aus der Jugendbewegung komme. Sehr viele Abgeordnete, die hier sitzen, haben sich ihre Sporen am Beginn ihrer politischen und gewerkschaftlichen Tätigkeit in der Jugendarbeit verdient. Das sind Leute, die wissen, was Jugendarbeitslosigkeit bedeutet.

Ich habe in einer Zeit als Jugendfunktionär gewirkt, wo die Jugendarbeitslosigkeit in den fünfziger Jahren in Österreich tatsächlich in einem extremen Ausmaß existent war, wie wir uns das heute glücklicherweise nicht vorstellen können. Damals haben wir, weil wir gar keine andere Möglichkeit gesehen haben, dieses Jugendeinstellungsgesetz beschlossen, das ich mir heute nicht wünsche. Aber es ist eben ein Faktum, daß das war. Wir haben das erlebt, daher sind wir auf diesem Gebiet ein wenig vorsichtig, und daher wollen wir alle Möglichkeiten ins Auge fassen, die notwendigerweise in Angriff genommen werden müssen.

Eine andere Frage, meine Damen und Herren: die Förderung der verstaatlichten Betriebe. Ich bitte, ohne daß ich jemand damit diskriminieren möchte, doch zur Kenntnis zu nehmen, daß die Lehrwerkstätten der verstaatlichten Industrie hochqualifizierte Ausbildungsstätten sind, wo von seiten der Unternehmungen die besten Leute für die Ausbildung abgestellt werden, Millionen und Abermillionen in die Lehrwerkstätten investiert werden, daß die jungen Menschen dort nahezu ausschließlich ausgebildet und nicht zu anderen Arbeiten verwendet werden, nur damit sie eine hohe Qualifikation erhalten, und das daher besonders förderungswürdig ist. In unserem gemeinsamen Interesse liegt es, dort möglichst 700 Jugendliche mehr auszubilden als das nur möglich wäre auf Grund des Eigenbedarfs.

Der Frau Abgeordneten Tichy-Schreder möchte ich sagen, daß dort ja nicht Stahlwerker ausgebildet werden, weil sie gemeint hat, wir bilden an der Wirtschaft vorbei aus, sondern daß dort natürlich hochqualifizierte Leute ausgebildet werden, vom Dreher über Chemielaboranten bis zum technischen Zeichner. Also die ganze Palette der Metallarbeiterausbildung, die uns in der Welt berühmt gemacht hat, wird natürlich in diesen Lehrwerkstätten besonders vermittelt.

Daher sollen wir auch das sehen, meine Damen und Herren: Wir gehen nicht vorbei an der Realität der Wirtschaft, sondern wir sind in sie integriert, und wir wollen das auch sein. Weil das so sehr moniert worden ist,

obgleich ich es ganz bewußt drei- oder viermal in meinem ersten Bericht zum Ausdruck gebracht habe — wenn Sie es wollen, ich stehe nicht an, Ihnen das hier zu sagen —: Ich bin dankbar dafür, daß in der Vergangenheit in der Wirtschaft die Lehrlingsausbildung in der überwiegenden Zahl der Fälle in so hervorragender Weise besorgt worden ist. Ich bin dankbar für jeden einzelnen, der jetzt mehr oder neu eingestellt wird. Es ist überhaupt keine Frage, daß das ein gemeinsames Problem für uns alle ist, die wir hier in diesem Hause sitzen, und für die, die wir repräsentieren, denn die Verhinderung der Jugendarbeitslosigkeit ist eine nationale Pflicht und ist ein Mittel des Selbsterhaltungstriebes für uns und unsere Staatsform in diesem Lande. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Ganz kurz noch zu den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Neumann.

Ich weiß schon, daß diese Region besonders bedroht ist, und wir haben bisher viel Geld wissentlich in diese Region transferiert. Wir haben zum Beispiel für die Glasindustrie mehr als 100 Millionen Schilling in den vergangenen Jahren aufgewendet, um sie in diesem Bereich zu halten. Wir haben den Unternehmer und den Unternehmenskonzern aufgefordert, weitere Beträge, ebenfalls nahezu in dieser Dimension, in diese Region zu geben. Wir sind auch bereit, jetzt zu helfen. Nur bitte ich um Verständnis, daß ich einer Aufforderung, für die Weiterbeschäftigung von 55 Arbeitskräften für ein Jahr den Betrag von 100 Millionen Schilling zur Verfügung zu stellen, nicht folgen kann, denn das ist kein Verhältnis.

Wir haben uns sehr genau mit all diesen Problemen auseinandergesetzt. Ich darf sagen: Die Bundesregierung hat mit besonderem Augenmerk auf diese Region geblickt, weil wir wissen, wie schwierig das ist. Viele Neugründungen und Kraftwerksgründungen und vieles andere ist ja dorthin konzentriert worden, damit wir den Menschen dieser Region Brot und Arbeit geben.

Ich darf daher abschließend sagen, meine Damen und Herren, daß ich dankbar bin für die positiven Beiträge in der Diskussion, daß ich natürlich auch Verständnis habe für die Differenzierungen, die vorgenommen worden sind. Aber ich bitte Sie, daran zu denken, daß die Bemühungen der Bundesregierung nur eine Ergänzung dessen sein können, was die Wirtschaft sich selbst als Pflicht auferlegen muß, nämlich den notwendigen Berufsnach-

Bundesminister Dallinger

wuchs heranzubilden. Wir können dafür Förderungsbeiträge, wir können da und dort Hilfestellung gewähren, und das tun wir.

Ich bitte alle, die meinen, daß wir zuwenig aufwenden, indem ich den Betrag von rund insgesamt 400 Millionen Schilling genannt habe: Wenn es ergiebig ist, wenn es effektiv ist, wenn es notwendig ist, wo immer Sie einen Betrag brauchen, um mehr Jugendliche in besonders bedrohten Regionen einzustellen oder aufzunehmen, dann wird dieses Geld zur Verfügung stehen, weil ich sage, es muß uns und es wird uns, so hoffe ich, einen, daß wir alles daransetzen, der Jugend dieses Landes Arbeit und damit eine Hoffnung für die Zukunft zu geben. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)* 17.33

Präsident: Ich erteile dem Abgeordneten Samwald für den Ausdruck „Eine Schande für das Parlament“ einen Ordnungsruf. *(Abg. Samwald: „Zumutung“ habe ich gesagt, aber bitte!)*

Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Schwimmer.

17.34

Abgeordneter Dr. **Schwimmer** (ÖVP): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich stimme mit dem Herrn Sozialminister in der Beurteilung der Notwendigkeit des Berichtes und der Notwendigkeit dieser Debatte weitgehend überein. Bei allen unterschiedlichen Auffassungen, bei allen Meinungsdivergenzen über den Inhalt des Berichtes und über den Inhalt einzelner Debattenbeiträge war es ein notwendiger Bericht und war es eine notwendige Debatte in diesem Hohen Haus, um zu demonstrieren, daß es ein vorrangiges Ziel der Politik sein muß, den jungen Menschen in unserem Lande Arbeit zu verschaffen.

Aber, Hohes Haus, diese Debatte war auch notwendig, um wahrscheinlich zu lernen für die gemeinsamen Beratungen in dem auf Antrag der Volkspartei für permanent erklärten Unterausschuß des Sozialausschusses über den Sommer hinweg über die beiden vorliegenden Anträge der ÖVP und der SPÖ, denn die Debatte am heutigen Tage war auch sehr stark von Widersprüchlichkeiten gekennzeichnet. Ich will jetzt nicht von den sehr offen daliegenden Widersprüchlichkeiten sprechen, von einem sehr überraschend sachlichen Beitrag des Abgeordneten Braun und einem Beitrag des Abgeordneten Egg, der sich auch sehr eingehend mit den vorliegenden Vorschlägen auseinandergesetzt hat, auf der einen Seite und dem Beitrag des Herrn

Abgeordneten Gmoser auf der anderen Seite bei der Sozialistischen Partei oder dem sachlichen Beitrag der Frau Abgeordneten Partik-Pablé bei der FPÖ auf der einen Seite und dem Beitrag des Abgeordneten Grabher-Meyer, der sich über weite Strecken seiner Rede nur darüber mokiert hat, daß ein anderer Abgeordneter seiner Meinung nach nichts Neues gesagt hätte, er aber in seinem Beitrag dann weder etwas Neues noch etwas Altes, sondern gar nichts gesagt hat *(Zustimmung bei der ÖVP)*, indem er sich offensichtlich nur in seinem Mokieren vergaloppiert hat.

Ich will mich mit solchen Widersprüchlichkeiten nicht beschäftigen, sondern mit den Widersprüchlichkeiten, die in der sachlichen Auseinandersetzung vorhanden gewesen sind.

Irgendwie hat sich gestern abend schon angedeutet, daß diese Diskussion von Widersprüchlichkeiten bestimmt sein wird. Wer von Ihnen die Nachrichten um 19 Uhr im Rundfunk gehört hat, dem werden zwei Meldungen aufgefallen sein.

Die eine lautete: Hier ist der Österreichische Rundfunk. Die Nachrichten. Österreich. Nach einer Mitteilung der „Sozialistischen Korrespondenz“ hat die Arbeitslosigkeit im vergangenen Monat ihren bisherigen Jahrestiefstand erreicht. Ende Juni waren 90 800 Personen arbeitslos. Das entspricht einer Arbeitslosenrate von 3,2 Prozent. Ende des Vormonates lag die Arbeitslosigkeit noch bei 3,9 Prozent. Ende Juni 1982 hatte die Arbeitslosigkeit noch 2,3 Prozent betragen. Dies bedeutet im Jahresvergleich eine Zunahme der Arbeitslosenrate um 0,9 Prozent. Oder — übersetzt, übertragen —: Die Arbeitslosenrate liegt um 40 Prozent höher als im Vorjahr. Das ist laut Mitteilung der „Sozialistischen Korrespondenz“ ein Jahrestiefstand der Arbeitslosigkeit, wenn sie um 40 Prozent über der des Vorjahres liegt!

Dann kam die zweite Meldung — und jetzt passen Sie auf den kleinen Unterschied in der Formulierung auf —, wo es hieß:

Bundesrepublik Deutschland. Die Arbeitslosigkeit in der BRD steigt weiter. Ein Aufschwung ist nicht in Sicht. Zwar ist die Arbeitslosenquote im Juni geringfügig gesunken. Diese Entwicklung ist aber ausschließlich auf das Sommerwetter zurückzuführen. Saisonal bereinigt hält der negative Trend weiter an.

Also wenn in Deutschland das gleiche pas-

Dr. Schwimmer

siert wie in Österreich, nämlich die Arbeitslosenrate saisonal zurückgeht, dann heißt das, die Arbeitslosigkeit in der BRD steigt weiter an, der negative Trend hält saisonal bereinigt weiter an. Aber in Österreich ist das gleiche der Jahrestiefstand an Arbeitslosigkeit! (*Abg. Dr. Mock: Manipulation!*)

Da muß ich an den Abgeordneten Egg erinnern, der wörtlich gebeten hat, wir sollten doch das politische Spiel mit den Zahlen unterlassen. Das, Herr Abgeordneter Egg, ist politisches Spiel mit Zahlen, die bei keinem einzigen Problem in Österreich eine Lösung erleichtern. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Dieser Widerspruch hat sich auch bereits zu Beginn des Berichtes des Sozialministers gezeigt, als die internationale Entwicklung mit sehr erschreckenden Zahlen aufgezeigt worden ist, die auch Gefahren für Österreich darstellen.

Ich muß das wiederholen, was mein Kollege Neumann gesagt hat: Auch wenn die Arbeitslosenziffern in Österreich noch relativ niedriger sind als in anderen westlichen Industriestaaten, in der Zunahme der Arbeitslosenrate sind wir — ich sage dazu „leider“ — leider bereits auf der Aufholspur. Der Abstand verringert sich gespenstisch und fast in einer geometrischen Reihe.

Es wird also der Abstand in den Arbeitslosenraten geringer, die relative Besserstellung Österreichs ist im Schwinden begriffen. Diese Gefahren sollten doch in den Maßnahmen gegen die Jugendarbeitslosigkeit eine Auswirkung haben, wenn es der Sozialminister schon für notwendig hält, zuerst einmal von den Arbeitslosenziffern in Spanien, in Frankreich, in England zu sprechen. Dann kommt aber nur wieder eine Diktion der Beschwichtigungshofräte. Da heißt es: In Österreich ist die Jugendarbeitslosigkeit relativ bescheiden, um wörtlich aus Ihrem Bericht, Herr Minister, zu zitieren.

Und letzten Endes werden dann sechs Maßnahmen genannt, die bei aller Diskussionswürdigkeit dieser Maßnahmen — und hier werden wir uns weitestgehend finden — meiner Ansicht nach noch keine nationale Aktion darstellen, sondern ein Paket von konventionellen Maßnahmen der Arbeitsmarktförderung, durchaus begrüßenswerte Maßnahmen der Arbeitsmarktförderung, die aber insgesamt meiner Ansicht nach für eine nationale Aktion noch zuwenig sind. Aber ich räume ein: Wir haben uns gefunden, sodaß wir über den Sommer gemeinsam auf der Basis von

zwei Anträgen weiter verhandeln, und es wird vielleicht doch möglich sein, den Konsens über eine echte nationale Kraftanstrengung zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit zu finden.

Aber es wird ein Umdenken auf Ihrer Seite zum Teil notwendig sein. Sie beschwören die Vision einer gigantischen Wegrationalisierung, in Ihrem Bericht sprechen Sie wörtlich von „Geisterfabriken“ und „Büros ohne Menschen“ und stellen dem auf der anderen Seite ein konventionelles Programm gegenüber, das für sich allein zuwenig sein müßte, um diesen gespenstischen Visionen zu begegnen, die Sie aufgezählt haben.

Herr Minister! Auch jetzt in Ihrer Wortmeldung ist ein Widerspruch wieder deutlich zu spüren: Sie sagen auf der einen Seite, die Arbeitslosigkeit, vor allem der 19- bis 25jährigen, muß durch einen wirtschaftlichen Aufschwung bekämpft werden, die Arbeitslosigkeit der 19- bis 25jährigen müßte durch wirtschaftspolitische Maßnahmen bekämpft werden, müßte vor allem — auch das haben Sie gesagt — durch Optimismus, durch bessere Erwartungen in der Wirtschaft bekämpft werden. Auf der anderen Seite aber pflegen Sie in der gleichen Wortmeldung wieder den Kulturpessimismus, haben eine Art von resignativer Maschinenstürmerideologie, sagen, es wird eh alles nur furchtbar schlechter, wir können dem nur mehr mit einer Defensivstrategie der Verteilung von weniger Arbeit auf mehr Menschen begegnen, aber ein größeres Volumen an Beschäftigung, ein größeres Volumen an Arbeit schaffen wir ohnedies nicht mehr.

Diesen Widerspruch, Herr Minister, müssen Sie ablegen. Sie müssen darauf verzichten, die Wirtschaft weiter mit solchen Ankündigungen, mit den Ankündigungen der Arbeitszeitverkürzung, mit den Ankündigungen des Krampus-Jugendeinstellungsgesetzes, mit den Ankündigungen neuer Belastungen eines Berufsausbildungsfonds zu verunsichern, und dann zu erwarten, daß die gleiche verunsicherte Wirtschaft den Optimismus zeigt, der für einen neuen Aufschwung notwendig ist. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Herr Minister! Es ist auch ein Widerspruch, wenn an sich Richtiges richtig dargestellt wird auf der einen Seite, daß die 19- bis 25jährigen mit 83 Prozent der Jugendarbeitslosigkeit die eigentliche Problemgruppe darstellen. Es ist ja auch tatsächlich so, wenn man sich vorstellt, daß diese sechs Jahrgänge der 19- bis 25jährigen ein Fünftel aller Arbeitslosen stellen.

Dr. Schwimmer

Wir haben übrigens nicht vom Saulus zum Paulus werden müssen. Schon im „Sofortprogramm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit“ wurde genau darauf hingewiesen, daß das die Problemgruppe ist und daß Maßnahmen gesetzt werden müssen. Es wurden Maßnahmen vorgeschlagen. Aber auf der anderen Seite sind jene Maßnahmen, die Sie selbst im gleichen Bericht vorstellen, nur zum geringeren Teil den 19- bis 25jährigen gewidmet. Konkret ist überhaupt nur der Punkt 4 mit zusätzlichen Informationen und Beratungen für diese Gruppe da.

In der eigentlichen Problemgruppe, in dieser großen Anzahl — der erschreckend großen Anzahl — von 19- bis 25jährigen, die arbeitslos sind, und zwar deklariert arbeitslos sind, ohne die versteckten Arbeitslosen, muß der Maßnahmenkatalog noch im Sinne einer nationalen Aktion, einer nationalen Kraftanstrengung erweitert werden. Sonst verdienen alle Programme nämlich nicht den Titel „Programm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit“. Herr Minister! Noch ein Wort zur ultimativen Maßnahme, wie Sie das selbst bezeichnet haben, zum Ultimatum des Jugendeinstellungsgesetzes. (*Bundesminister Dallinger: Eine letzte Maßnahme!*) Sie haben in Ihrem Bericht wörtlich „ultimative Maßnahme“ gesagt. Das heißt „Ultimatum“ letzten Endes, kurz in einem Ausdruck.

Herr Minister! Sie haben den Abgeordneten Taus einfach falsch zitiert. Ich muß das richtigstellen. Der Herr Abgeordnete Taus hat gesagt, ein Jugendbeschäftigungsgesetz mit unorthodoxen Maßnahmen. Was Sie aber machen wollen, ist ein Jugendeinstellungsgesetz mit der ganz orthodoxen Maßnahme der Zwangseinstellung, die keine neuen Arbeitsplätze schafft. Das Jugendbeschäftigungsgesetz, das Taus vorgeschlagen hat, entspricht genau den Vorschlägen, die im ÖVP-Entschließungsantrag enthalten sind. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Aber ich bin Ihnen dankbar dafür, daß Sie diesen Vorschlag von Taus aus dem Vorjahr, der jetzt ein Jahr alt ist, zitiert haben, weil Sie besser gar nicht den Abgeordneten Gmoser richtigstellen konnten, der gemeint hat: Erst jetzt hat die ÖVP ihre Liebe zur Jugendbeschäftigung entdeckt.

Also ich bin Ihnen wirklich sehr dankbar dafür, daß Sie das jetzt richtiggestellt haben.

Ich glaube, ich muß auch dem Abgeordneten Egg zum Abschluß noch danken, daß er sich in einer sehr ehrlichen Art und Weise,

wenn auch von seinem Standpunkt aus, mit den Vorschlägen der Volkspartei im Detail auseinandergesetzt hat. Der Herr Abgeordnete Egg hat gesagt: Manches, was die Volkspartei vorschlägt, ist ja ohnedies — das ist sein Standpunkt — in Ansätzen bereits in Verwirklichung, oder man bemüht sich auch in die gleiche Richtung.

Der Herr Abgeordnete Gmoser hat das nämlich viel polemischer darstellen wollen: Als hätte die ÖVP nur etwas abgeschrieben, was längst verwirklicht gewesen sei. — Das hat der Herr Abgeordnete Egg dann richtiggestellt. In manchen Punkten werden wir uns treffen, weil auch bereits — ich zitiere Egg wörtlich — Ansätze zu sehen sind. Nur ein kleiner Widerspruch, Herr Abgeordneter Egg, ist trotzdem da:

Es sollten doch Verhandlungen stattfinden über einen allfälligen gemeinsamen Entschließungsantrag. Wenn das, was die Volkspartei vorschlägt in ihrem Entschließungsantrag, Ihrer Meinung nach in Ansätzen bereits in der Verwirklichung begonnen wird: Warum haben Sie mir dann nach dem Sozialausschuß gesagt, die sozialistische Fraktion sieht bei den vorliegenden Vorschlägen von ÖVP und SPÖ keine Chance, rasch in dieser Zeit zu dem gemeinsamen Entschließungsantrag zusammenzukommen?

Also eines von beiden muß doch ein bißchen unrichtig sein. Vielleicht wollten Sie nicht in der kurzen Zeit zusammenkommen. Aber ich registriere, daß der Wille vorhanden ist, im Sozialausschuß, der für permanent erklärt worden ist, zusammenzukommen.

Ich hoffe letzten Endes, daß sich wirklich die Meinung durchsetzt, die Minister Dallinger jetzt angedeutet hat und die der Herr Abgeordnete Braun in seiner Rede wörtlich gesagt hat. Nämlich die Hoffnung, daß die Kluft zwischen Jugend und Staat nicht größer wird, die Hoffnung, daß die Kluft durch unsere gemeinsamen Anstrengungen nicht größer wird. Denn das, was Abgeordneter Klubobmann Dr. Mock in seiner Rede als einen der Standpunkte, die gefährlich sein könnten, dargestellt hat, war nicht aus der Luft gegriffen, meine Damen und Herren.

Der Abgeordnete Cap hat nämlich vor Monaten eine andere Hoffnung geäußert, als wörtlich von ihm zu lesen war: Mit der wachsenden Unfähigkeit der wirtschaftlichen und politischen Systeme, wie Arbeit und Wohnen heranwachsender Generationen ausreichend befriedigen zu können, könnten Teile der

Dr. Schwimmer

Jugend im Rahmen systemverändernder gesellschaftlicher Prozesse eine wichtige Funktion erfüllen.

Diese Hoffnung teile ich nicht, wo dann etwa bei den Hausbesetzern das Hausbesetzen viel wichtiger ist als das Erfüllen des Bedürfnisses Wohnen, daß der Krach der jugendlichen Arbeitslosen wichtiger ist als die Sorge, ihnen Arbeitsplätze zu verschaffen. *(Abg. Braun: Sie meinen die Rede des Herrn Karas!)*

Nein, ich zitiere Cap, der gesagt hat: Die könnten eine wichtige Funktion erfüllen. — Er hat nicht seiner Sorge Ausdruck gegeben, sondern er hat gesagt: Diese Unzufriedenen, die mobilisiert werden könnten, könnten eine wichtige Funktion im Rahmen der Systemveränderung erfüllen. *(Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Braun.)*

Ich bin für folgendes, Herr Abgeordneter Braun: Treffen wir uns bei gemeinsamer

Arbeit für die von Arbeitslosigkeit bedrohten jungen Menschen unseres Landes, beweisen wir ihnen, daß unser politisches System glaubwürdig ist, daß es funktionsfähig ist und daß es das wichtigste Anliegen unserer jungen Menschen erfüllen kann. *(Beifall bei der ÖVP.)* 17.51

Präsident: Die Tagesordnung ist erschöpft. Ich gebe bekannt, daß in der heutigen Sitzung die Anfragen 75/J bis 92/J eingelangt sind.

Die nächste Sitzung des Nationalrates berufe ich für morgen, Mittwoch, den 6. Juli 1983, 9 Uhr ein.

Die Tagesordnung ist der im Saal verteilten schriftlichen Mitteilung zu entnehmen.

Die Sitzung wird mit einer Fragestunde eingeleitet werden.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 17 Uhr 52 Minuten